



Machen Sie mit und informieren Sie sich
im neuen **Netzwerk der Bayerischen Gemeindezeitung!**
Diskutieren Sie kommunale Themen
direkt mit Kolleginnen und Kollegen!
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

In Zeiten des Wandels:

Stabilität und Kontinuität als Maxime

GZ-Interview mit MdL Dr. Florian Herrmann, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten

Er ist eine der Schlüsselfiguren im Kabinett Söder: Dr. Florian Herrmann fungiert seit März dieses Jahres als Leiter der Bayerischen Staatskanzlei und Staatsminister für Bundesangelegenheiten. Von 2013 bis 2018 war der Sohn des Präsidenten der TU München, Wolfgang A. Herrmann, Vorsitzender des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport des Bayerischen Landtags sowie Innenpolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion und somit im Zentrum des politischen Geschehens. Über sein (linguistisches) Verständnis von Politik in Zeiten des Wandels und die Grundlinien seiner Partei sprach Herrmann mit GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel.

GZ: Herr Dr. Herrmann, Sie gelten als Politiker, der keine Stimmungen schürt, sondern auf Toleranz und Ausgleich bedacht ist und sich auch mit Argumenten Andersdenkender auseinandersetzt.

Herrmann: Aktuell herrscht weltweit eine große Verunsicherung. Die Menschen sehen, dass außenpolitisch wie wirtschaftlich vieles im Umbruch ist. Statt aber Unruhe zu stiften, versuche ich zu vermitteln, dass Stabilität außerordentlich wichtig und nicht gottgegeben ist, wie der Erfolg Bayerns zeigt. Der kontinuierliche Aufstieg des Freistaats nach dem Zweiten Weltkrieg wurde uns nicht geschenkt, sondern ist das Ergebnis richti-

ger politischer Weichenstellungen. Wir haben vorgemacht, wie man mit äußeren Einflüssen und

len, suchen wir nach Lösungen. Hierbei setzen wir auf Stabilität und Kontinuität. Das ist unser Grundprinzip.

GZ: Können Sie dies näher erläutern?

Herrmann: Unsere Aufgabe ist es, für stabile Lebensbedingungen der nächsten Generationen zu sorgen. Dabei geht es um beste Bildung für alle und gute Zukunftschancen in jeder Region Bayerns. Entwicklungen nicht nur zu erkennen, sondern zu gestalten, erfordert Mut. Mit der Retro-Brille politisch zu agieren, (Fortsetzung auf Seite 4)



Dr. Florian Herrmann und Anne-Marie von Hassel.



Ministerpräsident Dr. Markus Söder, CSU-Parteivorsitzender Horst Seehofer und Generalsekretär Markus Blume (v. l.) Bild: CSU

CSU-Parteitag in München:

Ja zu Bayern

Einstimmiger Beschluss des Landtagswahlprogramms

Bayern soll auch in unsicheren Zeiten für die Menschen im Land ein Ort der Sicherheit und Orientierung sein, lautete die Losung, die die CSU auf ihrem Parteitag im Münchner Postpalast im Vorfeld der Landtagswahl am 14. Oktober kommunizierte. Wie CSU-Chef und Bundesinnenminister Horst Seehofer betonte, wäre die Entwicklung des ehemals armen Bundeslands Bayern hin zu einem Premiumland ohne die Politik der CSU überhaupt nicht vorstellbar gewesen. Die CSU mache Politik für ein stabiles Bayern. „Wir brauchen diese Stabilität der politischen Verhältnisse.“

Auch seine Position in der Asylpolitik machte Seehofer deutlich: „Wer wegen seiner politischen Überzeugung oder seiner religiösen Überzeugung um Gesundheit und Leben fürchten muss, hat bei uns Schutz verdient.“ Wenn aber solche Schutzgründe nicht vorliegen,

muss man zurück in sein Heimatland.“ Kein Land auf der Welt könne unbegrenzt Migranten aufnehmen. „Steuerung und Ordnung der Migration ist Voraussetzung für Integration. Die CSU verbindet Humanität und Ordnung.“ Neben Rückführungen von Menschen ohne

Schutzbedarf, für das das neue Bayerische Landesamt für Asyl primär zuständig sei, sei die Bekämpfung von Fluchtursachen vor allem aus Sicht der Bevölkerung ein zentrales Anliegen. „Niemand führt diese Linie so konsequent durch wie der Freistaat Bayern.“

Zudem wies der CSU-Chef darauf hin, dass ihn der „Einsatz für die kleinen Leute“ schon immer fasziniert habe. „Das Bayerische Familiengeld, das bayerische Baukindergeld Plus zusätzlich zum Baukindergeld des Bundes und das Landespflegegeld zeigen, dass wir nicht nur mit Worten für die kleinen Leute eintreten, sondern auch durch praktisch gelebte Politik.“

Politik für die Mitte der Gesellschaft

„Dass unser Land so stark ist, dass Bayern vorne liegt, dass Bayern alle anderen schlägt – das liegt an der Politik der CSU“, erklärte Ministerpräsident Markus Söder. „Wir haben gezeigt, wie man gute Politik für ein Land machen kann und wir wollen das auch in der Zukunft tun, weil wir es können und weil wir es uns zutrauen!“

Aktuell wehe ein Wind durch Deutschland und Europa, der die Gesellschaft spalte. Daher sei es wichtig, dass die CSU als letzte verbliebene Volkspartei in Bayern sich dem entgegenstelle. Die CSU müsse weiterhin Politik für die Mitte der Gesellschaft machen.

Söder forderte die CSU auf, wie einst bei Republikanern und NPD den Kampf mit der AfD aufzunehmen. Rechts von der CSU dürfe es keine demokratisch legitimierte Partei geben. Söder weiter: „Wir in Bayern wollen zeigen, dass Demo- (Fortsetzung auf Seite 4)

GZ-BreitbandForum am 8. 11.

Tagungsort: Forum am Hofgarten, Günzburg

Zum 6. Bayerischen Breitbandforum lädt die Bayerische Gemeindezeitung am 8. November 2018 in das Forum am Hofgarten in Günzburg ein. Ziel ist es, den Fachbesuchern aus Kommunen und Behörden Lösungsmöglichkeiten und Handlungsspielräume für die optimale Internetanbindung und neueste Beispiele auf dem Weg in die Digitalisierung aufzuzeigen sowie Kontakte zu Dienstleistern und Netzbetreibern herzustellen.

Hochkarätige Referenten erläutern die Problemstellung und technische Umsetzungsbeispiele sowie juristische Fachfragen; ebenso erörtert werden Finanzierungsmöglichkeiten des Breitbandausbaus in Bayerns Städten und Gemeinden.

Für Besucher aus Kommunalpolitik, kommunalen Verwaltungen, kommunalen Spitzenverbänden, kommunalpolitischen Verbänden, Behörden und Ministerien ist die Teilnahme am Breitbandforum kostenfrei.

Mehr Infos unter: www.bayerisches-breitbandforum.de

Bundes-KPV:

Für kontrollierten Interessenausgleich

Die Debatte um eine allgemeine Dienstpflicht, die Wiedereinführung der Wehrpflicht und die Stärkung des Bundesfreiwilligendienstes standen im Zentrum der jüngsten Tagung von Bundesvorstand und Hauptausschuss der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands (KPV) in Berlin.

Nach den Worten des KPV-Bundesvorsitzenden und Kommunalpolitischen Sprechers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian Haase MdB, „ist für uns Kommunale in der Union klar, dass wir ein Instrument brauchen, um der geänderten Sicherheitslage – im In- und Ausland – und den häufiger auftretenden Gefahrensituationen, wie beispielsweise Extremwetterlagen, kompetent entgegenzutreten zu können. Und, wenn der Berg nicht zum Propheten kommt, dann muss der Prophet eben zum Berg kommen. Wir brauchen mehr Menschen, die im Zivil- und Katastrophenschutz ausgebildet sind, die vor Ort anpacken können sobald es notwendig ist. Dies geht dann einher mit einem positiven Effekt auf den Zusammenhalt zwischen den Bürgern und verstärkt das Band zwischen dem Einzelnen und der Gesellschaft.“ Ein erster Entwurf der KPV auf dem Weg zu einem neuen Grundsatzprogramm bis

2020 sieht vor, im Dialog mit möglichst vielen gesellschaftlichen Gruppen zu prüfen, ob im Rahmen einer „Allgemeinen Dienstpflicht“ ein verbindlicher Grunddienst für junge Erwachsene mit dem Schwerpunkt Zivil- und Katastrophenschutz aufgebaut werden kann.

Bürgerrechte und -pflichten

Haase zufolge sollte Jeder die Erfahrung machen, dass nicht nur Bürgerrechte, sondern auch Bürgerpflichten bestehen, ohne die unsere Gesellschaft auseinander drifft. Jeder möge sich fragen, was er der Gemeinschaft geben kann oder wie er in der Lage wäre, andere zu helfen und sie zu schützen. Es bedarf größerer Achtung und eines Heranführens an der Übernahme von Aufgaben für die Gemeinschaft. Und es bedarf einer besseren Kultur der Anerkennung und der positiven Verstärkung.“ Unabhängig davon, ob ein Allgemeiner Dienst ver-

pflichtigend oder auf Freiwilligkeit beruht, müssten attraktive Angebote geschaffen werden, die für die persönliche Entwicklung und die Gemeinschaft von großem Nutzen sind.

Bekennnis zur Sozialen Marktwirtschaft

Mit Blick auf den für den Bundesparteitag vorgesehenen Antrag „Wirtschaft für den Menschen – Soziale Marktwirtschaft im 21. Jahrhundert“ erklärte der KPV-Bundesvorsitzende: „Ein (Fortsetzung auf Seite 4)

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Veränderungen umgeht. Bayern war und ist Kern der Stabilität.

GZ: Die bayerischen Landtagswahlen stehen vor der Tür. Welche Schwerpunkte setzt die CSU?

Herrmann: Zunächst ist unser Anspruch, uns nicht auf den Wahltermin „14. Oktober“ zu fokussieren, sondern wichtige Weichen für die Zukunft des Freistaats zu stellen. Es geht um die richtige Politik für dieses Land. Die anstehenden Herausforderungen sind vielfältig: Digitalisierung, Demografie, Klimawandel und Globalisierung sind einige große Beispiele. Gemeinsam mit den Kommunalpolitikern, die aufgrund ihrer lokalen Verwurzelung den Seismographen der Lebenswirklichkeit darstel-



Irgendwie sind wir Opfer des eigenen Erfolgs. Bayern ist im Laufe der Jahre zu einem Hotspot für Zuwanderung insbesondere aus Deutschland und der EU geworden. Mit fatalen Folgen für die Wohnungssituation. Die Frage bezahlbaren Wohnraums wird immer drängender. S. 19

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Wohnungsbau weiter vorantreiben	2
Diskussion um Straßenausbaubeiträge	2
Bayerns Bevölkerung übersteigt die 13 Millionen Marke	2
GZ-Kolumne Christoph Göbel:	
Mit neuen Konzepten den Verkehrsinfarkt verhindern	3
Verbesserungen in der Gesundheitsvorsorge	3
Bundesweiter Vorreiter bei der digitalen Bildung	5
Engagement global	
IT • EDV • Breitband • Mobilfunk • Digitalisierung	7 - 16
Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung	17
Aus den bayerischen Kommunen	18 - 20

Wohnungsbau weiter vorantreiben

Aigner präsentiert Maßnahmenpaket im Landtag

Zum Thema „Wohnungsbau und Flächenschonen“ hat Wohnungs- und Bauministerin Ilse Aigner im Wirtschaftsausschuss des Landtags ein Maßnahmenpaket vorgestellt mit dem der staatliche und private Wohnungsbau in den nächsten Jahren kräftig vorangetrieben werden sollen. Bis 2025 sollen laut Ankündigung der Staatsregierung 500.000 neue Wohnungen im Freistaat entstehen. Die Maßnahmen werden von zusätzlichen Förderinitiativen begleitet die finanzielle Anreize zu möglichst flächenschonendem Bauen bieten.

Die Ministerin betonte, dass der Freistaat vor allem den eigenen Wohnungsbau stärken werde. Dafür sei im Juli dieses Jahres die staatliche Gesellschaft „Bayern Heim“ mit einer Kapitaleinlage von 450 Millionen Euro gegründet worden. Allein diese Gesellschaft werde bis 2025 insgesamt 10.000 Wohnungen für Bürger mit unteren und mittleren Einkommen bauen.

40 Flächen in 28 Kommunen

Hierzu verhandele die Gesellschaft derzeit mit 28 Kommunen über 40 potenzielle Flächen, auf denen neue Unterkünfte geschaffen werden könnten. Ein Paradebeispiel sei das elf Hektar umfassende McGraw-Gelände in München, das dem Freistaat gehöre. Hier sei die Errichtung eines neuen Stadtquartiers mit bis zu 1.000 Appartements und Wohnheimplätzen, z.B. für Pfleger oder Erzieher geplant.

Ein zweiter Aspekt des vorgestellten Maßnahmenpakets seien die Förderungen, erklärte Aigner. Für die Wohnraumförderung stünden allein in diesem Jahr 886 Millionen Euro an Bundes- und Landesmitteln zur Verfügung. Ergänzt würden diese durch aufgestockte Ansätze bei der Städtebauförderung und der Dorferneuerung. Insgesamt stünden damit heuer über eine Milliarde Euro für den Wohnungsbau in Bayern zur Verfügung.

Anreize zum Flächensparen

Parallel dazu will Aigner das flächenschonende Bauen mit gelockerten Vorschriften für die Nachverdichtung bestehender Gebäude sowie mit Anreizprogrammen zum Flächensparen vorantreiben. Als Beispiel nannte sie die staatliche Förderung der Revitalisierung von Ortskernen und der neuen Nutzung von Brachflächen. Darüber hinaus

appellierte sie an die Bauträger, flächenschonender zu bauen.

Als eine weitere Maßnahme zur Ankurbelung des Wohnungsbaus sieht die Ministerin das bayerische „Baukindergeld Plus“, mit dem der Freistaat Familien mit Kindern beim Bau oder Kauf selbst genutzten Wohnungseigentums unterstützt. Damit erhöht der Freistaat über einen Zeitraum von zehn Jahren das Baukindergeld des Bundes in Höhe von 1.200 Euro um 300 Euro pro Kind und Jahr. Hinzu kommt seit 1. September eine landeseigene Eigenheimzulage. So könne z.B. eine Familie mit zwei Kindern in zehn Jahren insgesamt 40.000 Euro erhalten erläuterte Aigner. Zudem verwies sie auf die verbesserten Abschreibebedingungen für Privatinvestoren. Engpässe auf dem Markt bestünden derzeit nur bei den Planern und Fachkräften. An den Finanzmitteln werde es jedenfalls nicht scheitern, betonte sie abschließend.

Soziale Frage unserer Zeit

Trotz des umfangreichen Maßnahmenpakets erntete die Ministerin Kritik aus der Opposition. Zwar erkannte Annette Karl (SPD) das Bemühen Aigners an, die Versäumnisse der vergangenen Jahre im Wohnungsbau nach und nach auszugleichen. Jedoch sei das von ihr vorgestellte Paket „nicht mutig genug“. Das Thema „bezahlbares Wohnen“ sei „die soziale Frage unserer Zeit. Die von der „Bayern Heim“ bis 2025 geplanten 10.000 Wohnungen seien bei weitem nicht ausreichend. Erforderlich seien vielmehr 100.000 neue Unterkünfte für finanzschwächere Bürger. Karl forderte den Freistaat auf, eigene Flächen kostengünstig

an die Kommunen für sozialen Wohnungsbau abzugeben. Gerade hier fehlten kleine bezahlbare Wohnungen für ältere Menschen, Studenten und Auszubildende. Des weiteren sei ein Förderprogramm für Privatinvestoren dringend erforderlich. Wegen der niedrigen Mieten auf dem Land rentiere sich für diese der Wohnungsbau ansonsten nicht.

Gestaltungsmöglichkeiten der Kommunen

Thorsten Glauber (FW) verlangte die gezielte Schaffung von Wohnraum im ländlichen Raum. Auch dort müssten kleinere Wohnungen für junge Menschen entstehen, um deren Migrationsdruck in die Metropolregionen zu bremsen. Der FW-Bauexperte appellierte an die Kommunen, ihre Gestaltungsmöglichkeiten beim Wohnungsbau besser auszunutzen. Für innovative Projekte könne auch mal der Architekt oder das Ingenieurbüro gewechselt werden.

Klare Vorgaben gefordert

Martin Stümpfig (Grüne) sah die Ansätze Aigners zur Einsparung des Flächenverbrauchs grundsätzlich positiv. Sie seien jedoch nicht konsequent genug. Es müsse klare Vorgaben zur Eindämmung des Flächenverbrauchs gerade in ländlichen Gemeinden geben. Mit Anreizen und Freiwilligkeit komme man nicht zum Ziel. Glauber forderte u.a. ein verpflichtendes Leerstandsmanagement in den Kommunen. In diesem Zusammenhang betonte der wohnungspolitische Sprecher der Grünen, Jürgen Mistol, der soziale Wohnungsbau müsse eindeutig Vorrang haben.

Für Eberhard Rotter (CSU) sind die Weichen in die richtige Richtung gestellt. Beim Wohnungsbau seien jetzt alle Akteure gefragt. Mit Blick auf die Flächeninanspruchnahme in Bayern sei er überzeugt, dass das Erfordernis des flächenschonenden Bauens inzwischen auch in den Kommunen angekommen sei. **rm**

Bayerns Bevölkerung übersteigt erstmals die 13 Millionen Marke

Im Januar 2018 überstieg die Einwohnerzahl Bayerns erstmals die 13 Millionen Marke und betrug zum Monatsende 13.003.252 Einwohner; Bevölkerungszuwachs von rund 66 500 Personen im Jahr 2017 vor allem auf hohe Wanderungsgewinne zurückzuführen

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilte, lebten am 31. Dezember 2017 rund 12,997 Millionen Menschen in Bayern. Durch eine weitere Bevölkerungszunahme von rund 6 000 Personen überstieg die Einwohnerzahl Bayerns im Januar 2018 dann erstmals in der Geschichte des Freistaats die 13 Millionen Marke. Gegenüber dem 31. Dezember des Vorjahres nahm die Bevölkerung im Laufe des Jahres 2017 um rund 66.500 Personen zu, so das Bayerische Landesamt für Statistik weiter.

Wanderungsgewinn

Maßgeblich hierfür war der im Jahresverlauf erzielte Wanderungsgewinn von rund 75.700 Personen, der den auch im Jahr 2017 vorhandenen Sterbefallüberschuss ausgleichen konnte. Auf Ebene der Regierungsbezirke verlief die Entwicklung der Einwohnerzahlen im Jahr 2017 dabei ausnahmslos positiv.

Am 31. Januar 2018 lebten im Freistaat Bayern 13.003.252 Menschen. Während zum Stichtag 31. Dezember 2017

der Freistaat Bayern noch 12.997.204 Einwohner und damit 66.453 mehr als Ende des Jahres 2016 hatte, überstieg durch ein weiteres Bevölkerungszuwachs von 6.048 Personen im Januar 2018 die Einwohnerzahl Bayerns erstmals die 13 Millionen Marke.

Das aktuelle Plus von 66.453 bei der gesamten Bevölkerungszahl entspricht in etwa der Einwohnerzahl des Landkreises Lichtenfels. Im Vergleich zum Vorjahr nahm die Dynamik des Bevölkerungswachstums jedoch ab, im Jahr 2016 waren noch Bevölkerungszuwächse von rund 87.200 Personen zu verzeichnen. Während im Jahr 2017 das Wanderungsplus mit den anderen Bundesländern rund 6 600 Personen betrug, war mit dem Ausland ein positives Wanderungssaldo von gut 69 100 Personen zu verzeichnen.

Bei den sogenannten natürlichen Bevölkerungsbewegungen – also der Differenz aus Geburten und Sterbefällen – war 2017 noch immer ein Überschuss der Sterbefälle gegenüber der Zahl der Geburten zu verzeichnen. Der Saldo belief sich auf annä-

Waldtag Bayern am 18.10.2018 in Nürnberg:

Wald und Forstwirtschaft in Ballungsräumen

Wald und Forstwirtschaft in Ballungsräumen – Welten treffen aufeinander! Früher extrem strapaziert für den Rohstoffbedarf der Städte. Heute flächenmäßig relativ stabil, wichtiger Standortvorteil und Garant für hohe Lebensqualität. Und morgen? Diese Frage diskutieren kompetente Vertreter des Kommunal- und des Forstsektors beim Waldtag Bayern am 18.10.2018 in Nürnberg im Marsaalsaal des Presseclubs (Gewerbemuseumsplatz 2). Schirmherr und Festredner ist Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly.

Immer mehr städtische Flächen werden für Wirtschaft, Verkehr und Wohnen benötigt. Immer mehr Menschen brauchen einen geeigneten „Lebens-Raum“, um sich zu erholen – am liebsten im Wald. Andererseits haben Forstwirtschaft und Holzverwendung große wirtschaftliche Bedeutung und werden immer wichtiger für Klimaschutz, Energiewende und Bioökonomie. Lässt sich alles unter einen Hut bringen oder muss man sich entscheiden? Welche Dialog- und anderen Prozesse helfen,

um Konflikte zu lösen und Chancen zu nutzen?

OB Dr. Maly wird in seiner Festrede die künftigen Entwicklungsmöglichkeiten einer Metropol im Waldumland abstecken. Anschließend diskutieren Experten aus dem Kommunal- und aus dem Forstsektor in drei moderierten Dialogrunden „spannungsvolle“ Themen: Flächenbedarf und Walderhaltung, Naherholung und Betriebsabläufe sowie Waldbewirtschaftung und Holzproduktion. Best Practice-Beispiele stellen die Waldbewirtschaftung, die Erholungsfunktion sowie innovative Mustersiedlungen in Holzbauweise in München vor.

Veranstalter sind die „Vertreter der bayerischen Forstwirtschaft“, ein bundesweit einmaliger Zusammenschluss von 21 bayerischen Forstverbänden und -organisationen mit zusammen mehr als 500.000 Mitgliedern. In ihrer „Gemeinsamen Botschaft“ zum Waldtag 2018 präsentieren sie ihre Empfehlungen für Kommunalvertreter, Forstleute und Waldbesitzer.

Anmeldung bis 4. Oktober unter www.waldtag-bayern.de. □

Bayerischer Gemeindegtag:

Straßenausbaubeiträge und Düngeverordnung

„Populistisch und kommunalfeindlich“ ist aus Sicht des Bayerischen Gemeindegtags die jüngst von den Freien Wählern im Bayerischen Landtag geforderte rückwirkende Abschaffung der Möglichkeit, für von den Kommunen finanzierte Straßen, Wege und Plätze, mit deren Herstellung vor über 25 Jahren begonnen wurde, Erschließungsbeiträge von den Anliegern zu verlangen. Der Bayerische Gemeindegtag will diese gesetzliche Möglichkeit beibehalten, damit seine Mitglieder noch bis 1. April 2021 sogenannte Altfälle abrechnen können.

Nach der Abschaffung der Möglichkeit, Straßenausbaubeiträge zu erheben, sollte jetzt nicht eine weitere Einnahmebeschaffungsmöglichkeit der Gemeinden und Städte verschwinden, betonte Gemeindegtagsgeschäftsführer Dr. Franz Dirnberger und ergänzte: „Bei allem Verständnis, sich im laufenden Landtagswahlkampf zu profilieren, sollte nicht an den Grundfesten kommunaler Selbstverwaltung gerüttelt werden.“ Jeder Grundstückseigentümer müsse an das öffentliche Verkehrsnetz angeschlossen werden. Es sei doch nur gerecht und fair, ihn für die erstmalige Herstellung einer Straße in angemessenem Umfang an den allgemeinen Kosten der Gemein-

de zu beteiligen. Dies habe sich über Jahrzehnte bewährt und sollte nicht in Frage gestellt werden.

Die Axt an den Grundlagen der Gemeindefinanzierung

Die Freien Wähler im Bayerischen Landtag legen nach Dirnbergers Auffassung die Axt an die Grundlagen der Gemeindefinanzierung. Er wies darauf hin, dass bei einer Abschaffung der Erschließungsbeitragsmöglichkeit der Freistaat Bayern den Einnahmeverlust der Kommunen kompensieren müsste. „Wir sehen derzeit, wie schwierig und zäh die Verhandlungen über eine Kompensation der weggefallenen Straßenausbaubeiträge verlaufen. Man kann sich jetzt schon ausrechnen, wie ungleich schwieriger Verhandlungen über eine Kompensation wegfallender Erschließungsbeiträge werden würden.“

Bayerns Bürgerinnen und Bürger erwarten sauberes und gesundes Trinkwasser. Trinkwasser ist ein Lebensmittel und muss daher von höchster Reinheit und Güte sein. Leider sorgt die intensive Landwirtschaft in Teilen Bayerns für nicht unerhebliche Nitratreinträge in das Grundwasser. Der Europäische Gerichtshof urteilte am 21. Juni 2018, dass Deutschland bisher nicht genug gegen die hohe Nitratbelastung in seinen Gewässern unternommen hat und darin ein Verstoß gegen die Europäische Grundwasserrichtlinie liegt. Deutschland ist dringend gefordert, über das Düngerecht zusätzliche und verstärkte Maßnahmen zu treffen, um seine Gewässer und Grundwasservorräte zu schützen. Hier sind vor allem die Länder gefragt. Und damit auch der Freistaat Bayern.

Sehr enttäuscht zeigt sich der Bayerische Gemeindegtag wiederum von der neuen Ausführungsverordnung zur Düngeverordnung der Bayerischen Staatsregierung. Einhellige Meinung des Landesausschusses ist, dass die Staatsregierung eine große Chance zur Verbesserung des Trinkwasserschutzes in Bayern trotz intensiver Gespräche und schriftlicher Stellungnahmen seitens der Kommunen als Trinkwasserversorger verstre-

chen hat lassen. Man ist sich einig, dass die Staatsregierung die hohe Sensibilität der Bevölkerung für das Thema Nitrat und Grundwasser ganz offensichtlich unterschätzt.

Nach den Worten von Josef Mend, 1. Vizepräsident des Bayerischen Gemeindegtags, „ist diese Verordnung eine große Enttäuschung. Mit ihr wird dem Schutzbedürfnis des Grundwassers und damit den bayerischen Trinkwasserreserven nicht hinreichend Rechnung getragen. Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte als zuständige Trinkwasserversorger hätten erwartet, dass Wasserschutzgebiete und deren Einzugsgebiete, in denen im Grundwasser mehr als 50 mg Nitrat je Liter oder mehr als 37,5 mg Nitrat je Liter ohne fallenden Trend festgestellt worden sind, zu besonders schutzwürdigen Gebieten erklärt werden. Das ist leider nicht flächendeckend geschehen.“

Zudem nehme man sehenden Auges hin, dass die Einzugsgebiete und die Wasserschutzgebiete, in denen die Grenzwerte noch unterschritten werden, sogar unter erleichterten Bedingungen solange mit Nitrat belastet werden dürfen, bis die Grenzwerte erreicht bzw. überschritten sind. „Das ist keine zukunftsweisende Umwelt- und Gesundheitspolitik“, unterstrich Mend. **DK**

Meldestelle für antisemitische Vorfälle

Bayerns Sozialministerin Kerstin Schreyer übergab im Beisein des Bayerischen Antisemitismusbeauftragten Dr. Ludwig Spaenle den Förderbescheid für die Meldestelle für antisemitische Vorfälle in Bayern an den Präsidenten des Bayerischen Jugendrings (BJR) Matthias Fack. Dabei betonte die Ministerin: „Die Meldestelle hilft uns, genauer hinzuschauen und Antisemitismus im Alltag sichtbar zu machen. Wir wollen die Menschen deshalb sensibilisieren, die Augen offen zu halten und Vorfälle zu melden. Denn Antisemitismus ist eine gesellschaftliche Herausforderung, die uns alle angeht.“ An die Meldestelle kann sich künftig jeder wenden, der aufgrund seiner jüdischen Herkunft oder seines jüdischen Glaubens beschimpft, belästigt, bedroht oder angegriffen wird, oder Zeuge von antisemitischen Ereignissen ist. Die Meldung kann über ein Onlineportal, aber auch telefonisch erfolgen. □

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Peter Bauer
94342 Irlbach
am 4.10.

Bürgermeister Josef Wengbauer
84561 Mehring
am 10.10.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinrich Förster
91471 Illesheim
am 1.10.

Bürgermeister Reiner Friedl
87675 Rettenbach a. Auerberg
am 1.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Gerhard Schneider
95502 Himmelkron
am 10.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Roland Freund
94118 Jandelsbrunn
am 2.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Dörr
91639 Wolframs-Eschenbach
am 5.10.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Bayerisches Landesamt für Pflege in Amberg offiziell eröffnet

Pflegeministerin Huml: Jetzt schon mehr als 250.000 Anträge auf Landespflegegeld und über 100 Anträge für Hebammenbonus
Finanzminister Füracker: Wichtiger Beitrag zur Strukturentwicklung in Nordbayern

Das neue Landesamt für Pflege ist in Amberg von Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml und Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker offiziell eröffnet worden. Ministerin Huml betonte: „Ich freue mich, dass unser Landesamt für Pflege innerhalb weniger Monate aufgebaut werden konnte. Damit kann es sich schon jetzt um wichtige Aufgaben kümmern. Wir sorgen dafür, dass die im April beschlossenen Maßnahmen des bayerischen Pflege-Paketes schnell bei den Menschen ankommen.“ Minister Füracker unterstrich: „Das neue Landesamt für Pflege ist ein weiteres Beispiel für die erfolgreiche Heimatstrategie der Staatsregierung.“

Nach Fürackers Worten leistet es einen wichtigen Beitrag zur Strukturentwicklung in Nordbayern und stärkt den Gesundheitsstandort Oberpfalz. „Mit dem Landesamt für Pflege in

jährlich stärken wir die Selbstbestimmung der pflegebedürftigen Menschen in Bayern. Sie können damit zum Beispiel den Gesundheitsstandort Oberpfalz, eine Anerkennung zukom-



Das neue Landesamt für Pflege in Amberg wurde von Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml und Bayerns Finanz- und Heimatminister Albert Füracker offiziell eröffnet. Präsident des Landesamts für Pflege ist Dr. Dr. Markus Schick (rechts).
Bild: Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

Amberg unterstreicht die Staatsregierung einmal mehr, welche große Bedeutung sie der Stärkung des ländlichen Raums und dem Thema Pflege beimisst.“

Huml verwies darauf, dass bereits mehr als 250.000 Anträge für das Bayerische Landespflegegeld vorliegen. Die Ministerin erläuterte: „Das ist ein schöner Erfolg. Mit dem Landespflegegeld in Höhe von 1.000 Euro

men lassen – oder sich selbst etwas Gutes tun. Auch unser Hebammenbonus stößt weiter auf großes Interesse. Mittlerweile haben wir Anträge von 102 Hebammen bekommen.“

Der Präsident des Landesamts für Pflege, Dr. Dr. Markus Schick, ergänzte: „Wir verstehen uns als Kümmerer für die Belange der Pflege in Bayern. Als erstes großes Projekt werden wir beim

Landesamt für Pflege die Abteilung für das neue bayerische Landespflegegeld aufbauen.

Ausbau der Infrastruktur

Ein weiteres zentrales Projekt wird die Unterstützung des Ausbaus der Pflege-Infrastruktur sein – unter anderem mit der Schaffung von mindestens 500 neuen Plätzen in der Kurzzeitpflege zur Entlastung der Familien von Pflegebedürftigen sowie von jährlich rund 1.000 neuen stationären Pflegeplätzen. Das Landesamt wird darüber hinaus Aufgaben u.a. in den Bereichen Hospiz- und Palliativversorgung, Demenzstrategie, Ehrenamt in der Pflege und beim Bayerischen Hebammenbonus in Höhe von jährlich 1.000 Euro übernehmen.“

Huml erläuterte: „Bereits seit Mitte Juli organisiert ein Kernteam die ersten Fachaufgaben der Behörde. Aktuell sind 26 Beschäftigte am Landesamt tätig, bis Jahresende sollen es bereits 50 sein.“

Engagierte Zusammenarbeit

Füracker ergänzte: „Das Landesamt für Pflege konnte nur deshalb so schnell starten, weil wir auf eine engagierte Zusammenarbeit vor Ort bauen konnten. Ich bedanke mich daher bei den Verantwortlichen in der Region, allen voran bei Herrn Oberbürgermeister Michael Cerny, Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Harald Schwartz und bei der Immobilien Freistaat Bayern, die den Mietvertrag für den Freistaat Bayern geschlossen hat. Ich bin mir sicher: In der schönen Stadt Amberg und seiner Umgebung werden sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamtes für Pflege sehr wohlfühlen.“

Verbesserungen in der Pflege

Ministerpräsident Dr. Söder: „Pflegeplatzgarantie für alle Pflegebedürftigen ab Pflegegrad 2 / Aktionsprogramm für mehr Fachkräfte“

Pflegeministerin Huml: „Unterstützung für pflegebedürftige Menschen wird deutlich ausgebaut“

Bei seiner Schwerpunkt-Sitzung zu den Themen Gesundheit und Pflege hat der Ministerrat weitere Verbesserungen in der Pflege auf den Weg gebracht. Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Wir haben beschlossen, binnen fünf Jahren einen Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz für alle Pflegebedürftigen ab Pflegegrad 2 in Bayern zu schaffen. Damit geben wir den Menschen Sicherheit, die sich fragen, wer sie einmal versorgen wird, wenn die häusliche Pflege nicht mehr möglich ist. Damit wir den wachsenden Bedarf an guter Pflege schultern können, startet Bayern ein eigenes Aktionsprogramm gegen Fachkräftemangel und für mehr Fachkräfte in der Pflege. All das bringen wir auf den Weg, damit jeder und jede in Würde alt werden kann“

Gesundheitsministerin Melanie Huml erläuterte: „Mit der Pflegeplatzgarantie bauen wir die Unterstützung für Pflegebedürftige in Bayern deutlich aus und schaffen zukunftsfähige Strukturen. Unser Konzept sorgt außerdem für mehr Teilhabemöglichkeiten der rund 240.000 Menschen in Bayern mit Demenz und ihrer Angehörigen am gesellschaftlichen Leben. Durch ein kommunales Initiativrecht für die Errichtung von Pflegestützpunkten stärken wir außerdem die Rolle der Kommunen in der Pflege. Mit all diesen Maßnahmen, mit dem beschlossenen Ausbau der Pflegeplätze in Bayern und mit dem Landespflegegeld verbessern wir die Lebensqualität von Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen.“

Pflegeplatzgarantie

Mit Schaffung der Pflegeplatzgarantie entsteht ein einklagbarer konkreter Anspruch auf Vermittlung eines Pflege-

platzes für ältere und jüngere Pflegebedürftige ab Pflegegrad 2. Es wird sichergestellt, dass eine Betreuung und Versorgung im Heim möglich ist, wenn die häusliche Pflege nicht mehr gewährleistet werden kann. Der Gesetzentwurf soll Anfang der kommenden Legislaturperiode in den Bayerischen Landtag eingebracht und in enger Abstimmung mit den Kommunen und den Leistungserbringern umgesetzt werden.

Übergangsfrist

Für die Kommunen ist eine Übergangsfrist ab Verabschiedung des Gesetzes vorgesehen. Denn für die Schaffung einer ausreichenden Anzahl an Pflegeplätzen sind die Kommunen zuständig. Die bisherige Hinwirkungsverpflichtung soll per Gesetz in eine Sicherstellungspflicht umgewandelt werden. Neu hinzu kommt ein kommunaler Ansprechpartner für die Vermittlung von Pflegeplätzen. Die Ausweitung der kommunalen

Aufgaben wird für die Kommunen Kosten verursachen, die im Rahmen des Konnexitätsprinzips vom Freistaat Bayern zu tragen sind.

Aktionsprogramm Fachkräfte

Das Bayerische Aktionsprogramm gegen den Fachkräftemangel und mehr Fachkräfte in der Altenpflege ergänzt die vom Bund beschlossenen Maßnahmen auf diesem Gebiet. Geplant sind unter anderem verstärkte Kampagnen zur Nachwuchsgewinnung in der Pflege. Weitere Maßnahme ist ein IT-Programm zur Koordinierung der Einsätze im Rahmen der Pflege-Ausbildung. Außerdem soll es eine „Ombudsperson“ für die Belange Auszubildender in der Pflege geben, um Ausbildungsabbrüche zu verhindern. Auch wird die hospizliche und palliativmedizinische Versorgung in stationären Einrichtungen der Pflege gestärkt, was auch zu einer Entlastung der Pflegekräfte beitragen wird.

Ausbau Pflegeplätze und Stärkung der Kommunen

Der Ministerrat hat den als Teil des Pflege-Paketes im April 2018 beschlossenen Ausbau von 1.000 Pflegeplätzen jährlich konkretisiert: Gefördert werden Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätze sowie vollstationäre Pflegeplätze. Projek-

GZ

KOLUMNE
Christoph Göbel

Liebe Leserinnen und Leser,

in vielen Teilen Bayerns, ganz besonders aber im Umfeld städtischer Ballungsräume gehören die kontinuierlich ansteigenden Belastungen durch den Individualverkehr mit zu den größten Herausforderungen für Politik und Gesellschaft. Und es ist ein Teufelskreis: Je erfolgreicher ein Raum ist, je mehr attraktive Arbeitsplätze und Freizeitangebote er zu bieten hat, desto



größer wird die Verkehrsbelastung. Diese wiederum wirkt sich langfristig negativ auf den Erfolg aus. Denn wenn Unternehmen nicht mehr gut erreichbar sind, wandern sie in letzter Konsequenz ab. Der Landkreis München ist von

Mobilität auf. Ab Anfang Oktober rollen nach zweijähriger Planung die ersten Mieträder durch den Landkreis. Damit führen wir als erste Region ein flächendeckendes Mietradsystem außerhalb eines großen Stadtzentrums ein.

Dazu haben wir uns entschlossen, das in der Landeshauptstadt München bereits etablierte System „MVG Rad“ auf das Landkreisgebiet auszuweiten und der engen infrastrukturellen Verbindung von Stadt und Landkreis München

somit ein weiteres Element hinzuzufügen. Hierfür sind der Landkreis und die Landeshauptstadt eine umfassende Kooperation eingegangen. Zusammen mit Münchens Oberbürgermeister Dieter Reiter werden wir am 5. Oktober in Anwesenheit von Staatsministerin Ilse Aigner in der Stadt Garching den offiziellen Start ausrufen.

Erste Stationen in Garching und Ismaning – 19 beteiligte Kommunen insgesamt

Bis Mitte 2019 werden insgesamt mehr als 100 Mietradstationen in 19 Kommunen errichtet, die ein bedarfsgerechtes und attraktives verkehrliches Netz bilden. Den Auftakt bilden die Stadt Garching und die Gemeinde Ismaning. Zeitnah folgen sollen die Gemeinden Unterföhring und Oberschleißheim. Bis Juni 2019 sollen alle teilnehmenden Kommunen an das Mietradnetz angeschlossen sein.

Das deutschlandweit erste suburbane Mietradsystem soll als Modellprojekt zeigen, wie Mietradsysteme außerhalb großer Zentren erfolgreich betrieben werden können. Diese Erfahrungen sollen dann an weitere Regionen weitergereicht werden. Dafür erhält der Landkreis auch eine Förderung des Bundes. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit unterstützt das Vorhaben des Landkreises mit mehr als drei Millionen Euro. Gerne werden wir über unsere Erfahrungen berichten.

Ihr Christoph Göbel

stv. Landesvorsitzender der KPV Bayern
Landrat des Landkreises München

Mit neuen Konzepten den Verkehrsinfarkt verhindern

diesem Damoklesschwert besonders betroffen, denn täglich bewegen nicht viel weniger als 300.000 Ein-, Aus- und Binnenpendler durch den Landkreis.

Die Mobilität ist daher auch einer der strategischen Arbeitsschwerpunkte des Landkreises München. Wir bauen den öffentlichen Verkehr kontinuierlich weiter aus und entwickeln neue Perspektiven. Unter dem Gesichtspunkt des Energie- und Klimaschutzes widmen wir uns auch ganz besonders Themen wie der Elektromobilität oder dem Fahrradverkehr. So soll schon bald mit der Umsetzung einer ersten Radschnellverbindung, auf der man Geschwindigkeiten bis zu 30 km/h fahren kann, zwischen der Landeshauptstadt München und den nördlichen Landkreiskommunen verwirklicht werden. Weitere sollen folgen.

In wenigen Tagen schlägt der Landkreis München ein weiteres neues Kapitel in Sachen

te mit besonderen Konzepten sollen mit einer konzeptabhängigen Förderung nicht nur prioritär behandelt, sondern auch höher gefördert werden. Damit ist eine Abkehr vom klassischen Pflegeheim mit Dauerpflegeplätzen verbunden, also z.B. eine Öffnung ins Quartier etwa mit Tagespflegeplätzen, Tagesbetreuung, Mittagstisch und Begegnungsstätten. Insgesamt sollen dafür pro Jahr Mittel in Höhe von 60 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Pro Pflegeplatz ist eine Unterstützung von bis zu 90 % der Baukosten ab 2019 geplant. So können Träger mit einer Förder-summe von bis zu 60.000 Euro je Pflegeplatz rechnen.

Ein weiterer Baustein ist die Stärkung der Rolle der Kommunen. Dazu nutzt Bayern Gestaltungsmöglichkeiten, die den Bundesländern im Dritten Pflegestärkungsgesetz eröffnet wurden. Kernstück ist ein kommunales Initiativrecht für die Errichtung von Pflegestützpunkten zur Beratung für Pflegebedürftige und Angehörige vor Ort. Dies soll von einem Förderprogramm für den Ausbau von Pflegestützpunkten in den Kommunen begleitet werden. Darüber hinaus ist vorgesehen, Pflegekonferenzen auf Landkreisebene zu ermöglichen, Empfehlungen zur Pflegestrukturplanung zu erarbeiten und einen sogenannten Sektorenübergreifenden Landespflegeausschuss u.a. zu Fragen der Verzahnung von Versorgungsangeboten einzurichten.

Die Staatsregierung wird zudem die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu Demenz ausbauen. Ziel ist es, dass die rund 240.000 Betroffenen in Bayern und ihre Angehörigen im direkten Lebensumfeld die Unterstützung bekommen, die sie benötigen.

Studiengang Hebammenwesen:

Flächendeckende Versorgung mit Hebammen

Wissenschaftsministerin Prof. Dr. Marion Kiechle hat im Ministerrat das Konzept zum Aufbau einer akademischen Hebammenausbildung in Bayern vorgestellt, durch das die Nachwuchssicherung im Bereich der Hebammen geleistet wird. Ministerpräsident Dr. Markus Söder erklärte dazu: „Wir wollen beste medizinische Betreuung jedes Menschen vor, nach und während der Geburt. Hebammen sind hierbei ein wichtiger Schlüssel – das verdient unseren höchsten Respekt und Anerkennung.“

Als wesentliches Element des bayerischen Gesundheitssystems will Söder zum einen mehr Hebammen und gleichzeitig bessere Ausbildungsmöglichkeiten für Hebammen. Kiechle erläuterte: „Die Möglichkeit einer hochschulischen Qualifikation in der Hebammenausbildung trägt den zunehmend komplexen Anforderungen in der Gesundheitsfürsorge Rechnung. Ich begrüße sehr, dass der Hebammenberuf durch die Akademisierung eine gesellschaftliche Aufwertung erfährt, insbesondere, wenn auf diese Weise die Attraktivität des Hebammenberufs gesteigert wird. Mit den Angeboten zur akademischen Ausbildung von Hebammen erfolgt ein weiterer wichtiger Schritt zur Sicherstellung einer dauerhaften flächendeckenden Versorgung mit Hebammen.“

Ergänzung zu den Berufsfachschulen

Die Bayerische Staatsregierung trägt mit den akademischen Ausbildungsangeboten zum einen dem zunehmend komplexen Versorgungsauftrag der Hebammen und Geburtshelfer Rechnung, zum anderen sollen damit sowohl die novellierte EU-Berufsanerkennungsrichtlinie als auch die vom Bund geplante Novellierung des Heb-

ammengesetzes (HebG) umgesetzt werden. In Bayern soll die akademische Ausbildung von Hebammen ergänzend zu den Berufsfachschulen angeboten werden. Die Berufsfachschulen für das Hebammenwesen werden daher in die Entwicklung von akademischen Angeboten eingebunden.

100 Absolventen pro Jahr

Die akademische Ausbildung von Hebammen soll an mehreren Standorten in Bayern angeboten werden. Als Studienbeginn ist das Wintersemester 2019/2020 angestrebt. Ziel ist, dass bayernweit rund 100 Absolventen pro Jahr einen Studiengang abschließen.

Die Staatsregierung setzt sich zudem auf Bundesebene dafür ein, dass der Zugang zur Hebammenausbildung für Absolventen einer (Kranken-)Pflegeausbildung entsprechend den Vorgaben der EU-Richtlinie weiterhin möglich ist. „Ich halte die Einrichtung eines Studiengangs Hebammenwesen für einen Gewinn für Bayern. Auf diese Weise sichern wir den Fachkräftenachwuchs im Bereich der Hebammen und beschreiben zugleich den Weg zu einem zukunftsweisenden, EU-konformen Ausbildungskonzept“, unterstrich die Ministerin.

Stabilität und Kontinuität ...

(Fortsetzung von Seite 1)
wie man es von Extremparteien kennt, bringt kein Land voran. Simplifizierung und Vergangenheitsdenken war noch nie Stil der CSU – im Gegenteil. Das muss man den Menschen erklären – auch und gerade in Zeiten, in denen es dem Land gut geht.

GZ: In der Tat liest sich die Leistungsbilanz der CSU-geführten Staatsregierung hervorragend. Die bayerische Wirtschaft floriert und es herrscht Vollbeschäftigung im Land. Noch nie ging es Bayern so gut wie heute. Und dennoch war die Politik noch nie so zersplittert. Wie ist das zu erklären?

Herrmann: Zunächst: Bayern wird als Exot betrachtet. Außerdem ist man im Zuge des Erfolgs immer relativ einsam. Ich verstehe in diesem Zusammenhang nicht, warum gerade jene, die bei anderen eine extrem hohe Sprach-Sensibilität an den Tag legen, überhaupt kein Problem haben, die CSU mit Begriffen und Beleidigungen wie Herdprämie oder Heimatzerstörer an den Pranger zu stellen. Diese Titulierungen sind diskriminierend und überschreiten die Grenzen der politischen Auseinandersetzung deutlich. Eine aus meiner Sicht völlig absurde, übertriebene Art des Umgangs miteinander. Diese Angriffe sind Teil der Ursache für die Zersplitterung unserer Politik.

GZ: Gibt es weitere Beispiele?
Herrmann: Die SPD hat sich die Internetseite soeder-machts. de gesichert und zählt dort Dinge auf, die der Ministerpräsident aus ihrer Sicht falsch macht. Fakt ist: Hier werden unzutreffende Behauptungen in den Raum gestellt; sie sind konstruiert und verdreht. Es wird hier ganz klar versucht, die politische Meinung durch das bewusste Streuen von Fake News zu beeinflussen. Das ist absolut unanstößig. Am Ende des Tages aber sollte man sich immer fragen: Was hilft dies dem politischen Diskurs insgesamt?

Die Eliten sind in der Pflicht

GZ: Ihre Botschaft?
Herrmann: Die Eliten müssen sich im Klaren sein, worum es letztlich geht – nämlich um den demokratischen Diskurs und die Art, freiheitlich miteinander zu leben. Was nicht passieren darf, ist eine Entwicklung wie in den USA oder anderen Ländern, wo die „normale“ Bevölkerung und die Eliten gerade im politischen und medialen Bereich immer mehr auseinanderdriften. Hierzulande ist dies auch schon ein Stück weit der Fall, weil die etablierten Medien nicht mehr die gleiche leitende Funktion haben wie früher. Heutzutage haben wir es mit sozialen Netzwerken zu tun, in denen sich jeder seine eigene Wahrheit konstruiert und durch Algorithmen noch bestärkt wird. Die CSU vertritt die Meinung: „Argumente statt Algorithmen“. Aus diesem Grund haben wir die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, die derzeit neu strukturiert wird, exakt um diesen Aspekt ergänzt.

GZ: Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat in seiner Regierungserklärung vor dem Bayerischen Landtag die Grundlinie seines Regierungshandelns dargelegt. Darin heißt es: „Die zentrale Frage ist: Wie kann Bayern die Digitalisierung und Globalisierung erfolgreich gestalten, aber gleichzeitig seine Eigenständigkeit und Seele bewahren?“ Wie ist das zu verstehen?

Herrmann: Wir wollen modern sein und dabei bayerisch bleiben. Wir managen die Zukunft und kümmern uns um die Probleme eines jeden Einzelnen. Machen

und kümmern – um die großen Linien und die kleinen Sorgen: Das ist unsere Philosophie.

Bei den großen Linien steht das Thema Technologie im Vordergrund. Künftige Entwicklungen können schließlich nur durch Innovation angestoßen und bewältigt werden. In dieser Erkenntnis aber liegt wohl der Grundunterschied zwischen der CSU und den Linken, vor allem aber den Grünen. Sie wollen Lösungen über Verbote, Reglementierung und Retro-Politik herbeiführen. Dabei ist dieses Klein-Klein-Denken aussichtslos, wie schon die Figur Möbius in Friedrich Dürrenmatts „Die Physiker“ sagte: „Was einmal gedacht wurde, kann nicht mehr zurückgenommen werden.“ Das ist der Grundantrieb des Menschen. Deshalb ist die Innovation die Lösung für alle Fragen. Und diese Innovation muss bei uns stattfinden. Höchste Innovationskraft und tiefe Verwurzelung in Tradition und Brauchtum sind in Bayern kein Widerspruch.

GZ: Woran denken Sie konkret?

Herrmann: Die Begeisterung für Innovation zu schüren, zeigt sich in Söders Überlegungen, den Freistaat als Zentrum des

Fortschritts in Deutschland auszubauen. Dazu hat er ein bayerisches Raumfahrtprogramm namens „Bavaria One“ angekündigt. Außerdem soll die Entwicklung und der Einsatz von Flugtaxi vorangebracht werden.

GZ: Daselektrisiert Menschen, die dafür empfänglich sind.

Herrmann: Exakt. Bayern ist deshalb so erfolgreich, weil das Zusammenspiel von Großindustrie, Industrieunternehmen in weltweiten Märkten und mittelständischen Zulieferern funktioniert. Unsere Verantwortung liegt darin, zu erkennen, wo sich der Markt hinbewegt. Diese Aufbruchstimmung ist wichtig.

Humanität, Ordnung und Bekämpfung der Fluchtursachen

GZ: Kommen wir abschließend zum Megathema Asyl und Migration. Ihr Standpunkt?

Herrmann: Von Anfang an hat die CSU eine klare Linie verfolgt, die sie auch beibehalten wird. Unsere Maxime lautet: 1. Humanität im Umgang mit den hier lebenden Menschen, 2. Ordnung und Begrenzung, 3. Fluchtursachen bekämpfen. Nach unserer Überzeugung ist dies ein vernünfti-

Ja zu Bayern...

(Fortsetzung von Seite 1)
kratie noch handlungsfähig, dass Politik gestaltunswillig ist und dass Politik auch in der Lage ist etwas zu gestalten, um das Leben der Menschen besser zu machen.“ Dabei sei es neben Modernität wichtig, Bayerns Identität und Seele zu erhalten: „Modern sein und bayerisch bleiben ist kein Widerspruch!“

Ein weiterer großer Erfolg der CSU sei die bayerische Sicherheitspolitik: „Chemnitz wäre so in Bayern nicht passiert, das G20-Chaos in Hamburg wäre so in Bayern nicht passiert und auch Silvesternächte in Köln wären so nicht passiert. Bayern ist nur nicht das sicherste Land, wir stehen auch zu Sicherheit.“ So schaffe der Freistaat aktuell 3.500 Polizeistellen im ganzen Land, bezahle sie besser als in anderen Bundesländern und stärke ihnen mit dem neuen Polizeiaufgabengesetz den Rücken.

Söder stellte auch die europapolitische Relevanz der CSU heraus. Das habe sich auf dem EU-Gipfel zur Migration im vergangenen Juli gezeigt: „Was da auf dem EU-Gipfel beschlossen wurde und jetzt in der Umsetzung ist, ist schon ein Paradigmenwechsel: Das gemeinsame Bekenntnis zum Schutz der Außengrenzen, die Ausstattung von Frontex über das bisherige Maß hinaus, das ist etwas Besonderes. Das ist von uns erreicht worden! Keine andere Partei im bayerischen Landtag wäre in der Lage gewesen so etwas in Europa gemeinschaftlich durchzusetzen!“

Wie starke Frauen in der CSU erfolgreich Politik machen, war Thema einer Gesprächsrunde unter der Leitung der stellvertretenden Generalsekretärin Daniela Ludwig. Landtagspräsidentin Barbara Stamm, die stellvertretende bayerische Ministerpräsidentin und Bauministerin Ilse Aigner, Gesundheitsministerin Melanie Huml, Sozialministerin Kerstin Schreyer, Wissenschaftsministerin Marion Kiechle, und die Staatsministerin für Unterricht und Kultus Carolina Trautner berichteten kurz über ihre erfolgreiche Politik in ihrem jeweiligen Ressort.

Da am 14. Oktober nicht nur die Landtagswahl, sondern auch die Bezirkstagswahl stattfindet, diskutierte Daniela Ludwig mit den Präsidenten fünf bayerischer Bezirkstage über aktuelle Herausforderungen der kommunalen Selbstverwaltung. Dazu zählen u. a. das Bayerische Teilhabegesetz, die Einrichtung von Pflegestützpunkten,

die ambulante Hilfe zur Pflege, die am 1. März zu den Bezirken wechselte, sowie das neue Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz.

„Wir wollen, dass Bayern dem Wind von Unsicherheit und Instabilität, der derzeit durch ganz Europa weht, standhält“, heißt es im Landtagswahlprogramm „Ja zu Bayern!“, das auf dem Parteitag vorgestellt und einstimmig beschlossen wurde. Weiter hält das Papier fest: „Wir nehmen uns der großen demokratischen Zukunftsaufgaben an und setzen Verunsicherung und Verlustängsten kraftvolle Leitlinien entgegen.“

Leitbild „Stadt und Land – Hand in Hand“

Als Beispiel hierfür steht das Leitbild „Stadt und Land – Hand in Hand“. Bayern hat seit 2013 das Staatsziel der gleichwertigen Lebensverhältnisse in allen Landesteilen als Verfassungsauftrag. Diese Verfassungsergänzung wird mit der Heimatstrategie erfüllt. Behörden und Forschungsinstitute wurden aus Ballungsräumen in die Regionen verlagert. „Dadurch bieten wir gute und sichere Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Zur Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse tragen auch unsere Rekordinvestitionen in Straßen, Bildung, Mobilität und den Breitbandausbau bei.“

Die digitale Entwicklung wurde zur Chefsache gemacht und deshalb erstmals ein Staatsminister für Digitalisierung eingesetzt. Mit dem Masterplan Bayern Digital II wurde 2017 die zweite Stufe der Digitalisierung gezündet. Dafür werden insgesamt 6 Milliarden Euro bis 2022 investiert. Mehr als 2.000 Kommunen im Freistaat nutzen das bayerische Breitbandförderprogramm. Von der Digitalisierung sollen alle Menschen im Freistaat profitieren. Als erstes Bundesland stellt Bayern für seine mittelständischen Betriebe eine BayernCloud zur Verfügung. So können sensible Unternehmensdaten geschützt werden und Familienbetriebe erhalten einen weiteren Wettbewerbsvorteil.

Die CSU hat sich zudem „vitale Kommunen in allen Landesteilen“ zum Ziel gesetzt. Den bayerischen Kommunen gehe es mit großem Abstand besser als in vielen anderen Ländern. Der kommunale Finanzausgleich, durch den der Freistaat die Kommunen finanziell unterstützt, habe ein Rekordniveau erreicht. „Beim Städtebau und der

ger und wirkungsvoller Ansatz. **GZ: Bayern hat hier nachweislich Großartiges geleistet.**

Herrmann: Kollegen aus anderen Bundesländern bestätigen dies. Unsere Herangehensweise – Stichwort Unterbringung und Arbeitsplatzsuche – ist vorbildlich. Bayern ist ein Land der gelingenden Integration. Der Migrationsanteil in München oder Augsburg ist deutlich höher als in Berlin, ganz zu schweigen von Dresden.

GZ: Hinzu kommt die motivierende Entwicklungshilfe.

Herrmann: Bundesminister Gerd Müller vertritt eine moderne Politik mit dem Ansatz, dass Menschen in ihrem Heimatland Perspektiven entwickeln können. Das ist unbedingt zu unterstützen. Insofern ist es nicht nachvollziehbar, weshalb der Bund hier nicht mehr Geld in die Hand nimmt.

GZ: Ihr Fazit?

Herrmann: Wer sich Standpunkte und Argumente offen zu Gemüte führt und die Lage realitätsnah analysiert, der muss zu dem Ergebnis kommen: Bayern ist zu schade für Experimente. Was wir brauchen, sind Stabilität und Kontinuität. Für eine sichere und erfolgreiche Zukunft in unserem schönen Bayern!

GZ: Vielen Dank für das Gespräch.

DK

Für kontrollierten...

(Fortsetzung von Seite 1)
ganz entscheidender Teil des Selbstverständnisses der CDU und somit auch der KPV ist das Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft. Wir begrüßen und befürworten deshalb den Antrag des Parteivorstands. Das Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft beinhaltet auch, dass dort nicht allein die freien Kräfte des Marktes walten, sondern eine kontrollierter und funktionierender Ausgleich der Interessen der Marktteilnehmer gewährleistet ist.“

Die Globalisierung zeige, dass die Marktkräfte einen staatlichen Ordnungsrahmen benötigen. Der faire Ausgleich der Interessen von Anbietern und Nachfragern, der effiziente Einsatz der immer knapper werdenden Ressourcen, der Schutz der Umwelt und des Klimas müssten durch unsere Wirtschaftsordnung sichergestellt werden. Die Europäische Union stelle unter den Anforderungen des europäischen Binnenmarkts die Erfüllung von kommunalen Aufgaben immer wieder in Frage und schränke die Handlungsspielräume der Kommunen und ihrer Unternehmen ein.

Öffentliche Aufgaben bürgernahe und sozialverträglich erfüllen

Die KPV steht laut Haase für Strukturen, die es Kommunen erlauben und ermöglichen, eine bürgernahe, flächendeckende und sozialverträgliche Erfüllung öffentlicher Aufgaben auf hohem Niveau zu gewährleisten. Die kommunale Daseinsvorsorge sichere die Lebensqualität der Menschen gerade dann, wenn Marktmechanismen versagen. Nur so würden Verantwortung und Entscheidungsfreiheit vor Ort gestärkt und die Menschen vor Ort entschieden selbst, welche Leistungen in welcher Form angeboten werden.

Haase wies zudem darauf hin, „dass wir in kommunaler Selbstverwaltung den Kanon der Leistungen der Daseinsvorsorge bestimmen, die Qualität der Leistung kontinuierlich überprüfen und Versorgungssicherheit, Preistransparenz und Sozialverträglichkeit sicherstellen müssen“. „Wir wissen, dass es zum Erhalt, Umbau und Ausbau der Infrastruktur in den Kommunen erheblicher Investitionen bedarf“, führte der Vorsitzende weiter aus. Der Investitionsstau sei eine Bürde für die zukünftigen Generationen und eine indirekte Verschuldung. „Deswegen wollen wir mehr Investitionen in eine zukunftsfähige Infrastruktur und die Finanzierung und Refinanzierung erleichtern. Eine weitere voranschreitende Privatisierung mit ihren negativen Auswirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung ist nicht alternativlos.“

Zu den Auswirkungen des im

Bei uns in Bayern gilt: Null Toleranz für jede Art von Extremismus. Wir nehmen zu Recht für uns in Anspruch: Wir bekämpfen den politischen Radikalismus – egal aus welcher Richtung er kommt – so intensiv wie keine andere Partei. Wir nehmen die Sorgen der Menschen ernst, wir lösen die Probleme, die diesen Sorgen zugrunde liegen und wir stärken dadurch den Zusammenhalt unserer Gesellschaft“, heißt es weiter.

In Bayern sei ein Beauftragter für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus benannt und in der CSU ein Jüdisches Forum gegründet worden, dem sich die CDU angeschlossen hat. „Letztlich geht es um nicht weniger als um die Stabilität unseres Landes. Das ist unser Anspruch. Das ist unser Politikansatz.“ DK

Volksbegehren:

Klimaschutz in die Verfassung“

Um den Klimaschutz in die Bayerische Verfassung aufzunehmen, läuft noch bis zum 4. Oktober eine Unterschriftenaktion. Bis dahin will der Verein „Klimaschutz – Bayerns Zukunft e.V.“ die erforderlichen 25.000 Unterschriften sammeln. Erst dann kann die Aufnahme des Staatszieles Klimaschutz beantragt werden. Unterschriften-Listen und weitere Materialien sind zu finden unter: www.klimaschutz-verfassung.de

unter 12-jährigen Kinder ausgeweitet wird: Im Alter von 12 bis 18 Jahren wird ein Anspruch auf Unterhaltsvorschuss nur dann wirksam, wenn das Kind keine Leistungen nach SGB II bezieht oder das alleinerziehende Elternteil über ein monatliches Einkommen von mindestens 600 Euro verfügt. Dies sei insofern zielführend, als dass bei rund 87 Prozent der betroffenen Unterhaltsvorschusszahlungen beim ALG II angerechnet werden, sodass keine finanzielle Besserstellung erfolgt, die einen bürokratischen Mehraufwand rechtfertigen würde. Damit werde Doppelbürokratie abgebaut und die Kommunen würden deutlich entlastet.

Intensiv diskutiert werden derzeit die Vergabebedingungen und Auktionsregeln bzgl. der anstehenden 5G-Frequenzvergabe. Nach Haases Auffassung reichen die bisher vorliegenden Planungen der Bundesnetzagentur zum G5-Ausbau allerdings nicht aus, um die Verabredungen des Koalitionsvertrages umzusetzen. Aus dem Koalitionsvertrag gelte die Vorgabe, dass es neue Frequenzen nur gegen flächendeckende Versorgung gibt. Der Präsident der Bundesnetzagentur, Jochen Hermann, ignoriere diese Vorgabe und behauptete, dass die zur Vergabe anstehenden 5G-Frequenzen für eine weitergehende Flächenversorgung nicht geeignet seien.

„Gleichwertige Lebensverhältnisse schaffen wir so leider nicht“, machte der KPV-Chef deutlich. „Wir fordern den Präsidenten der Bundesnetzagentur auf, sich den politischen Vorgaben des Koalitionsvertrages unterzuordnen. Wir fordern, dass der G5-Ausbau flächendeckend erfolgt bis in jeden Haushalt und jede Gemeindestraße.“ DK

Digitale Bildung an Bayerns Schulen:

Bundesweit Vorreiter

Der Ausbau digitaler Kompetenzen bei Schülerinnen und Schülern sowie Lehrerinnen und Lehrern schreitet an Bayerns Schulen kraftvoll voran. Der Freistaat unterstützt die Kommunen massiv bei der Ausstattung der Schulen mit digitalen Medien, zudem startet zum neuen Schuljahr eine der größten Fortbildungsoffensiven für Lehrkräfte. Allein für die technische Ausstattung beinhaltet „Bayern Digital 2“ 212,5 Millionen Euro.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder hatte in seiner Regierungserklärung angekündigt, in den nächsten Jahren bayernweit insgesamt 50.000 digitale Klassenzimmer zu entwickeln. Für digitale Klassenzimmer sieht „Bayern Digital“ 150 Millionen Euro vor. Mit diesen Mitteln kann der Freistaat die Kommunen bei der Ausstattung der Schulen massiv – nämlich mit bis zu 90 Prozent der Kosten – unterstützen. Weitere 35 Millio-

nen Euro werden für die Ausstattung integrierter Fachunterrichtsräume an Berufsschulen und 27,5 Millionen Euro für die IT-Ausstattung in der Lehrerausbildung ausgegeben.

Der Freistaat startete im Herbst dieses Jahres mit einer der größten Fortbildungsoffensiven für seine Lehrerinnen und Lehrer, um diese umfassend auf die Herausforderungen und Chancen der digitalen Welt im Unterricht vorzubereiten. Ab

dem Schuljahr 2018/19 stehen den Schulen bei der Schulaufsicht 89 „Koordinatoren Digitale Bildung“ zur Seite. Sie koordinieren Angebote der Fortbildungen, sind Ansprechpartner für externe Partner, unterstützen hinsichtlich der Förderprogramme zur IT-Ausstattung und begleiten bzw. beraten die Schulen vor Ort.

Bildung und Medienbildung

Digitale Bildung und Medienbildung sind in Bayern zentrale fächerübergreifende Bildungs- und Erziehungsziele und im neuen LehrplanPLUS in allen Jahrgangsstufen fächerübergreifend verankert. Hierzu erstellen die Schulen seit dem Schuljahr 2017/2018 und bis zum Ende des Schuljahres 2018/2019 ein eigenes Medienkonzept. Unterstützung finden sie z.B. in einem Medienkompetenz-Navigator, der online verfügbar ist. Außerdem stehen ihnen über 80 Beratertandems aus Medien- und Schulentwicklungsexperten zur Seite. Die Lernplattform „mebis – Landesmedienzentrum Bayern“ eröffnet den Schulen Zugang zu einer Fülle digitaler Unterrichtsmaterialien und wird kontinuierlich ausgebaut – in diesem Schuljahr um „mebis-Notes“, eine webbasierte Software mit Funktionen einer Online-Tafel.

Bayern gehört beim Länderindikator 2018 der Deutschen Telekom Stiftung „Schule digital“ 2018 zur Spitzengruppe. U. a. hat die Studie ergeben, dass rund zwei Drittel aller bayerischen Lehrkräfte mindestens einmal in der Woche digitale Medien im Unterricht nutzen, die Hälfte davon täglich – der Spitzenwert unter den Ländern.

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml:

Chancen der Digitalisierung für die Gesundheitsversorgung nutzen

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml setzt auf die Digitalisierung, um die medizinische und pflegerische Versorgung der Menschen in Bayern weiter zu verbessern. Huml betonte anlässlich des Gesundheitsforums der Landesvertretung Bayern der Techniker Krankenkasse (TK) in München: „Gerade die Telemedizin bietet große Chancen: Wir können damit medizinisches Fachwissen zu den Menschen bringen – unabhängig von ihrem Wohnort. In einer älter werdenden und damit tendenziell weniger mobilen Gesellschaft ist das ein entscheidender Vorteil.“

Die Ministerin ergänzte: „In Bayern planen wir unter anderem den Aufbau einer Infrastruktur für vernetzte Gesundheitsdaten. Ziel ist es, Daten aus Gesundheitsakten und anderen Quellen zu vernetzen, um die Forschung und damit die medizinische Versorgung zu verbessern. Mit unserem Programm BAYERN DIGITAL II investiert die Staatsregierung bis zum Jahr 2022 drei Milliarden Euro – unter anderem, um Bayern zum weltweiten Spitzenstandort für digitale Medizin und Pflege auszubauen.“

Huml unterstrich: „Für all unsere Projekte in Bayern gilt: Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sondern dient dem Bestreben, das Leben der Menschen zu verbessern. Bei allen Projekten ist entscheidend, dass die Bürgerinnen und Bürger die uneingeschränkte Selbstbestimmung über ihre Daten behalten.“

Die Ministerin fügte hinzu: „Auch im Pflegebereich birgt die Digitalisierung Chancen: Viele Menschen haben den Wunsch, auch im Alter oder bei Pflegebedürftigkeit in den eigenen vier Wänden bleiben zu können. Die moderne digitale Technik eröffnet hier neue Möglichkeiten und entlastet die Pflegenden.“

So können beispielsweise smarte Technologien für mehr Sicherheit bei Pflegebedürftigen und deren Angehörigen sorgen. Wir können und wollen dabei aber nicht den Menschen ersetzen, sondern mit Hilfe moderner Technik mehr Freiraum für echte menschliche Zuwendung von Angehörigen und Pflegekräften schaffen.“

Digitalcoach vermittelt Pflege-Konw-how

Huml begrüßte zudem das Engagement der TK zur Nachwuchsförderung für Landarztpraxen. Christian Bredl, Chef der TK in Bayern, betonte: „Wie die Ministerin setzt auch die TK bei der Pflege auf digitale Hilfen, um die Familien zu entlasten. Drei Viertel der rund 350.000 Pflegebedürftigen in Bayern werden zu Hause gepflegt. Jeder Dritte der betroffenen Angehörigen musste die neue Rolle ad hoc übernehmen und hatte keine Chance, sich inhaltlich vorzubereiten. Im anstrengenden Pflegealltag fehlen erst Recht Zeit oder Möglichkeiten, sich außer Haus zu informieren.“

Bredl fügte hinzu: „Genau hier setzt das neue Digitalange-

bot der TK an. Als Online-Kurs mit vier Modulen und interaktiven Elementen wie Fragebögen zum eigenen Pflegealltag und zur individuellen Belastung, vermittelt der Coach Pflege-Know-how auf lern- und pflegewissenschaftlicher Grundlage.“ Der Digitalcoach kann jederzeit als mobiles Nachschlagewerk dienen und per Video konkrete Pflegetechniken wie die Ganzkörperwäsche im Bett oder Hebetekniken vermitteln. „Die pflegenden Angehörigen können das Gelernte schnell auf die eigene Pflegesituation anwenden“, so Bredl weiter. „Das entlastet sie und schafft mehr Sicherheit.“

Digitale Brücken-Überwachung per IoT

Am Düsseldorfer Flughafen setzt die Telekom eine IoT-Lösung ein, die Betonbauten automatisch und ständig auf Materialschäden überwacht. So sollen etwa versteckte Risse, Korrosion oder Materialermüdung frühzeitig erkannt und repariert werden können.

Über die Betonbrücke pendeln täglich 120 Tankwagen mit je 30.000 Litern Kerosin. Sie wird mit 50 Sensoren in der Fahrbahnoberfläche und den Brückenköpfen überwacht. Die Sensoren messen hierfür Temperatur, Feuchtigkeit und Korrosion, und übertragen die Daten per NarrowBand-IoT nahezu in Echtzeit.

cio.de

Bayern erhöht Förderung für brotZeit

Söder: „Kinder brauchen einen guten Start“/ Künftig über 500.000 Euro pro Jahr für gesundes Schulfrühstück

„Kinder brauchen einen guten Start – in den Tag und ins Leben“ erklärte Ministerpräsident Dr. Markus Söder während eines gesunden Schulfrühstücks des Vereins brotZeit e.V. für die Kinder an der Münchner Grundschule am Ravensburger Ring.

Kein Kind in Bayern soll den Tag mit Hunger und Sorgen beginnen. Der Verein brotZeit e.V. sorgt an vielen bayerischen Grund- und Förderschulen dafür, dass alle Kinder ein gutes Frühstück bekommen. Die Staatsregierung unterstützt dieses herausragende Engagement schon seit Jahren – jetzt wollen wir noch mehr tun. Wir erhöhen die Förderung von brotZeit e.V. auf über 500.000 Euro pro Jahr. Damit noch mehr Kinder betreut werden können und einen guten Start bekommen. Ich danke dem Vorsitzenden von brotZeit e.V. Dieter Herrmann, seiner Frau und Initiatorin Uschi Glas und allen, die sich bei brotZeit e.V. engagieren, für ihre wichtige Arbeit“, so der Ministerpräsident.

Damit erhalten der Verein und seine Partnerschulen Planungssicherheit für die kommenden Jahre und finanzielle Möglichkeiten, um das Betreuungsangebot zu Gunsten von Kindern aus Familien mit geringerem Einkommen weiter auszubauen. □



VERANTWORTUNGSVOLL. ENGAGIERT. NAH. IHR KOMPETENZCENTER FÜR ÖFFENTLICHE KUNDEN.

Die DZ HYP ist Kompetenzzentrum für Öffentliche Kunden in der Genossenschaftlichen FinanzGruppe Volksbanken Raiffeisenbanken. Wir beraten Sie deutschlandweit bei allen Fragen rund um die Kommunalfinanzierung und das kommunale Anlagemanagement. Unsere Regionaldirektoren sind Ihnen dabei persönliche Ansprechpartner vor Ort. Mit Kassenkrediten und Kommunaldarlehen/Schuldscheindarlehen sowie Anleihen und Öffentlich-Private-Partnerschaften unterstützen wir Sie verantwortungsvoll und engagiert – immer mit Blick auf Ihre besonderen Anforderungen.

dzhyp.de



Gruppenbild vor der deutschen Botschaft in Eriwan, v.re.: Angela Saghatlyan, Beraterin GIZ, Martin Tovmasyan, Tavush Tourismus Agentur, Johann Wenzl, TSC Arberland, Veronika Wellisch, TSC Arberland, Elisabeth Unnasch, TSC Arberland, Hovhannes Ghahramanyan, Tavush Tourismus Agentur, Katrin Schäfer, Teamleiterin GIZ, Dana Biskup, Euregio, Herbert Unnasch, Geschäftsführer Arberland REGio GmbH, Franz Baierl, Landkreis Regen, Franz Wittmann, Bürgermeister Stadt Viechtach, Botschafter Matthias Kiesler, Landrätin Rita Röhl, stellvertretender Landrat Willi Killinger und Susanne Wagner, TSC Arberland.

Bild: Arberland REGio GmbH

Besuch bei Partnern und Freunden

Delegation aus dem Landkreis Regen reiste in die Region Tavush nach Armenien

Regen/Eriwan. Seit sieben Jahren gibt es zwischen der Region Tavush in Armenien und dem Landkreis Regen eine Kommunalpartnerschaft. Nachdem im Juli eine hochrangig besetzte Gruppe aus dem Kaukasus im Landkreis Regen zu Gast war, machte sich jetzt eine Gruppe um Landrätin Rita Röhl, ihrem Stellvertreter Willi Killinger und dem Arberland REGio-Geschäftsführer Herbert Unnasch auf den Weg nach Armenien. Mit vielen Eindrücken und positiven Erlebnissen kehrten die Bayerwälder in die Heimat zurück.

„Wir wurden sehr freundlich empfangen und konnten bei vielen guten Gesprächen und zahlreichen Terminen Land und Leute besser kennenlernen“, sagte die Landrätin. Sie zeigte sich von der Gastfreundschaft tief beeindruckt: „Es war wie ein Besuch bei Freunden“.

Deutschen Botschaft erwartete die Niederbayern gleich darauf Botschafter Matthias Kiesler, der sich sehr dankbar für diese regionale Kooperation zeigte.

Partnerschaft auf Augenhöhe

Im Gespräch mit Vache Tertyan, dem Vizeminister für Territoriale Verwaltung und Entwicklung ging es natürlich um die guten Beziehungen, die sich im Lauf der Jahre entwickelten. „Ein Grundsatz für unsere Zusammenarbeit war stets eine Partnerschaft auf Augenhöhe“, erklärte Rita Röhl und unter diesen Vorzeichen sei

die Delegation auch angereist. „Wir merkten schon, dass wir in Bereichen wie Mobilfunkabdeckung, e-Government oder Bürgerbüros im Vergleich zu Armenien nicht immer die Nase vorne haben“, stellt die Regener Landrätin nüchtern fest und ergänzte, „dass der praktische Erwerb interkultureller Kompetenz ohnehin ein wichtiges Kapitel im Buch des lebenslangen Lernens ist.“

Bei einem Treffen mit GIZ-Landesdirektorin Anne Kempa lobte diese das Engagement des Landkreises und der Arberland REGio GmbH.

Treffen mit Bürgermeistern

Selbstverständlich traf man sich mit den Bürgermeistern der vier Partnergemeinden. Vardan Ghalumyan (Bürgermeister Ijevan), Karen Abazyan (Bürgermeister Noyemberyan), Harutyun Manucharyan (Bür-

germeister Berd) und Armen Makaryan (stellvertretender Bürgermeister Dilijan) berichteten im Rathaus Dilijan von der guten Zusammenarbeit und bedankten sich für die Unterstützung aus Deutschland.

Ein ganz konkretes Projekt der Zusammenarbeit ist der Wanderweg bei Dilijan. Er wurde mit Hilfe der Touristiker aus der Arberland REGio GmbH entwickelt. „Der fast sieben Kilometer lange Weg hat naturnahe, weitgehend befestigte Wege und erfüllt alle Kriterien eines Qualitätswanderweges nach deutschem Vorbild“, freute sich die Landrätin. Auch Natur- und Kulturattraktionen, wie eine Mineralwasserquelle und ein alter Friedhof wurden in das Konzept eingebunden.

Kooperation wird fortgesetzt

Beim Treffen mit Vahe Ghalumyan, dem Gouverneur der Region Tavush versicherten alle Teilnehmer ihr Interesse an einer Fortsetzung der Kooperation.

Im Austausch mit Bürgermeister Mamikon Aslanyan aus Vanadzor erfuhren die Gäste mehr über das Leben in der drittgrößten Stadt Armeniens. Hauptthema war die Abfallwirtschaft. Müllentsorgung, Stadtreinigung und Recycling beschäftigen derzeit die Verantwortlichen. Hier

holten sich die Armenier Anregungen bei den Bayern.

Tiefen Eindruck hinterließ bei den Gästen der Besuch des Genozid-Mahnmals in Eriwan, das an die Opfer des Völkermordes im Jahr 1915 erinnert. Als eines der touristischen Highlights stand eine Visite des Klosters Makaravank auf dem Programm.

Positive Bilanz

Am Ende zog die Landrätin eine positive Bilanz: „Wir haben hier nicht nur die sprichwörtliche Gastfreundschaft und den kulinarischen Reichtum der Armenier erleben dürfen. Wir haben auch gesehen, wie die Partnerschaft vor Ort wirkt. Für mich ist klar, dass wir vom Landkreis Regen weiterhin mit Rat und Tat an der kommunalen Partnerschaft mit Tavush und Vanadzor festhalten.“

Finanziell unterstützt wird die Kooperation von der GIZ. So laufen bereits die Planungen für weitere gemeinsame Projekte. „Wir wollen die Tourismusinfrastruktur in unserer Partnerregion ausbauen“, sagt Herbert Unnasch. Derzeit würden Touristinformationen eingerichtet und Tourismusreferenten installiert. Auch im Bereich Projektmanagement wollen die Bayerwälder ihre Partner in Armenien unterstützen. **Heiko Langer**



„Weil uns Heimat verbindet“ steht auf dem Herz, mit dem die Bayern ihre afrikanischen Gäste empfangen. Diese zeigten sich begeistert vom UNSER LAND-Konzept. Bild: UNSER LAND

„Weil uns Heimat verbindet“

Junge Agrarexperten aus Afrika zu Gast bei UNSER LAND

Sie kamen aus den ärmsten Ländern Afrikas und zählen zu den Hoffnungsträgern auf eine bessere Zukunft: Studierende aus Masterstudiengängen, die mit ihrem Wissen und ihrer Kompetenz Wertschöpfungsketten im Agrarbereich aufbauen sollen. 25 junge Frauen und Männer aus Tunesien, Mali, Togo, Benin, Ghana, Kamerun, Nigeria, Kenia, Äthiopien und Malawi besuchten das Netzwerk UNSER LAND in Esting.

Aufmerksam lauschten die Weihenstephaner Gaststudenten dem Vortrag von Marianne Wagner von UNSER LAND. Sie stellte Struktur, Konzept und Idee des Netzwerkes vor. Schnell wurde anhand der fachlich detaillierten Fragen klar, dass die Zuhörer über großes Wissen verfügten. Insbesondere der Zusammenhang zwischen Bewusstseinsbildung beim Verbraucher und nachhaltiger, Lebensmittelerzeugung, eingebunden in enge regionale Kreisläufe zog die Aufmerksamkeit auf sich.

Gelungene Beispiele

Den Gästen erschloss sich UNSER LAND als Beispiel, Landwirte, Verarbeitungsbetriebe, Handel und Verbraucher zusammen zu bringen, um so für die Region sinnvoll zu agieren. Beim anschließenden Besuch des UNSER LAND Lagers sowie des Hatzlhofes als Beispielbetrieb eines UNSER LAND BIO Landwirts wurde der rege Austausch fortgeführt. Begeisterung fand die Vielschichtigkeit des Hatzlhofes als Erzeuger, aber auch als Lager- und Abpackungsbetrieb für Kartoffel, Karotten und Zwiebeln. Diese positiven Beispiele von

UNSER LAND und dem Hatzlhof inspirierten die Gäste sichtlich.

Wissenschaftliche Untersuchungen kamen zu dem Ergebnis, dass sich die Bevölkerungszahl in Afrika bis 2050 verdoppeln wird. Umso wichtiger ist es, in diesen Ländern Unterstützung zu leisten.

Afrika – Herausforderungen für die Zukunft

Fünf Monate studieren die Gäste aus Afrika an der Hochschule Weihenstephan-Triesdorf. Alle haben bereits einen Bachelor in Agrarwissenschaften und einen Master im gleichen Gebiet oder in Ernährungswissenschaften. Sie gehören zu den besten ihres Jahrgangs und erhielten von der deutschen Bundesregierung in Kooperation mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (giz) das Angebot zur Weiterbildung. Das langfristige Ziel dieses Projektes ist der Aufbau grüner Innovationszentren im eigenen Land, um dort Wertschöpfungsketten im Agrarbereich schließen zu können. Damit verbunden sind Arbeitsplätze, Nahrungssicherheit und wirtschaftliche Stabilität.

Infos: www.unserland.info □



Vernetzungstreffen der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“

Zum Abschluss der ersten Projektphase der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ findet am 20. und 21. November 2018 in Erlangen ein Vernetzungstreffen für Projektteilnehmende aus Deutschland statt. Auch weitere interessierte Kommunen sind willkommen. skew.engagement-global.de/veranstaltung-detail/nationales-ernetzungstreffen-der-initiative-kommunales-know-how-fuer-nahost.html

Kommunen für die Agenda 2030

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) von Engagement Global werden 2018 erstmals Kommunen in Deutschland mit ihren Kommunen im globalen Süden ausgezeichnet, die sich im Rahmen von Partnerschaften besonders vorbildlich für die Verwirklichung der Agenda 2030 engagieren.

www.nachhaltigkeitspreis.de/wettbewerbe/kommunale-partnerschaften/

Verortung der Agenda 2030 mit afrikanischen Kommunen

Kommunen, die bereits eine Partnerschaft mit einer afrikanischen Kommune haben, oder eingehen möchten und ihre Arbeit an den Nachhaltigkeitszielen ausrichten sind eingeladen für den 8. und 9. November 2018 zur Fachveranstaltung „Agenda 2030 gemeinsam mit afrikanischen Kommunen verorten“.

skew.engagement-global.de/veranstaltung-detail/kommunale-fachveranstaltung-agenda-2030-gemeinsam-mit-afrikanischen-kommunen-verorten.html

Konferenz zu kommunalen Mobilitätssystemen

Die Entwicklung innovativer nachhaltiger Mobilitätskonzepte steht im Mittelpunkt der Konferenz am 15. und 16. November 2018 mit der Evangelischen Akademie Bad Boll. Anhand von Praxisbeispielen aus Deutschland und weltweit sollen Lösungen für integrierte kommunale Mobilitätssysteme diskutiert und entwickelt werden.

skew.engagement-global.de/veranstaltung-detail/nachhaltige-kommunale-mobilitaetssysteme-herausforderungen-und-loesungen-im-internationalen-vergleich.html

Dossier „Partnerschaftlich verbunden“

Infos zur Fördermöglichkeiten für Engagement in der MENA-Region. Bestellung und Download: <https://skew.engagement-global.de/kooperationen/partnerschaftlich-verbunden.html>

Jetzt kostenlos informieren:
0800 0 372 372

Gemeinsam stark. Kommunale Partnerschaften.

Als kommunal geprägtes Unternehmen unterstützen wir seit mehr als 50 Jahren zahlreiche Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Südbayern. Mehr über unsere zukunftsweisenden Energielösungen erfahren Sie online oder unter 089 68003-0.

www.esb.de/kommunen

Bayerns Wirtschaftsminister Pschierer unterzeichnet Mobilfunkpakt:

„Schulterschluss für eine bessere Mobilfunkversorgung“

Der Mobilfunkausbau in Bayern bekommt neuen Schwung. Sichtbares Zeichen der gemeinsamen Anstrengung für eine bessere Versorgung ist der Mobilfunkpakt, den Bayerns Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer mit den Mobilfunknetzbetreibern sowie dem Bayerischen Städte- und Gemeindetag vereinbaren konnte.

Anlässlich der heutigen Unterzeichnung erklärt Pschierer: „Die Verbesserung der Mobilfunkversorgung in den Städten sowie im ländlichen Raum ist elementar für unsere digitale Zukunft. Bürger und Unternehmen erwarten von uns schnelle und deutliche Fortschritte. Es ist eine gute Nachricht, dass Politik, Netzbetreiber und kommunale Spitzenverbände gemeinsam an einem Strang ziehen, um das Mobilfunknetz zu verbessern. Bis 2020 sollen allein in sogenannten weißen Flecken mindestens 1.000 neue Sendestandorte entstehen.“

Maßnahmen für eine schnelle Verbesserung

Der Mobilfunkpakt umfasst die jeweiligen Maßnahmen, die die Unterzeichner für eine schnelle Verbesserung von Qualität und Versorgungsdichte leisten werden: Die Bayerische Staatsregierung stellt 80 Mio. Euro zur Verfügung, um den Gemeinden den Bau von Mobilfunkstandorten zu ermöglichen, an denen Mobilfunkanbieter auch bei Erfüllung aller Versorgungsaufgaben nicht ausbauen würden. Das Mobilfunkzentrum bei der Regierung der

Oberpfalz bietet Kommunen Beratung und Hilfe bei der Abwicklung des Förderprogramms. Das Förderprogramm startet unmittelbar im Anschluss an die Genehmigung durch die EU-Kommission.



Franz Josef Pschierer

Die Mobilfunkbetreiber werden die Mobilfunkdienste in Bayern auch qualitativ verbessern mit neuester Technik und über die bestehenden Versorgungsaufgaben hinaus. Die Kommunalen Spitzenverbände begrüßen das Paket und werden die angebotene Unterstützung annehmen.

Schulterschluss mit den Mobilfunkbetreibern

Die Gemeinden können dort, wo auch nach dem Pflichtausbau Lücken im Mobilfunknetz sind, die passive Infrastruktur errichten und allen Mobilfunkbetreibern vermieten. Pschierer betont, dass diese Ergänzung des eigenwirtschaftlichen Ausbaus der Mobilfunknetzbetreiber geboten sei. Denn an vielen Orten stoßen die Telekommunikationsunternehmen an wirtschaftliche Grenzen. „Deshalb gehen wir in Bayern als erstes Land im Schulterschluss mit den Mobilfunkbetreibern und Kommunen einen Schritt weiter. Auch dünn besiedelte Gebiete, enge Täler oder sonst schwierig zu versorgende Regionen können so profitieren“, so Pschierer.

Schon jetzt und auf Drängen der Politik legen die Netzbetreiber einen deutlichen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Mobilfunkversorgung im Freistaat: In den letzten 8 Monaten wurden rund 70 neue Maststandorte realisiert und über 700 bestehende Standorte mit besserer Technik aufgerüstet.

BOS-Masten können genutzt werden

Auch die staatlichen Masten des Digitalfunks BOS sind Teil des Programms und können von den Mobilfunkbetreibern genutzt werden. Pschierer dazu: „Ich freue mich, dass schon etliche Kommunen ihr Interesse

bekundet haben.“ Mobilfunkbetreiber können ihren Bedarf beim Mobilfunkzentrum in Regensburg melden. Dieses vermittelt in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium geeignete BOS-Masten. Das Förderprogramm stellt Mittel für eine Ertüchtigung bereit. „So schaffen wir auch Synergieeffekte mit bereits bestehender Infrastruktur“, so der Minister.

Hannes Ametsreiter, CEO der Vodafone Deutschland, erklärt: „Wir begrüßen sehr, dass sich Bayern als erstes Bundesland entschlossen hat, für den Mobilfunkausbau in den weißen Flecken eine Förderung aufzusetzen.“

Valentina Daiber, Vorstand Recht und Corporate Affairs bei Telefónica Deutschland: „Ich freue mich sehr, dass uns gemeinsam – Politik und Wirtschaft – der Schulterschluss zu dieser Absichtserklärung gelungen ist. Das ist in dieser Weise bisher einmalig in Deutschland. Grundsätzlich gilt für den Infrastrukturausbau: Hohe Investitionen bedürfen seitens der Bundespolitik Planungssicherheit und die richtigen regulatorischen Rahmenbedingungen, um die digitale Zukunft Deutschlands sichern zu können.“

Dirk Wössner, Vorstand der Deutschen Telekom, begrüßt den Mobilfunkpakt ebenso und erklärt: „Für die Politik und uns besteht die Herausforderung darin, den Ausbau auch im ländlichen Raum sicherzustellen. Wir als Mobilfunkbetreiber sind darauf angewiesen, dass die Politik, vor allem die kommunalen Gremien, uns aktiv bei der Auswahl und dem Aufbau von Mobilfunkstandorten vor Ort unterstützen.“ (vgl. Seite 14)

Schnelles Internet:

Bayern verdoppelt Kofinanzierung

Nutzung von Bundesmitteln für schnelles Internet wird noch attraktiver gemacht

Der Ausbau von schnellem Internet in ganz Bayern ist das wichtigste Infrastrukturprojekt der Bayerischen Staatsregierung. Die Neugestaltung des bayerischen Breitband-Förderprogramms 2014 war der Startpunkt einer beispiellosen Erfolgsgeschichte. Auch der Bund hat seine Verantwortung erkannt und Ende 2015 mit einem eigenen Förderprogramm zum Breitbandausbau nachgezogen.

„Um das Bundesprogramm für bayerische Kommunen nutzbar zu machen, hebt der Freistaat Bayern die niedrigen Fördersätze des Bundes mit seiner Kofinanzierung auf bayerisches Niveau an. Damit stehen den Kommunen noch einmal ihre individuellen bayerischen Förderhöchstbeträge zur Verfügung. Auch nach der jüngsten Anpassung der Förderrichtlinie des Bundes soll der Zugriff auf Bundesmittel für den Breitbandausbau für bayerische Kommunen attraktiv sein. Hierzu verdoppeln wir jetzt den Förderhöchstbetrag der bayerischen Kofinanzierung“, erläutert Finanz- und Heimatminister Albert Füracker und ergänzt: „Auch zahlreiche laufende Förderprojekte können noch profitieren!“. Damit wird auch im Bundesförderverfahren – wie bereits seit 1. Juli 2017 mit dem „Höfebonus“ – ein weiterer Anreiz geschaffen, in Glasfaserinfrastruktur bis in die Häuser zu investieren.

Die bessere Beratung, ein einfacheres Verfahren und eine massiv erhöhte Förderung führte beim bayerischen Förderverfahren zu einer hohen Akzeptanz. Der Freistaat Bayern stellt bis zu 1,5 Milliarden Euro zur Verfügung. „Kein anderes Bundesland unterstützt seine Kommunen mehr beim Anschluss an

die Datenautobahn“, betont Füracker. Der Breitbandausbau läuft in Bayern auf Hochtouren: Über 98 Prozent der bayerischen Gemeinden sind in das Förderprogramm eingestiegen. In 1726 Kommunen läuft aktuell der geförderte Breitbandausbau. Staat und Kommunen investieren dabei bereits über eine Milliarde Euro im Rahmen des bayerischen Förderprogramms.

Bewährter Weg

„Ein starkes Landesprogramm im Zentrum, flankiert mit Bundesmitteln – das ist der bayerische Weg zu einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur“, fasst Füracker zusammen. Dass sich dieser Weg bisher bewährt hat, zeigen aktuelle Zahlen des TÜV Rheinland: Rund 92 % der Haushalte sind in Bayern bereits mit schnellem Internet erschlossen. „Bayern liegt hier auf Platz eins der Flächenländer und auch im ländlichen Raum ist die Versorgung mit schnellem Internet in keinem Bundesland so gut wie im Freistaat“, freut sich Füracker. Nach Abschluss aller bisher geplanten und aktuell laufenden Maßnahmen werden über 98 % der bayerischen Haushalte mit schnellem Internet erschlossen sein.

3. AKDB Kommunalforum:

Im Zeichen der Digitalisierung

„Willkommen (in der) Digitalisierung!“ So lautet das Motto des diesjährigen AKDB Kommunalforums am 18. Oktober 2018. Am Nockherberg in München erfahren kommunale Entscheider das Wichtigste rund um Zukunftsthemen in der Verwaltung: von smarten Digitalisierungsprojekten für Stadt und Land über Chatbots bis hin zu Blockchain, Portalverbund und IT-Security. In ihren Keynotes beleuchten Klaus Vitt, Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik, Dr. Hans Reichhart, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, und Paul Nemitz, Hauptberater in der Generaldirektion Justiz und Verbraucher der Europäischen Kommission, jeweils die deutsche, bayerische und europäische Digitalisierungsstrategie.

Ein Tag. Viele Lösungen. Unendliche Kontakte. Mit diesem Versprechen lädt das führende Zukunftsforum für die kommunale Verwaltung zu seiner dritten Edition ein. Kommunale Führungskräfte aller Ebenen, IT-Spezialisten, Kämmerer, Fachamtsleiter und Sachbearbeiter inner- und außerhalb Bayerns sind eingeladen, die wichtigsten Technologien, Trends und Konzepte für ihre Verwaltung zu entdecken. Teilnehmer können sich nicht nur ein Bild von den neuesten digitalen Lösungen machen, sondern erhalten auch Antworten auf folgende Fragen: Wie schafft meine Kommune den Sprung in die Digitalisierung? Wie begeistere ich meine Mitarbeiter für eine neue Art zu arbeiten? Inwiefern verändert die Digitalisierung unsere Arbeitswelt? Und ist unser Hirn überhaupt für die Digitalisierung gerüstet? Keynote-Speaker aus Politik und Wissenschaft beleuchten außerdem die Digitalisierungs-Fahrpläne bayerischer, deutscher und europäischer Akteure und wagen einen Blick auf unterschiedlich digitalisierte Kommunen im Jahr 2040. Neben dem Hauptprogramm mit renommierten Keynote-Speakern und vier themenspezifischen Fachforen wird es erstmals zahlreiche Praxis-Workshops geben. Die eintägige Veranstaltung findet dieses Mal in den neu gestalteten Räumlichkeiten des Paulaner am Nockherberg in München statt. Themenblöcke im

großen Auditorium sind: Trends und Technologien, politische Fahrpläne und konkrete Change-Management-Strategien, mit denen Kommunen sich für die digitale Zukunft rüsten können. Dazu hat die AKDB nicht nur Politiker wie Klaus Vitt eingeladen, sondern auch Neurowissenschaftler wie Dr. Volker Busch, Personal- und Change-Management-Experten wie Prof. Claudia Schneider und Verwaltungswissenschaftler wie Prof. Gerhard Hammerschmid. Außerdem: Start-up-Gründer, Bürgermeister von „digitalen Dörfern“ in Bayern und Verantwortliche digitaler Leuchtturm-Projekte. Sie alle werden das Neueste aus Forschung und gelebter Praxis präsentieren.

In zahlreichen Fachforen können die Teilnehmer einzelne Themen vertiefen. Darunter alles Wissenswerte zu Gebäudemanagement, Next Generation Outsourcing, Datenschutz, IT-Sicherheit und zukunftsweisenden E-Government-Lösungen. Neu im Programm sind direkt auf Kunden zugeschnittene Praxis-Workshops, in denen die Teilnehmer digitale Lösungen konkret erarbeiten. Zum Beispiel im Workshop „Mobil in einer Stunde“. Aus dem Workshop in den Appstore“, in dem Teilnehmer direkt vor Ort ihre eigene Bürgerservice-App thematisch befüllen können. Eine große Begleitausstellung rundet das Programm ab.

Jetzt anmelden!
18. Oktober 2018
Nockherberg · München

3. AKDB Kommunalforum 2018

Willkommen (in der) Digitalisierung!

mehr als 50 Referenten

großer Ausstellungsbereich

5 Praxis-Workshops

rund 1.000 Teilnehmer

Podiumsdiskussion mit Experten

www.akdb.de/kommunalforum

AKDB
Kommunalforum

Erster Bayerischer Digitalkongress:

Bayern - Land der Digitalisierung

Ministerpräsident Markus Söder hat den ersten Bayerischen Digitalkongress der CSU in München eröffnet: „Wir reden heute über die wichtigste, gesellschaftliche Veränderung von Arbeitswelt, Demokratie und Gesellschaft. Die Digitalisierung ist nicht nur eine technische, sondern eine gesamtgesellschaftliche Veränderung. Sie verändert unsere Gesellschaft ähnlich stark und wichtig, wie damals der Schritt vom Agrar- zum Industriezeitalter. Deswegen ist die Digitalisierung nicht irgendeine Etappe, sondern vielleicht in der Menschheitsgeschichte die größte Beschleunigungsrakete, die es je gegeben hat für technische Revolutionen - und zwar für alle Bereiche.“ Söder betonte: „Bayern sieht sich als Land der Digitalisierung, Bayern sieht sich als das Kernkompetenzland für moderne Technologien.“

Bundesweit höchster Digitalisierungsetat

Um die Herausforderung der Digitalisierung zu schultern, hat Bayern ein eigenes Digitalisierungsministerium gegründet, dem ein Gesamtetat von sechs Milliarden Euro zur Verfügung steht. Das ist bundeswei-

ter Spitzenwert. Neben dem landesweiten Breitbandausbau und einer flächendeckenden Versorgung mit WLAN investiert Bayern vor allem auch in die Digitale Bildung, beispielsweise in 50.000 digitale Klassenzimmer. Bei den Universitäten soll die Forschung in digitalen Bereichen gefördert

Munich Re übernimmt IoT-Startup

Über die Gruppengesellschaft Hartford Steam Boiler hat Munich Re 100 Prozent der Anteile an Relay übernommen, einem führenden Software-Hersteller im Bereich des industriellen Internet der Dinge.

Mit seinen End-to-End-Lösungen im Bereich der gewerblichen und industriellen IoT soll das Unternehmen die ausgeprägte IoT-Strategie von Munich Re vorantreiben. Dank der Akquise kann Relay sein Finanz- und Versicherungsangebot weiter ausbauen und zudem auf den großen Kundenstamm der Gruppe zurückgreifen.

Neue Ideen entwickeln

„Diese Akquisition folgt klar unserer Strategie: Wir kombinieren eigenes Risikowissen, Fähigkeiten zur Datenanalyse und Finanzkraft mit der technologischen Expertise von Relay. Auf dieser Basis

wollen wir neue Ideen für die Zukunft von Gewerbe und Industrie entwickeln“, so Torsten Jeworrek, Mitglied des Vorstands von Munich Re. Und auch Josef Brunner, CEO von Relay, freut sich über die Partnerschaft: „Der einzigartige Zusammenschluss unserer Unternehmen verdeutlicht, wie wichtig es ist, mit zukunftsweisenden Technologien und leistungsstarken Finanz- und Versicherungsleistungen zum Geschäftserfolg der Kunden beizutragen. Die Transaktion bietet hervorragende Möglichkeiten in diesem Bereich weltweit führend zu werden.“

Der Unternehmenswert von Relay wird auf 300 Mio. US-Dollar angesetzt. **Quelle: IoT-Ticker**

werden: „Wir stoßen ganz große Forschungstüren auf zu den ganz großen wichtigen Forschungsfeldern.“

Künstliche Intelligenz

Als Beispiel nannte Söder die künstliche Intelligenz: „Der Algorithmus bestimmt in der Zukunft die Wettbewerbsfähigkeit.“ Ein weiterer Schwerpunkt ist die Raumfahrt. Für Söder ist klar: „Wer immer nur im Gestrir und nur im Heute hängen bleibt, der kann die Zukunft nicht gestalten. Ich möchte, dass Bayern ein Land ist, das in die Zukunft denkt und die Zukunft annimmt und verändert.“ Deswegen werde man all diese Forschungsfelder annehmen und auch neue Standards prägen.

Digitalisierung verändert die Demokratie fundamental

Eine besondere Herausforderung

Bitkom und DStGB:

Neun-Punkte-Plan für Digitale Städte und Regionen

Vor dem Hintergrund begrenzter finanzieller Handlungsspielräume und derzeit vielerorts noch fehlenden Know-hows, drohen die Chancen der Digitalisierung in vielen Städten und Regionen Deutschlands ungenutzt zu bleiben. In einer Umfrage des Deutschen Städte- und Gemeindebundes aus dem Jahr 2018 erkennen rund 90 Prozent der Kommunen die Chancen der Digitalisierung. Gleichzeitig geben ebenfalls 90 Prozent an, derzeit noch keine Strategie für diesen Umbauprozess zu besitzen.

Um ein Auseinanderdriften der Kommunen zu vermeiden und nicht weitere wertvolle Zeit in der digitalen Transformation des Landes zu verlieren, braucht es dringend einen effizienten Know-how-Transfer und eine praktische Unterstützung der Kommunen. Hierfür emp-

fehlen der Digitalverband Bitkom gemeinsam mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund (DStGB) den umgehenden Aufbau eines bundesweit agierenden Kompetenzzentrums „Digitale Städte und Regionen“ unter Federführung des Bundes und unter enger Einbindung der kommunalen Spitzenverbände und der Digitalwirtschaft.

Viele interessante Diskussionen

Beim CSU-Digitalkongress diskutierten zahlreiche Vertreter aus unterschiedlichsten Branchen in mehreren Panels zur Digitalisierung. Die Themen reichten von der Luft- und Raumfahrt, der Mobilität der Zukunft, dem Internet of Things über die Künstliche Intelligenz, 3D-Technik und Robotik bis hin zu den Themen Blockchain, FinTechs sowie Investitionen und Start-Ups.



Sabine Kaltenbach, Vertriebsdirektorin der Deutschen Post AG, und AKDB-Vorstandsvorsitzender Rudolf Schleyer vor den fertig gedruckten Wahlbenachrichtigungskarten.

Gute Wahl mit AKDB und Deutscher Post AG

Die am 14. Oktober 2018 in Bayern anstehende Landtagswahl erfordert umfangreiche Vorbereitungen – es müssen unter anderem über neun Millionen Wahlberechtigte benachrichtigt werden. Etwa fünf Millionen davon erhalten ihre Wahlbenachrichtigungsunterlagen aus dem Druck- und Kuvertierzentrum der AKDB in Bayreuth. Dort werden die Unterlagen auf Basis von Meldedaten produziert, die aus dem BSI-zertifizierten Rechenzentrum stammen. Die weitere Bearbeitung, die Sortierung und den Versand an die Wähler übernimmt in einer gut konzentrierten Aktion die Deutsche Post AG.

Wahlen erfordern bereits im Vorfeld ebenso umsichtige wie umfangreiche Planungs- und Vorbereitungsarbeiten. Bei der diesjährigen Landtagswahl unterstützt die AKDB Kommunen sowohl bei der Organisation als auch bei der Durchführung. Etwa fünf Millionen Wahlbenachrichtigungskarten und mehrere Hunderttausend Wahlbenachrichtigungsbriefe, die sich einige kommunale Kunden wünschen, waren in einem engen Zeitfenster zwischen 2. und 17. September 2018 herzustellen. Nach Erstellung der aktuellen Wählerverzeichnisse standen für Produktion und Versand der kompletten Unterlagen also lediglich 15 Tage zur Verfügung.

Exzellente Arbeit der Techniker

„Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort Bayreuth leisten bei jeder Wahl großartige Arbeit“, lobt AKDB-Vorstandsvorsitzender Rudolf

wicklung tragfähiger Geschäftsmodelle.

Strukturen modernisieren

Neben der Unterstützung bei der Modernisierung kommunaler Organisationsstrukturen wie der Etablierung kommunaler Digitalisierungsagenturen, Digitalisierungsstabsstellen oder Chief Digital Officer sei auch eine Unterstützung bei der Weiterqualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Kommunen erforderlich. Nicht zu vergessen ein Überblick und die Beratung über die vielfältige Förderlandschaft im Kontext Digitaler Städte und Regionen.

Kommunales Kompetenzzentrum als Schnittstelle

Wie der Hauptgeschäftsführer des DStGB, Dr. Gerd Landsberg, betonte, könnte ein kommunales Kompetenzzentrum die Schalt- und Schnittstelle zwischen den Kommunen bilden, die gleichzeitig einheitliche Standards schafft und in Digitalisierungsfragen berät. „Unser Ziel sollte sein, dass international herausragende kommunale Digitalisierungsprojekte und -angebote für die Bürgerinnen und Bürger nicht nur in Dänemark oder Estland umgesetzt werden, sondern auch flächendeckend in Deutschland.“ **DK**

Schleyer. Die Techniker der AKDB koppeln bei Wahlen und Bürgerentscheiden die Endlosdrucker zu einer kompletten Druck- und Schneidelinie. „Dort wird am Anfang unbedrucktes Spezialpapier auf einer riesigen Rolle zugeführt, die allein Kapazität für über 50.000 Wahlbenachrichtigungskarten bietet“, erklärt Schleyer. Am Ende der Produktionsstraße werden die fertigen Karten dann versandfertig abgestapelt und für die Anlieferung bei der Deutschen Post vorbereitet.

Optimales Material

Nicht erst ab diesem Zeitpunkt kommt die Deutsche Post ins Spiel. Zuvor bereits hatten Fachleute der Deutschen Post etwa die eingesetzte Papiersorte ausgiebig getestet und zertifiziert. Vorab produzierte Testwahlkarten müssen beweisen, dass sie auch bei der Weiterverarbeitung auf den Sortiermaschinen der Deutschen Post über die erforderlichen Laufeigenschaften verfügen.

Nach Produktion und Anlieferungen startet in den Briefzentren der Post die Sortierung der Wahlbenachrichtigungen für die jeweiligen Regionen, die durch die ersten beiden Ziffern der Postleitzahl gekennzeichnet sind. Schließlich werden die Karten zeitnah, in der Regel bereits am nächsten Werktag, bei den Wahlberechtigten zugestellt.

„Das Adressmaterial ist optimal“, zeigt sich Sabine Kaltenbach, Vertriebsdirektorin bei der Deutschen Post AG, erfreut. „Bürgerinnen und Bürger erwarten gerade bei einem so wichtigen demokratischen Prozess wie einer Landtagswahl maximale Qualität und Datenschutz“, so Kaltenbach: „Wahlunterlagen sind bei der Deutschen Post in den besten Händen“. In diesem Zusammenhang betont die Postmanagerin die sehr gute Zusammenarbeit mit der AKDB, die eine reibungslose und schnelle Auslieferung der Wahlkarten ermöglichte.

Briefwahlunterlagen

Abgerundet wird das umfangreiche Projekt durch die inzwischen häufig genutzte Lösung für eine bequeme Beantragung von Briefwahlunterlagen. Dafür hat die AKDB Wahlbenachrichtigungsunterlagen auf Wunsch mit einem QR-Code versehen, der einfach und sicher mit dem Smartphone gelesen werden kann. **DK**

TV BAYERN
LIVE

Ganz Bayern in 60 Minuten.

Ganz nah bei den Zuschauern Bayerns. Von Aschaffenburg bis Berchtesgaden.

- Aktuelle Themen
- Regionale Nachrichten
- Berichte von Land und Leuten
- Information und Service aus Ihrer Region

* Ab jetzt immer samstags von 17:45 bis 18:45 Uhr im Programm von RTL und jeden Sonntag um 17:00 Uhr auf den bayerischen Lokalprogrammen.

Mehr unter:
www.tvbayernlive.de

Leitfaden für die Zukunft:

Bund beschließt Hightech-Strategie 2025

Das Bundeskabinett hat die Hightech-Strategie 2025 (HTS 2025) beschlossen. Als Leitfaden für die Zukunft bündelt sie Forschung und Innovationen mit dem Ziel Wohlstand, eine nachhaltige Entwicklung und Lebensqualität in Deutschland zu mehren. Dazu investiert die Bundesregierung allein 2018 über 15 Milliarden Euro.

Mit der neuen HTS 2025 wird aufgezeigt, wie die großen Herausforderungen unserer Zeit bewältigt werden können. Formuliert werden ressortübergreifend Ziele, Schwerpunkte und Meilensteine der Forschungs- und Innovationspolitik der kommenden Jahre. Dazu zählt als eine von zwölf Missionen der neuen Strategie die digitale Vernetzung von Forschung und Versorgung für eine intelligente Medizin.

Die Bundesregierung wird gemeinsam mit Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und allen Akteuren des Gesundheitssystems darauf hinarbeiten, dass bis 2025 eine forschungskompatible, elektronische Patientenakte an allen deutschen Universitätskliniken verfügbar ist. Die in der Gesundheitsversorgung einzuführenden, einrichtungsübergreifenden elektronischen Patientenakten sollen hierfür Unterstützung leisten. Patientennutzen, Datenschutz und Datensicherheit sollen dabei im Mittelpunkt stehen.

Beim Thema Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Energie werden Wege in eine nachhaltige Lebens- und Wirtschaftsweise aufgezeigt.

Ziele sind eine weitgehende Treibhausgasneutralität der Industrie, die substanziale Verringerung von Plastikeinträgen in die Umwelt, das nachhaltige Wirtschaften in Kreisläufen sowie der Erhalt der biologischen Vielfalt.

Saubere Mobilität

Eine weitere Mission ist „eine sichere, vernetzte und saubere Mobilität“. Der Bund stellt die Mobilität in den Kontext einer zunehmenden Individualisierung und Diversifizierung des Transportsektors (Stichwort „Multimodalität“), neuer Technologien und (digitaler) Angebote sowie in den Kontext Umwelt- und Klimaschutz.

Gefördert werden Investitionen in die Ladeinfrastruktur im Rahmen des Sofortprogramms Saubere Luft. Dabei wird insbesondere der Bereich des „low cost Ladens“ sowie des Ladens in Parkhäusern sowie auf Betriebsflächen adressiert. Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf dem Abbau von Netzausbauhemmnissen. Auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen werden fort-

laufend angepasst. So steht beispielsweise die Überprüfung der europäischen Richtlinie über den Aufbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe (2014/94/EU) in 2020 an und daraus folgen weitere Umsetzungsschritte auf nationaler Ebene.

Gut leben im Land

Ebenso auf der Agenda steht „Gut leben und arbeiten im ganzen Land“. „Wir nehmen die Herausforderung an, gleichwertige Lebensverhältnisse für alle zu schaffen. Die Chancen der Digitalisierung sollen gezielt zur Sicherung und Stärkung der Attraktivität peripherer und strukturschwacher Regionen als Arbeits- und Lebensorte genutzt werden“, heißt es. Um die Zukunft unseres Landes und den Strukturwandel erfolgreich zu gestalten, soll auf die regionalen Kompetenzen und Kreativität vor Ort zurückgegriffen werden. Denn das regionale Know-how und regionale Erfahrungen seien wichtig für den Erfolg. Mit neuen Fördermaßnahmen wirke man aktiv auf einen innovationsbasierten, nachhaltigen und sozial gerechten Strukturwandel hin. „So tragen wir dazu bei, dass Innovationen im Jahr 2025 der wichtigste Treiber für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand sind – und zwar

in allen Regionen Deutschlands.“

Im Blick hat der Bund auch die IT-Sicherheit. In Übereinstimmung mit der Cybersicherheitsstrategie und auf Grundlage des Forschungsrahmenprogramms „Selbstbestimmt und sicher in der digitalen Welt 2015–2020“ wird die Bundesregierung die IT-Sicherheitsforschung in Deutschland erheblich stärken.

Um die Chancen der Digitalisierung in allen Bereichen wie zum Beispiel Industrie 4.0, Medizintechnik und Mobilität voll auszuschöpfen, werden neue, ganzheitliche IT-Sicherheitslösungen benötigt. Die Kompetenzzentren für IT-Sicherheitsforschung in Deutschland sollen weiterentwickelt und international vernetzt werden. Auch die Weiterentwicklung der Quantenkommunikation wird eine wichtige Rolle spielen. Die Bundesregierung strebt daher den Aufbau einer Quantenkommunikationsinfrastruktur unter Berücksichtigung öffentlicher und privater Sicherheitsinteressen an.

Technik für den Menschen

„Technik für den Menschen“ lautet eine weitere Mission. Der technologisch-wirtschaftliche Wandel soll genutzt werden, um die Arbeitswelt im Sinne der Menschen gesundheits-erhaltend, mit Familie, Pflege und bürgerschaftlichem Engagement vereinbar, sowie unter Berücksichtigung des aktiven Alters und der Gleichstellung von Frauen und Männern zu gestalten. Dafür müssen die Chancen und Risiken neuer Technologien erforscht und bewertet werden. Dazu gehören beispielsweise digitale Assistenzsysteme, wie Datenbrillen, die Mensch-Roboter-Kollaboration, Exoskelette zur Unterstützung der Beschäftigten bei körperlicher Arbeit, aber auch Lösungen zur flexibleren Organisation von Arbeitsabläufen oder der Unterstützung mobiler Arbeit.

Arbeit 4.0 soll durch Arbeitsschutz 4.0 begleitet und ergänzt werden. Darunter sind Maßnahmen zur Förderung von Sicherheit und Gesundheit in der digitalisierten Arbeitswelt zu verstehen. Sozial- und gesellschaftspolitische Forschung leistet dabei einen wesentlichen Beitrag. **DK**

Forderung nach wiederkehrenden Zahlungen eine Absage zu erteilen.“

Die Akzeptanz der betroffenen Menschen könne man nur gewinnen, wenn man sie von der Notwendigkeit des Netzausbaus überzeugt und an den konkreten Planungen beteiligt. Daher fordern die Verbände ein klares Bekenntnis zu dem mit der Energiewende notwendigerweise einhergehenden Netzausbau.“ **DK**

Glasfaserausbau:

Infracapital investiert in deutschen Netzbetreiber

Die CCNST-Group hat sich nach einem intensiven Auswahlprozess die finanzstarke Beteiligung des erfahrenen Investors Infracapital für den weiteren Aufbau der Gigabitgesellschaft in Deutschland gesichert. Unmittelbar betroffen von diesem Schritt ist die **amplus AG** als vollwertige Tochter und Aushängeschild der Firmengruppe.

Infracapital, der Infrastruktur Investmentarm der M&G Prudential Gruppe, hat bis heute über fünf Milliarden Euro in nachhaltige und essentielle Infrastrukturprojekte investiert, die sich über ganz Europa erstrecken. Die direkte Beteiligung an der CCNST-Group ist Infracapitals erstes Investment in Deutschland und soll den flächendeckenden Aufbau einer leistungsstarken Glasfaserarchitektur fördern. Die entstandene Kombination von exklusivem Know-How und langjähriger Erfahrung beider Partner bildet eine feste Basis für die künftige Erschließung neuer Märkte und Regionen bis über die bayerischen Grenzen hinaus.

Christof Englmeier, Gründer, Geschäftsführer und Anteilseigner der CCNST-Group, über den Einstieg von Infracapital: „Die Anforderungen einer modernen Gesellschaft fokussieren sich mit jedem Tag mehr auf die virtuelle Ebene. Online-basierte Interaktion und Kommunikation ist nicht nur für Handel, Industrie, Forschung & Entwicklung essenziell geworden – auch im privaten Umfeld wird das Thema Smart Home unsere Zukunft grundlegend verändern. Die Mission unseres Unternehmens war seit Anbeginn die Vernetzung der Menschen von heute für die Dienste von morgen – getreu dem Motto:

„Schnelles Internet für jeden.“ Als Gründer, Geschäftsführer und Anteilseigner der CCNST-Group freue ich mich deshalb außerordentlich, nach einem intensiven Auswahlprozess mit Infracapital einen finanzstarken und erfahrenen Partner für unsere Philosophie des nachhaltigen Infrastrukturausbaus und der digitalen Vernetzung der Gesellschaft gewonnen zu haben.“

James Harraway, Direktor für Investments bei Infracapital, zum Einstieg bei der CCNST-Group: „Wir sind sehr erfreut unsere Beteiligung bekannt geben zu können – es ist unsere Erste in Deutschland und überhaupt das erste Investment das unser Fond Infracapital Partners III tätigt. Mit dem bereits bestehenden Netz, einer Erfolgsgeschichte mit rasantem Wachstum und der starken Unterstützung durch lokale Behörden hat die CCNST-Group ohne Zweifel die Chance bei der Umsetzung der flächendeckenden Glasfaservernetzung im ländlichen Teil Bayerns und der daran angrenzenden Gebiete entscheidend zu partizipieren. Infracapital hat beachtliche Investitionserfahrung auf diesem Sektor in Europa und wir freuen uns auf die enge Zusammenarbeit mit Christof und seinem Team während das Unternehmen seinen nächsten Expansionschritt durchläuft.“ **DK**

BDEW und DIHK:

Netzausbau beschleunigen, unnötige Kostensteigerungen vermeiden

Zum „Netzgipfel“ von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier mit den Bundesländern erklärten der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK): „Peter Altmaier hat den Netzausbau zur Chefsache erklärt. Das ist gut so. Es braucht eine Beschleunigung der Planungs- und Genehmigungsverfahren sowie eine enge Koordination zwischen Bund und Ländern. Deshalb begrüßen wir den Netz-Gipfel ausdrücklich. Der beschlossene Netzausbau muss schleunigst erfolgen, sonst erreichen wir unsere Klimaschutzziele nicht und die durch Netzengpässe verursachten Kosten steigen weiter.“

Ziel müsse es sein, Abgaben, Umlagen und Steuern zu reduzieren, um Unternehmen und Verbraucher zu entlasten.

„Die bestehenden Stromnetze können auch technisch aufgerüstet werden, so dass sie mehr Strom aus erneuerbaren Energien aufnehmen und transportieren können. Vorschläge dafür liegen schon seit etlichen Monaten vor. Wir dürfen jetzt keine Zeit mehr verlieren. Das Bundeswirtschaftsministerium muss jetzt zügig die entsprechenden Ge-

setzesentwürfe vorlegen. Gleichzeitig ist aber darauf zu achten, dass die Kosten für den Netzausbau im Rahmen bleiben.“

Höhere Kosten befürchtet

BDEW und DIHK fürchten weitere Kostensteigerungen beim Netzausbau aufgrund hoher Entschädigungsforderungen von Flächeneigentümern. Die geforderten wiederkehrenden Zahlungen würden zu einer Überkompensation des durch den Leitungsaus-

bau entstehenden Vermögensverlustes führen. Über die Abschreibungsdauer ergeben sich allein für den Ausbau des Übertragungsnetzes Zusatzkosten von rund sieben Milliarden Euro. Es besteht zudem das Risiko, dass die Einführung wiederkehrender Zahlungen aus Gründen der Gleichbehandlung nicht auf ausgewählte Stromnetzausbauprojekte beschränkt werden kann, sondern auch bei anderen überregionalen Strom-, Gas-, Wasser und Fernwärmeleitungen sowie Fernstraßen, Schienen- und Wasserwegen zur Anwendung kommen muss.

Laut BDEW und DIHK „ist es auch nicht ersichtliche, wie wiederkehrende Zahlungen bei den Bürgern vor Ort zu einer Stärkung der Akzeptanz und damit Beschleunigung des Netzausbaus beitragen kann. Wir fordern die Bundesregierung daher auf, der

Smart-City-Systeme mit Sicherheitslücken

Nicht nur im Smart Home schlagen Experten Alarm was die Sicherheit der Geräte betrifft, auch bei Lösungen für Smart-City-Ansätze gibt es Schwachstellen. So hat ein Team von Forschern der IBM Spezialeinheit „X-Force Red“ und von Threatcare, einem IT-Sicherheitsunternehmen, die Sensoren von drei großen Herstellern, Libelium, Echelon und Battelle, unter die Lupe genommen.

Die Firmen bieten unterschiedliche Systeme für vernetzte Städte an, alle drei verlassen sich jedoch auf eine Vielzahl von Sensoren und Daten-Verknüpfungen. Beispielsweise können das Wetter, die Luftqualität oder die Verkehrsfrage überwacht werden, bei bedenklichen Abweichungen wird automatisch die zuständige Behörde alarmiert. Jedoch haben die Forscher allein in den drei untersuchten Systemen 17 Sicherheitslücken entdeckt, acht davon stufen sie als „kritisch“ ein. „Es gibt da ganz offensichtlich eine riesige Angriffsfläche, und

es steht viel auf dem Spiel,“ befürchtet Sicherheitsexperte Daniel Crowley, „Schließlich wird zurzeit diskutiert, dass überall Computer eingebaut werden sollen, denen wichtige Aufgaben übertragen werden sollen – die öffentliche Sicherheit oder das Management von Kontrollsystemen in Industriebetrieben. Wenn die Technik versagt, wären das Leben und die Existenzgrundlage vieler Menschen gefährdet.“ Er propagiert deshalb die Bedeutung ausreichender Sicherheits- und Datenschutzmechanismen. **Quelle: IoT-Ticker**

Langmatz

FIBRE FUTURE
By Langmatz

Die Zukunft ist heute: FTTx-Systemlösungen von Langmatz.

www.langmatz.de

Glasfaserausbau in Ebermannstadt geht weiter

Die Stadtwerke Ebermannstadt und M-net erschließen über 130 Haushalte mit schnellem Internet

Weg frei für echtes Highspeed-Internet: Bürgermeisterin Christiane Meyer unterschrieb mit Bayerns führendem Glasfaseranbieter M-net und den Stadtwerken Ebermannstadt einen Kooperationsvertrag zur Erschließung von fünf umliegenden Ortsteilen mit leistungsfähigen Glasfaseranschlüssen. Diese ermöglichen Internet-Bandbreiten bis zu 300 Mbit/s.

Im Rahmen des Bayerischen Förderprogramms haben die Stadtwerke Ebermannstadt und M-net gemeinsam bereits seit 2012 mehrere Ortsteile von Ebermannstadt und einen Teil der Kernstadt mit schnellem Internet auf FTTC-Basis erschlossen. FTTC (Fiber-to-the-Curb) bedeutet, dass die Kabelverzweiger mit Glasfaser erschlossen wurden.

Diese Technologie ermöglicht Internet-Bandbreiten bis zu 50 Mbit/s, wobei die letzte Meile bis zum Kunden über die herkömmlichen Telefonkabel realisiert wird.

Nächste Ausbaustufe mit 28 km neuen Glasfaserkabeln

In den Ortsteilen Burg Feuerstein, Rothenbühl, Buckenreuth

und Wolkenstein steht nun die nächste Ausbaustufe an. In den kommenden 18 Monaten werden die Stadtwerke Ebermannstadt 28 Kilometer neue Glasfaserkabel verlegen, um 118 Privathaushalte und 15 Gewerbebetriebe per FTTH zu erschließen. Die Abkürzung steht für Fiber-to-the-Home und bedeutet, dass die neue Glasfaserleitung direkt bis in die Wohn- oder Arbeitsräume der Kunden reicht. Diese zukunftssichere Infrastruktur bietet aktuell Bandbreiten bis zu 300 Mbit/s. Zusätzlich werden im Ortsteil Gasseldorf die verfügbaren Bandbreiten per

FTTC auf bis zu 50 Mbit/s erhöht.

Starke Partner

„Wir haben mit der M-net und unseren Stadtwerken starke Partner an unserer Seite. So ermöglichen wir unseren Bürgerinnen und Bürgern den begehrten Zugang zum schnellen Internet“, sagt 1. Bürgermeisterin Christiane Meyer. „Der Glasfaseranschluss ist kein Luxus mehr, sondern ein bedeutender Standortfaktor. Wir wollen, dass unsere Unternehmen wettbewerbsfähig bleiben und unsere Familien vom flotten Zugang in die digitale Welt profitieren.“

Glasfaseranschlüsse: surfen, streamen und spielen mit Höchstgeschwindigkeit

Glasfaseranschlüsse sind besonders für die Nutzung von datenintensiven Anwendungen geeignet. „Im privaten Bereich zählen dazu vor allem Videostreaming und Online-Gaming, aber auch Cloud-Computing und die Einrichtung professioneller Heimarbeitsplätze“, weiß M-net Expansionsmanagerin Gabi Emmerling. „Und natürlich profitieren auch Unternehmen und Selbstständige von den leistungsfähigen Internetanschlüssen. Auch umfangreiche Datenmengen übertragen sie damit schnell und sicher zu Geschäftspartnern und Kunden in aller Welt“, so Emmerling weiter.

Außerdem können M-net Kunden einen vollwertigen TV-Anschluss mit über 100 Sendern und vielen Extra-Funktionen über die neue Leitung bestellen. M-net TVplus bietet neben zeitversetztem Fernsehen und dem Aufzeichnen von Sendungen auch die Möglichkeit, Programme gleichzeitig auf dem Fernsehgerät, Handy und Tablet anzuschauen.

Mehr Sicherheit für sensible Daten

Passau (obx) - Zweimal mit dem schwarzen Filzstift drüber und dann durch den Kopierer lassen: So stellte man früher sicher, dass ein Dokument nur noch an den gewünschten Stellen lesbar war. Wissenschaftler des Lehrstuhls für IT-Sicherheit an der Universität Passau haben in einem europäischen Forschungsprojekt erfolgreich jetzt neuartige Wege der Verschlüsselung, so genannte kryptographische Methoden, eingesetzt, um für mehr Sicherheit und Datenschutz für Nutzer der Cloud zu sorgen. Neu ist vor allem eine digitale Schwärzung, die sensible Daten zukünftig deutlich sicherer macht.

„Das Projekt mit dem Namen „Prismacloud“ erarbeitet ein Portfolio neuartiger Cloud Services, um die nötige Sicherheit sensibler Daten in der Cloud mit kryptographischen Verfahren zu erhöhen“, sagt Projektleiter Professor Dr. Joachim Posegga. Er ist Inhaber des Lehrstuhls für IT-Sicherheit an der Universität Passau.

Sensible Frage

Dort lag der wissenschaftliche Fokus auf der Sicherung von Gesundheitsdaten gegen unerkannte unerlaubte Änderung. Für Patienten ist nach Meinung der niederbayerischen IT-Experten allein schon die Frage, wer Daten über medizinische Behandlungen in welchem Maße einsehen und verwenden können soll, sehr sensibel: „Der Krankenkasse möchte man die Behandlung belegen, aber nicht unbedingt deren Ergebnisse. In anderen Situationen kann es wichtig sein, dass die Echtheit der Daten zweifelsfrei beweisbar ist. Und ganz sicher wollen Patienten nicht riskieren, dass Drittanbieter in irgendeiner Weise Eingriffe vornehmen können“, so Henrich C. Pöhls. Er koordinierte den Schwerpunktbereich zur Entwicklung sicherer Cloud-Services innerhalb des international besetzten Forschungsprojektes.

Der Fokus des Forschungsprojektes, das die EU mit insgesamt acht Millionen Euro fördert, liegt daher auf kryptographischen Methoden zur Erhöhung der Sicherheit und der Privatsphäre für Cloud-Nutzer sowie auf der Umsetzung dieser Methoden in der Software. Eine spezielle digitale Signatur macht Auffälligkeiten in der Cloud sichtbar. Arzt oder Cloud-Kunde könnten sich dann umgehend beschweren.

Editierbare Signaturen

Die Ergebnisse der Passauer Forscher ermöglichen auch, sensible Dokumente nachträglich so zu „schwärzen“, das gewisse Bereiche von signierten Gesundheitsdaten hinterher unwiederbringlich gelöscht sind. Dennoch behält die digitale Signatur für die restlichen Daten ihre Gültigkeit. Dies geschieht durch sogenannte editierbare Signaturen. Deren Einsatzmöglichkeiten, kryptographische Feinheiten und rechtliche Relevanz erforscht der Passauer Lehrstuhl für IT-Sicherheit von Henrich C. Bölls.

Gemeinsame Sprache

Die Passauer Experten koordinierten im Projekt - federführend ist das Austrian Institute of Technology (Österreichische Ins-

titut für Technologie) zugleich auch die Interaktion zwischen Experten aus den drei beteiligten Disziplinen: Kryptographie, Software-Entwicklung und Anwendungs-Experten. „Erst wenn diese drei Gruppen eine gemeinsame Sprache sprechen und koordiniert zusammenarbeiten, fördert dies den schnellen und sicheren Einsatz auch modernster kryptographischer Verfahren in der Praxis“, sagt Pöhls. Das sei der zentrale Lösungsansatz von Prismacloud zur Entwicklung sicherer Cloud-Services. Pröls koordinierte die Zusammenarbeit der internationalen Experten aus Industrie und akademischer Forschung und entwickelte entsprechende Kommunikationsstrategien.

Gesundheit digital managen

Krankenversicherer der Sparkassen-Finanzgruppe starten neues ePortal MEINE GESUNDHEIT / Plattform bietet elektronisches Rechnungsmanagement und Patientenakte, Medikationsplan und die Suche nach Leistungserbringern

Die privat krankenversicherten Kunden der Bayerischen Beamtenkrankenkasse und der Union Krankenversicherung können sich mit MEINE GESUNDHEIT ab sofort mit Ärzten und ihrer Versicherung digital vernetzen: Damit können sie künftig auf Bildschirm, Tablet oder Smartphone wo und wann sie wollen zahlreiche Belange ihrer Gesundheit digital managen.

In die elektronische Gesundheitsakte können wichtige Infos und Dokumente wie etwa Impfpass, Blutgruppe oder auch Röntgenbilder eingestellt und dem Arzt so digital bereitgestellt werden. Gleiches gilt für den Medikationsplan, sodass bei einer ärztlichen Behandlung mögliche Unverträglichkeiten von Medikamenten

von vorneherein ausgeschlossen werden. Praktisch ist auch die Suche nach Leistungserbringern, zum Beispiel dem nächsten Haus- oder Facharzt. Und natürlich gibt es auch ein digitales Rechnungsmanagement, in dem Rechnungen ganz einfach digital eingereicht und die Bearbeitung mitverfolgt werden kann.

Erfolgreicher Gesundheitspartner und Lotse

Mit dem ePortal MEINE GESUNDHEIT gestalten die Krankenversicherer des Konzerns Versicherungskammer die digitale Zukunft aktiv: Individuelle und oft digitale Services wie Diabetes- oder Tinnitus-App, laufende Tipps zu Gesundheit und Prävention oder Suchfunktionen nach Ärzten und Kliniken schaffen zusätzlichen Nutzen und sollen künftig sukzessive erweitert werden. „Solche Services und die vollständige digitale Vernetzung der Gesundheit schaffen Mehrwert und machen die Kunden zufriedener“, so Kranken-Vorstand Dr. Harald Benzing: „Mit den aktuellen und künftigen Angeboten von ‚Meine Gesundheit‘ werden wir zum Gesundheitspartner unserer Kunden und bieten uns als Lotsen an.“

Höchste Datensicherheit und beste Anbindung von Praxen

Die Krankenversicherer des

M-net Kunden sind die zufriedensten Internetkunden Deutschlands

Repräsentative Umfrage von Verivox

Welcher Telekommunikationsdienstleister hat die zufriedensten Kunden? Neben der ausgezeichneten Netzqualität schneidet Bayerns führender Glasfaseranbieter M-net auch bei der Kundenzufriedenheit am besten ab – das zeigt das Ergebnis einer aktuellen repräsentativen Umfrage von Verivox.

So erreicht M-net in vier von fünf geprüften Kategorien den ersten Platz unter allen regionalen Anbietern. Im Gesamtergebnis liegt das Unternehmen sogar vor allen nationalen und regionalen Internetanbietern im Test – und hat somit die zufriedensten Internet-Kunden.

M-net gewinnt den Vergleich der regionalen Internetanbieter in den Kategorien Geschwindigkeit, Service, Preis-Leistung und Weiterempfehlung und belegt damit den ersten Platz.

Die Ergebnisse der Zufriedenheits-Befragung sind bei Verivox online einsehbar unter: www.verivox.de

SWM und M-net:

Glasfaserausbau in fünf Münchner Stadtteilen abgeschlossen

Die zweite Stufe des Münchner Glasfaserausbaus der Stadtwerke München (SWM) und ihrer Telekommunikationstochter M-net läuft planmäßig. Nun wurden die Gebiete Harthof, Hasenberg, Messestadt Riem, Schwabing West und Obersending komplett fertiggestellt. Gemeinsam mit den bereits ausgebauten Stadtteilen haben damit knapp 460.000 Haushalte in München Zugang zu der modernsten und leistungsfähigsten Breitbandtechnologie. Über sie können M-net Kunden Internetanschlüsse mit Bandbreiten bis zu 1 Gigabit pro Sekunde (= 1.000 Mbit/s) buchen.

Während auf bundespolitischer Ebene weiter über den richtigen Weg zur flächendeckenden Glasfasererschließung in Deutschland diskutiert wird, gehen die SWM und M-net schon seit über acht Jahren mit gutem Beispiel voran und erschließen die bayerische Landeshauptstadt mit echten Glasfaseranschlüssen. In den meisten Fällen handelt es sich um FTTH-Anschlüsse (fiber to the building), bei denen die Glasfaserleitung bis in den Keller reicht und hausintern die bestehende Telefon-Kupferverkabelung genutzt wird.

Mehr FTTH-Lösungen

Bei Sanierungen und Neubauten kommen immer häufiger FTTH-Lösungen (fiber to the home) zum Einsatz, bei denen die Glasfaser bis in die Wohnung des Kunden reicht. Eine durchgängige Glasfaserverkabelung garantiert die zukunftssichere Versorgung mit Highspeed-Internet, Telefonie, hochauflösendem Fernsehen und Smart Home-Lösungen wie beispielsweise der Fernauslesung von Zählerständen.

Der Glasfaserausbau in München geht weiter

Im Rahmen der ersten Ausbaustufe haben die SWM und M-net zwischen 2010 und 2015 rund 400.000 Haushalte hauptsächlich innerhalb des Mittleren Rings erschlossen. Seit 2016 läuft die zweite Ausbaustufe, die weitere 230.000 Haushalte an das Glasfasernetz der SWM bringen wird. „Der Glasfaserausbau ist ein zentraler Baustein unserer Zukunftsstrategie. Denn neben einer sicheren Energie- und Wasserversorgung sowie dem Nahverkehr, gehört eben auch schnelles In-

ternet zu einer lebenswerten und modernen Stadt. Gemeinsam mit M-net bauen wir in München das schnellste Breitbandnetz der Stadt. Damit öffnen wir die Tür für die weitere Digitalisierung und die damit verbundenen Möglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger sowie für die Wirtschaft.“, sagt Dr. Florian Bieberbach, Vorsitzender der SWM Geschäftsführung. Die zweite Ausbaustufe läuft bis 2021. Wenn sie abgeschlossen ist, haben bereits 70 Prozent aller Münchner Haushalte Zugang zu einem echten FTTH/H-Glasfaseranschluss. Langfristig wollen die SWM und M-net ganz München mit Glasfaser erschließen.

Höhere Bandbreiten mit G.fast Technologie

Während für Neubauten ein FTTH-Ausbau mit Glasfaser bis in die einzelne Wohnung als Standard empfohlen wird, ist für Bestandsbauten in der Regel eine Erschließung per FTTB die wirtschaftlich beste Lösung. Dabei wird die Glasfaser ins Haus geführt und die bereits im Haus verlegten Telefonleitungen für die Datenübertragung auf den letzten Metern genutzt.

Kupferleitungen haben physikalisch bedingt eine dämpfende Wirkung auf die Signalübertragung und reduzieren die beim Kunden verfügbare Bandbreite. „Durch den Einsatz der hochmodernen G.fast Technologie entfalten wir das Potential der Glasfaser auch in älteren Gebäuden“, sagt Dorit Bode, die Sprecherin der M-net Geschäftsführung. „Mit G.fast können wir auf der verhältnismäßig kurzen Kupferstrecke zwischen Keller und Kundenwohnung die Datenübertragung so beschleunigen, dass wir auch in Bestandsbauten mit vielen Mietsparteien äußerst hohe und stabile Bandbreiten anbieten können.“

Digitale Komplettlösung

Neben Highspeed-Internet und Telefonie bietet M-net auch einen funktionsreichen IP-TV-Anschluss mit über 100 Sendern, zeitversetztem Fernsehen und einer Aufnahmefunktion. Der M-net Glasfaseranschluss ist somit die leistungsfähige digitale Komplettlösung für das moderne Zuhause. Dank der geringen Latenzzeiten bietet er zudem beste Voraussetzungen für Video-Streaming, Gaming und das Arbeiten im Home-Office.

Mein neuer Heimvorteil

Auch auf dem Land mit Highspeed im Internet unterwegs.

breitbandausbau@m-net.de

M-net
Mein Netz

Neue Mittelstandsstudie zeigt:

Digitalisierung zahlt sich aus

38 Prozent der deutschen Mittelständler erzielen schon Digitale Dividende

Unternehmen müssen sich digital transformieren, fordern Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Wissenschaft. Die Frage stellt sich jedoch: Bringt Digitalisierung einen nachweisbaren Nutzen? Und wenn ja, welchen? Diesen Fragen ist das Handelsblatt Research Institut im Auftrag der Telekom für die Kurzstudie „Digitale Dividende“ nachgegangen und hat dafür rund 1.000 mittelständische Unternehmen nach ihren Erfahrungen mit der Digitalisierung befragt.

Das Ergebnis: 38 Prozent der befragten Unternehmen profitieren schon von der Digitalisierung und verzeichnen eine „Digitale Dividende“. Heißt: Bei diesen Unternehmen übersteigen die Vorteile die Kosten der bisher umgesetzten Digitalisierungsprojekte. Und bei weiteren 30 Prozent der Befragten halten sich Nutzen und Kosten bisher die Waage.

Nur bei knapp jedem fünften Unternehmen haben die Investitionen bisher nicht zu finanziellen Vorteilen geführt. Dabei erwarten gut die Hälfte der Unternehmen (51,7 Prozent) keinen kurzfristigen Nutzen, sondern legen ihre Digitalstrategien auf mittel- bis langfristige Ziele an. Dies passt zur Aussage, dass 46,7 Pro-

zent des Mittelstands die Digitalisierung als Chance sehen, die eigene Wettbewerbsposition zu steigern.

Weniger als ein Drittel will mit Digitalisierung Personal einsparen

Trotzdem gaben jeweils mehr als die Hälfte (51,4 Prozent und 50,1 Prozent) der befragten Unternehmen an, für sie seien höherer Gewinn und Umsatz die wesentlichen Treiber ihrer Digitalisierungsprojekte. Genauso wichtig sind ihnen die Neukundengewinnung (51,2 Prozent) sowie die schnellere Reaktionsgeschwindigkeit auf Kundenanfragen (50,7 Prozent). Dagegen sind Personaleinsparun-

gen nur für 30,6 Prozent ein Ziel der Digitalisierung.

„Digitalisierung kann kein Selbstzweck sein, sondern muss wie jede Investition auf Dauer einen konkreten Mehrwert erzielen. Sei es durch höheren Umsatz und Gewinn oder durch neue Kunden“, sagt Hagen Rickmann, Geschäftsführer Geschäftskunden von Telekom Deutschland. „Wir müssen nun alles daransetzen, mehr konkrete und erfolgreiche Use-Cases der Digitalisierung aufzuzeigen, um insbesondere dem Mittelstand die konkreten Vorteile nachweisen zu können. Denn nur mit solchen Beispielen können wir den Mittelstand davon überzeugen, in Digitalisierungsprojekte zu investieren.“

Fokus auf digitale Geschäftsprozesse und Qualitätsverbesserung

Die Kundenansprache über neue Kommunikationskanäle ist

ein wichtiger Baustein der digitalen Transformation, der bei 40,3 Prozent der Unternehmen ein großer Kostenfaktor war – dicht gefolgt von Sicherheitsmaßnahmen gegen Cyberangriffe (39,9 Prozent). Dagegen fallen die Kosten für die Suche und Einarbeitung neuer Mitarbeiter oder die Entwicklung der Digitalstrategie bei den Kosten nicht so sehr ins Gewicht. „Dies hängt wahrscheinlich sehr von der Art der Digitalisierungsprojekte ab“, sagt Rickmann. „Wir stellen bei unseren Kunden fest, dass für die Nutzung komplexerer Lösungen das Personal oftmals doch geschult werden muss. Daher müssen die Unternehmen vermehrt in die digitale Know-how ihrer Mitarbeiter investieren.“

Gefragt nach den wichtigsten Effekten von Digitalisierungsprojekten auf Abläufe im Unternehmen, bewertet der Mittelstand den Ausbau digitaler Geschäftsprozesse besonders hoch (52,4 Prozent), gefolgt von Produkt- und Servicequalität (52,1 Prozent). Auch sehen 37,7 Prozent der Unternehmen die Entwicklung neuer digitaler Produkte und Services oder die Weiterentwicklung vorhandener Produkte mit „smarten“ Komponenten als Treiber von Digitalisierungsprojekten.

Das Handelsblatt Research Institut hat für die Studie 999 mittelständische Unternehmen aus verschiedensten Branchen befragt. Dazu gehörten mit einem Anteil von 26,2 Prozent auch Kleinstunternehmen mit maximal neun Mitarbeitern sowie Unternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern (19,9 Prozent).

Die komplette Studie zum Download: <https://telekom.com/de/medien/medieninformationen/detail/digitalisierung-ist-kein-selbstzweck-529330>

Bayern Kapital:

Investition in E-Learning Programm eKidz.eu

Bayern Kapital investiert in das Start-up eKidz.eu, das ein Programm für Mobilgeräte zum leichteren Erwerb von Sprach- und Lesekompetenz für Kinder und Schüler entwickelt hat. Das junge Unternehmen mit Sitz in München schloss nun mit Unterstützung des BayStartUP Investoren-Netzwerks die Seed-Finanzierungsrunde erfolgreich ab und erhielt dabei einen hohen sechsstelligen Betrag.

Neben Bayern Kapital beteiligten sich sechs Business Angels an der Runde. Mit dem Kapital will eKidz.eu die Entwicklung neuer Funktionen der App finanzieren, das Angebot auf andere Betriebssysteme ausweiten und zusätzliche Inhalte einbinden.

Sprach- und Lesevermögen verbessern

eKidz.eu hat das erste E-Learning-Programm in Deutschland für sogenanntes immersives Sprachenlernen speziell für Kinder im Alter von 5 bis 10 Jahren entwickelt, bei dem diese bei der Nutzung des Programms in die virtuelle Welt auf natürliche Weise eintauchen. Die App ist auch für Kinder geeignet, die Deutsch als Zweitsprache lernen.

Ziel ist es, das Sprach- und Lesevermögen von Kindern auf natürliche Weise zu verbessern. Konkret können digitale Kinderbücher mittels App auf mobilen Endgeräten wie Tablets aufgerufen werden. Die derzeit rund 50 Kinderbücher sind auf neun Lesestufen systematisch gegliedert. Kinder können sich auf der passenden Stufe die Texte laut vorlesen lassen, selbst lesen und Verständnisfragen beantworten. Anschließend können Leh-

rer oder Eltern die Ergebnisse der Übungen einsehen. Die App ist auf iPad verfügbar; Windows- und Android-Versionen werden derzeit entwickelt. Künftig wird die App durch Audioaufnahmen und weitere Funktionen ergänzt. Zielgruppen von eKidz.eu sind Schulen und Familien.

Dr. Georg Ried, Geschäftsführer bei Bayern Kapital, sagt: „Bisher gab es in Deutschland keine E-Learning-Anwendung für das kindliche Sprachenlernen. Allerdings verspricht der Markt großes Potential, da es eine hervorragende Ergänzung zur schulischen Bildung ist und daher bei fortschreitender Digitalisierung der Gesellschaft immer beliebter werden dürfte. Deshalb sehen wir in eKidz.eu mit seiner ausgefeilten App ein spannendes Investment mit hervorragenden Aussichten.“

Das Start-up wurde im Januar 2017 von einem dreiköpfigen Team um Nataliya Tetruyeva gegründet. eKidz.eu plant, mit den Mitteln aus der Seed-Runde die Entwicklung des Programms voranzutreiben und den Rollout in verschiedenen europäischen Ländern zu finanzieren. Auch eine englische Sprachversion soll in die App aufgenommen werden.

Innovative Technologien für den Umgang mit Spatial Big Data

Disy und weitere Projektpartner schließen erfolgreich BMBF-Forschungsprojekt ab

Die Karlsruher Disy Informationssysteme GmbH hat gemeinsam mit renommierten Partnern aus Wissenschaft und Praxis in einem vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekt Methoden und Werkzeuge entwickelt, um große Mengen an sich ständig ändernden, verteilt vorliegenden und zum Teil inkohärenten Geodaten zu verarbeiten. Das damit in den Bereich „Big Data“ gehörende Projekt wurde jetzt erfolgreich abgeschlossen.

Auch von GIS-Architekturen wird heute erwartet, dass sie rapide anwachsende Datenmengen im Tera- bis Petabyte-Bereich integrieren und zeitnah nutzbar machen können. Das Karlsruher Unternehmen Disy Informationssysteme GmbH gilt als Experte in Fragen des Managements von großen Datenmengen und stellt sich diesen Herausforderungen, zum Beispiel als Teil des BigGIS-Projekt-konsortiums, das im Frühjahr 2015 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) den Zuschlag für das Forschungsprojekt „BigGIS – Prädiktive und präskriptive Geoinformationssysteme basierend auf hochdimensionalen geotemporalen Datenstrukturen“ erhalten hat.

Diesem Konsortium gehören neben Disy weitere Partner aus renommierten Forschungseinrichtungen, großen und innovativen Fachbehörden sowie in ihren Kompetenzfeldern exzellenten Wirtschaftsunternehmen an. Ziel des Vorhabens ist die Erforschung, prototypische Umsetzung und Evaluierung von Techniken, Modellen und Methoden, die in vielfältigen Anwendungsfällen Entscheidungen auf Basis von großen Mengen an zeitlich-strukturierten Geodaten aus vielfältigen Quellen (insbesondere Fernerkundung, mobile Sensorik, Crowdsourcing und dem Social Web, aber auch aus Legacy-Systemen zur Geodatenverarbeitung) unterstützen.

Mit einem fünften Meilenstein-Workshop wurde das dreijährige Forschungsprojekt im März 2018 abgeschlossen. Hier wurden Ergebnisse für drei BigGIS-Anwendungsszenarien präsentiert. Im Szenario Katastrophenschutz wurde die Entscheidungsunterstützung bei komplexen Schadenslagen am Beispiel von Schadgas-Situationen untersucht, wie sie zum Beispiel bei Bränden in Industrieanlagen auftreten können. Hauptfrage war hier, wie man aus verschiedenen Informationsströmen, insbesondere auch drohnengestützten Hyperspektralaufnahmen, schnellstmöglich ein integriertes Lagebild

erzeugen kann. Projektergebnisse umfassten beispielsweise die Daten-Pipeline für hochvolumige Kameradatenströme, effiziente Analyseverfahren zur semantischen Interpretation der Kamerabilder oder auch Prognosen zur weiteren Ausbreitung der Schadgaswolke.

Im Szenario Umweltmonitoring ging es um die Beobachtung invasiver Tier- und Pflanzenarten, beispielhaft betrachtet anhand der Kirscheschigfliege. Hier wurden aussagekräftige neuartige Visualisierungsmöglichkeiten für die Ausbreitungsdynamik der Schädlinge realisiert. Und im Szenario Smart City und Gesundheit wurden insbesondere urbane Hitzeinseln und weitere Einflussfaktoren auf das Stadtklima analysiert. Forschungsthemen umfassten zum Beispiel die Interpolation von flächendeckenden Karten aus Beobachtungen von wenigen Sensorstandorten, die effiziente Nutzung mobiler Sensoren zur Datenvollständigung, die Kombination amtlicher Messdaten mit nutzergenerierten Daten (Citizen Science) und die kleinräumige Temperaturprognose auf Basis vielfältig kombinierter Eingangsdaten.

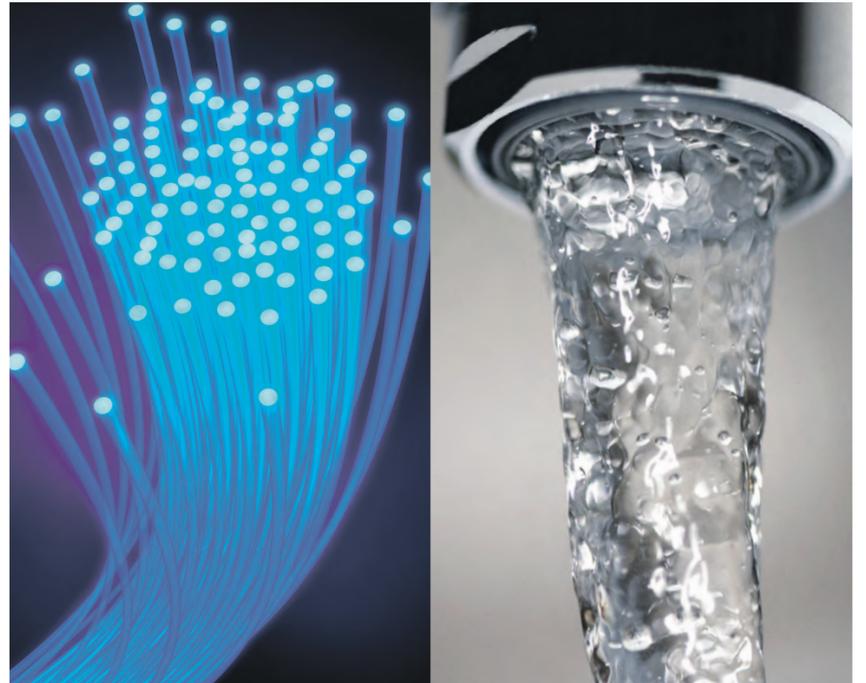
Genutzte Werkzeuge und integrierte Frameworks

Die technischen Forschungs- und Lösungsbeiträge lassen sich in die BigGIS-Lösungsarchitektur einordnen, die die folgenden genutzt und weiterentwickelten Software-Frameworks enthält: Auf der Infrastrukturebene wurden Tools für die vereinfachte skalierbare Bereitstellung und das automatisierte Management dieser Virtualisierungsschicht untersucht, zum Beispiel Docker und Rancher. Auf der Ebene der Datenspeicherung kamen verschiedene verteilte Datenbanken zum Einsatz. Disy führte Benchmarks neuerer Big-Data-Lösungen im Vergleich mit etablierten Geodatenbanken wie ORACLE und PostgreSQL durch. Auf der Middleware-Ebene ging es primär um das Message Brokering, also die Entkopplung der direkten synchronen Kommunika-

tion von eingehenden Datenströmen mit Weiterverarbeitungsprozessen. Hier kamen Werkzeuge wie Kafka und ActiveMQ zum Einsatz. Die Ebene der Data Analytics war der Projektschwerpunkt verschiedener Partner. Vielfältige Tools und Frameworks wurden genutzt, wie Spark, Flink und R als sehr generische Werkzeuge oder auch GeoTrellis als Spezialwerkzeug für große Mengen von Raster-Geodaten. Die Ebene der Modellierung unterstützte die Konfiguration komplexer Big-Data-Verarbeitungsworkflows mithilfe des Werkzeugs StreamPipes.

Leitthema der Projektarbeit war durchgängig die besondere Rolle von Geodaten und von räumlich-zeitlichen Analysen im Big-Data-Kontext und die Frage, inwieweit gängige Big-Data-Ansätze hierfür schon geeignete Antworten anbieten. Konkrete Arbeitspunkte waren dann beispielsweise effiziente Datenpipelines für Vektorgeodaten und für Rastergeodaten, hochperformante Algorithmen für Geodaten bei der In-Memory-Verarbeitung, Konnektoren und Schnittstellen zu gängigen Elementen von Geodateninfrastrukturen, der Umgang mit unsicheren (z. B. nutzergenerierten) oder unvollständigen (z. B. bei zu wenigen Sensorstationen) Daten oder intuitive Visualisierungen für räumlich-zeitliche Phänomene. Konkrete Fragestellungen zur Analyse und Entscheidungsunterstützung betrafen beispielsweise die Ausbreitungsprognose eines Pflanzenschädlings, die Ausbreitungsprognose einer Giftgaswolke oder auch ein Fußgängerouting für Hitze- oder Stadtklima-empfindliche Nutzer.

Disy hat im Projekt an den verschiedensten Stellen seine Expertise für räumliche Datenanalyse und Geodaten eingebracht, insbesondere die Verarbeitungspipeline für Vektorgeodaten aufgesetzt und zusammen mit anderen den Demonstrator für das Beispielszenario „Umweltmonitoring/Kirscheschigfliege“ realisiert. Durch die prototypische Kopplung des Disy-Produkts Cadenza mit Hochleistungsdatenbanken wurden außerdem Lösungswege für zukünftige Szenarien mit hochvolumigen, heterogenen Datenströmen aufgezeigt, wie sie beispielsweise in den Bereichen Innere Sicherheit und Smart Agriculture zunehmend auftreten.



WIR FÖRDERN GLAS UND KLAR

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir Investitionen in den Ausbau der Breitbandtechnologie genauso wie klassische kommunale Projekte. Gerne beraten wir Sie, wie Sie mit unseren zinsgünstigen Darlehen Ihre Region fit für die Zukunft machen. Tel. 0800 - 21 24 24 0



LfA FÖRDERBANK BAYERN

Beratung. Finanzierung. Erfolg.

www.lfa.de

Gemeinsame Erklärung:

Deutschland braucht leistungsfähige digitale Infrastrukturen

Führende Verbände der Telekommunikations- und Internetbranche treten für eine flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabit-Netzen ein

Anlässlich des Gigabit-Symposiums 2018 definieren die Telekommunikationsverbände ANGA, BUGLAS, eco, FTTH Council Europe und VATM zentrale Stellschrauben für den Ausbau leistungsfähiger digitaler Infrastrukturen.

„Die Bundesregierung setzt in ihrem Koalitionsvertrag auf den flächendeckenden Ausbau von Gigabit-Netzen bis 2025. Jetzt geht es darum, die Weichen für die Umsetzung dieses Ziels zu stellen. Hochleistungsfähige Netze sind die Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche digitale Transformation“, sind sich die Verbandspräsidenten Thomas Braun (ANGA), Theo Weirich (BUGLAS), Oliver Süme (eco), Ronan Kelly (FTTH Council Europe) und Martin Witt (VATM) einig. „Ohne Gigabit-Netze gibt es

keine innovativen Dienste, keine 5G-Anwendungen und kein Internet der Dinge. Wir brauchen hierzulande flächendeckend Gigabit-Netze als zentrale Infrastruktur der Zukunft.“

Gigabit-Netze müssen heute gebaut werden, um die künftige Nachfrage zu befriedigen, so die Präsidenten weiter. Die für den absehbaren Rollout von 5G und die Entwicklungen bei Industrie 4.0 sowie dem Internet der Dinge erforderlichen Netze sind nicht nur im Download stark, sondern erreichen auch

beim Upload und der Reaktionsgeschwindigkeit (Latenz) hohe Leistungen. Diese Anforderungen erfüllen sowohl Glasfasernetze, die bis mindestens in die Gebäude reichen (FTTB/H, Fiber to the Building/Home) als auch entsprechend aufgerüstete hybride Glasfaser-Koax-Netze (HFC).

Gigabit-Ausbau im Wettbewerb

„Der Gigabit-Ausbau muss so weit irgend möglich eigenwirtschaftlich und im Wettbewerb erfolgen“, bekräftigen Braun, Kelly, Süme, Weirich und Witt. „Die glasfaserbasierten HFC-Netze der Kabelnetzbetreiber sowie der Ausbau von Glasfaser bis ins

Haus (FTTB/H) werden in den nächsten Jahren über 70 Prozent der deutschen Haushalte Gigabit-Anschlüsse zur Verfügung stellen. Wettbewerb ist dafür das beste ordnungspolitische Konzept.“ Er Sorge nicht nur für ein Höchstmaß an Investitionen der Marktteilnehmer, sondern erzeuge auch den unverzichtbaren Druck für Innovationen. Im Ergebnis werde der Kundennutzen damit maximiert, so die Verbandspräsidenten.

An die Politik richtet sich die Aufforderung, die Rahmenbedingungen für Telekommunikationsunternehmen, Investoren und Dienstleister zu verbessern. Optimierungspotenzial besteht bei der Verbesserung der Effizienz von Genehmigungsverfahren und beim Einsatz alternativer Verlegungsmethoden. Auch die begrenzten Planungs- und Tiefbaukapazitäten seien ein Hemmschuh. Hier könnten zusätzliche Anstrengungen bei der Aus- und Weiterbildung sowie größere Flexibilität beim Einsatz von Fachkräften aus dem Ausland weiterhelfen.

Eine zentrale Herausforderung besteht aus Sicht der Branchenorganisationen in der flächendeckenden Versorgung in den Gebieten, die wirtschaftlich nicht erschließbar sind. Dort müssten mit Hilfe von Fördergeldern weitgehend kupferbasierte FTTC-Netze auf echte Glasfasernetze FTTB/H migriert werden. „Wir begrüßen, dass die Politik nunmehr den FTTB/H-Ausbau als Förderziel definiert und ihr Förderprogramm entsprechend anpasst“, werten Braun, Kelly, Süme, Weirich und Witt.

Neben den bereits eingeleiteten Schritten zur Anpassung bestehender Förderprogramme müssen nun, so ANGA, BUGLAS, eco, FTTH Council und VATM, auch die Weichen für den Ausbau in sogenannten grauen Flecken gestellt werden. Dort werde die Umstellung sehr großer Gebiete von Vectoring-Technologie auf Gigabit-leistungsfähige Anschlüsse erforderlich. Dafür sei eine enge Abstimmung mit der EU-Kommission nötig und von der Politik schnell herbeizuführen.

„Von einer erfolgreichen digitalen Transformation in Deutschland hängen die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft sowie letztlich auch Steuereinnahmen und Beschäftigung ab“, so die Verbandspräsidenten abschließend. „Wir werden die Bundesregierung bei der Umsetzung der Gigabit-Versorgungsziele maßgeblich unterstützen und stehen für eine intensive und zielorientierte Zusammenarbeit bereit, um einen beschleunigten Ausbau zu erreichen.“

Richtlinien für ein neues Förderprogramm bis Herbst erarbeitet. Das „Bayernportal“ soll demnach zentraler Zugang zu allen digitalen Verwaltungsleistungen werden. „Wir werden die Gemeinden nicht allein lassen“, sagte der Finanzpolitiker und versprach auch ein Fortbildungsprogramm und staatliche Hilfe beim Aufbau einer Beratungsinfrastruktur.

Mammutaufgabe

Beim E-Government sei Bayern derzeit führend in Deutschland, aber der Bund sei nur Mittelmaß in Europa. Dr. Reichhart erwartet eine Mammutaufgabe, „die uns noch stark fordern wird“.

Zu den Themen der Tagung gehörte natürlich auch die Datenschutzgrundordnung. Die Fachleute sprachen in Anwesenheit von Gunzenhausen Bürgermeister Karl-Heinz Fitz, stellvertretendem Landrat Robert Westphal und der Bezirksstags-Vizepräsidentin Christa Naaß auch über die E-Rechnung, die in den Kommunen bereits ab April 2020 gilt, in den Bundesbehörden schon ab November dieses Jahres. □

Bitkom-Umfrage zum Staat 4.0:

Verwaltung versus Bürgerwünsche

Laut einer Umfrage im Auftrag des Digitalverbands Bitkom wünscht sich eine große Mehrheit der Deutschen eine digitale Verwaltung und würde Online-Verwaltungsangebote gerne nutzen. Befragt wurden mehr als 1.000 Bürger ab 14 Jahren.

Vor allem digitale Bürgerdienste für Familien beinhalten großes Potenzial. So wünschen sich jeweils sechs von zehn Bürgern, dass das Kindergeld (62 Prozent) sowie der Kitaplatz (61 Prozent) auch online beantragt werden können. Auch die Anträge auf Elterngeld wollen vier von zehn Befragten (41 Prozent) gerne online stellen. Ähnliches gilt für Urkunden, wie etwa die Geburtsurkunde (33 Prozent).

Gefragte Bürgerdienste

Befragt nach weiteren Bürgerdiensten, die digital angeboten werden sollten, geben 83 Prozent an, dass sie Mängel wie Schlaglöcher gern online melden würden. 74 Prozent wollen via Internet ihren Wohnsitz anzubzw. ummelden. Mehr als jeder Zweite (55 Prozent) würde gerne online ein Führungszeugnis beantragen können. Auch für Bürgerdienste wie die KFZ-Zulassung (48 Prozent) oder die Beantragung des Personalausweises (45 Prozent) möchten viele Bundesbürger nicht mehr extra aufs Amt.

Unnötige Komplikationen

„Ausnahmslos alle politischen Verantwortlichen müssen hier aktiver werden: Regierungen in Bund und Ländern, Verwaltungen in Bezirken und Gemeinden, Behördenleiter und öffentliche Unternehmen. Das Anstehen auf dem Amt und aufwändiger Papierkram bei der Beantragung von Dokumenten

Eröffnung in München:

Bavarian Hub for Digital Transformation

Bayerns Digitalminister Georg Eisenreich eröffnete gemeinsam mit Wissenschaftsministerin Prof. Dr. med. Marion Kiechle, dem Leiter des Zentrum Digitalisierung Bayern (ZD.B) Prof. Dr. Manfred Broy und Prof. Dr. Alexander Pretschner (Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation, BIDT) in München den Bavarian Hub for Digital Transformation.

Der ‚Bavarian Hub‘ ist ab sofort gemeinsame Heimat für drei selbstständige Institutionen: Abteilung Digitales Staatskanzlei, Geschäftsstelle des Zentrums Digitalisierung Bayern (ZD.B) und Bayerisches Forschungsinstitut für Digitale Transformation (BIDT). Die Institutionen werden im ‚Bavarian Hub‘ sowohl eigene Aufgaben wahrnehmen, als auch gemeinsame Projekte vorantreiben.

Bundesweiter Vorreiter

Eisenreich: „Bayern hat ab heute eine Institution, die es in Deutschland so noch nicht gegeben hat. Der ‚Bavarian Hub‘ wird Koordinierungs- und Vernetzungsstelle und Think Tank für den digitalen Wandel in Bayern. Im ‚Bavarian Hub‘ arbeiten erstmals Ministerialverwaltung und externe Experten Hand in Hand - in einem Gebäude, mit kurzen Wegen und gemeinsamen Räumen zum kreativen Nachdenken. Zugleich können an den ‚Bavarian Hub‘ Institutionen andocken, die für den digitalen Wandel in Bayern wichtig sind. Damit gehen wir einen neuen Weg. Wir schaffen ein innovatives Ökosystem für die Zusammenarbeit zwischen Po-

ten und Sozialleistungen kosten wertvolle Zeit und machen unser Leben unnötig kompliziert. Im Digitalen Staat erledigen wir Behördengänge schnell im Netz und bequem vom Wohnzimmer aus“, betont Bitkom-Hauptgeschäftsführer Dr. Bernhard Rohleder.

Bürger schätzen Transparenz

An Online-Verwaltungsleistungen schätzen die Bürger vor allem die Transparenz. So stimmen acht von zehn Befragten (79 Prozent) der Aussage zu, dass es während der Bearbeitung von Anträgen möglich sein sollte, den aktuellen Stand und die voraussichtliche Dauer der Bearbeitung jederzeit online einsehen zu können. Diese Erwartung existiert inzwischen quer durch alle Altersklassen.

Lange Bearbeitungszeiten

77 Prozent aller Befragten meinen außerdem, dass Ämter prinzipiell zu lange brauchen, um ihre Anliegen zu bearbeiten. Zwei Drittel (66 Prozent) finden, dass die meisten Behördengänge problemlos auch online erledigt werden könnten. Gut sechs von zehn Befragten sagen, dass es schwierig ist, kurzfristig einen Behördentermin zu bekommen (68 Prozent) und dass die Behörden oft überbelastet wirken (65 Prozent). Lediglich jeder Zweite (51 Prozent) ist der Meinung, dass er bei Behörden schnell und kompetent Auskunft zu seinen Anliegen erhält. □

Begleitung des digitalen Wandels

Wissenschaftsministerin Prof. Dr. med. Marion Kiechle stellte das im ‚Bavarian Hub‘ angesiedelte, neugegründete Forschungsinstitut vor: „Das Bayerische Forschungsinstitut für Digitale Transformation (BIDT) der Bayerischen Akademie der Wissenschaften wird den digitalen Wandel mit fundierter Forschung begleiten. Als unabhängiges Forschungsinstitut wird es Fragestellungen zu diesem wichtigen Zukunftsthema disziplinübergreifend erforschen, den Diskurs befördern und die Erkenntnisse für die Gesellschaft aufbereiten. Im BIDT wird zum einen exzellente Wissenschaft betrieben, zum anderen stehen die gewonnenen Ergebnisse Entscheidungsträgern und der Öffentlichkeit zur Verfügung.“ □



Von links: Andreas Hofmann, Referent Informationstechnologie, Bayerische Verwaltungsschule (BVS); Landratsvize Robert Westphal, Ministerialdirigent Dr.-Ing. Rainer Bauer, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat (halb verdeckt); Bezirksstags-Vizepräsidentin Christa Naaß; Staatssekretär Dr. Hans Reichhart aus dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, Landesentwicklung und Heimat; Bürgermeister Karl-Heinz Fitz von Gunzenhausen; Gertraud Kast, Geschäftsleitung Bayerische Akademie für Verwaltungs-Management, München; Daniel Kleffel, Präsident des Landesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, Nürnberg; Richard Stelzer, Bayerischer Städtetag; Horst Schäfer von der Stadt Gunzenhausen. Bild: FR Presse

Traum oder Trauma?

luK-Tagung zum E-Government in Gunzenhausen

Ist die digitale Verwaltung Traum oder Trauma? Wenn es nach Dr. Hans Reichhart, dem Staatssekretär im Bayerischen Finanzministerium, geht, dann wird Bayern auch beim E-Government in Deutschland alle anderen Bundesländer bei der Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes in den Schatten stellen. „Bayern wäre nicht Bayern, wenn es die Richtlinie nicht bis Ende 2020 umsetzen würde, also zwei Jahre früher als im Bund“, erklärte der Politiker auf den „21. Gunzenhäuser luK-Tagen“ vor 130 Experten aus bayerischen Kommunen im Bethelsaal der Stiftung Hensoltshöhe.

Zur Tagung, die in ihren Ursprüngen auf den Gunzenhäuser Medienreferenten Horst Schäfer

zurückgeht, hatten Gemeindegremien, Städtetag, Landkreistag und Bezirksstags-Vizepräsidenten aus

Gemeinden und der staatlichen Verwaltung eingeladen. Zehn Referenten befassten sich zwei Tage lang mit der Zukunft der digitalen Verwaltung und der Frage, was damit auf die Gemeinden zukommt. Ziel der Staatsregierung ist es, die Grundlagen dafür zu schaffen, damit bis Ende 2020 alle Verwaltungsdienstleistungen digital erledigt werden können. Aufgebaut wird auf dem „Bayernportal“, das seit 2015 die digitalen Dienstleistungen koordiniert.

Geplantes Pilotprojekt

Wie Staatssekretär Dr. Hans Reichhart erklärte, soll es beispielsweise möglich sein, dass künftig ein Pkw-Halter sein Fahrzeug von Bayern aus in Hamburg anmelden kann. Dieser Service soll deutschlandweit abrufbar sein. Die Herangehensweise des Bundes und des Freistaats sind unterschiedlich – wieder einmal. „Der Bund schwärmt von einer Idealbeschreibung, mit der aber die Praxis nichts anfangen kann“, betonte der Redner und kündigte an, dass die Staatsregierung mit einigen bayerischen Landratsämtern ein Pilotprojekt starten wird, das es ermöglicht, Bauanträge auch digital zu stellen. Wichtig sei auch eine sichere Authentifizierung, wie sie beispielsweise das Programm ELSTER ermöglichte.

Das bayerische Programm werde inzwischen von anderen Ländern übernommen. Wie Reichhart den Vertretern der Kommunen versicherte, werden die

IT-Ausstattung der Schulen:

Massive Unterstützung der Gemeinden und Landkreise

Ein großes Förderpaket macht die Schulen in Bayern fit für die digitale Zukunft. „Insgesamt haben wir allein für das Jahr 2018 ein Förderpaket mit 212,5 Mio. Euro geschnürt“, freut sich Gerhard Waschler, bildungspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag. „Ab sofort können die Sachaufwandsträger für die IT-Ausstattung eine Förderung des Freistaats von bis zu 90 % der Kosten beantragen. Damit bringen wir die Bildung weiter voran. Der vorzeitige Maßnahmenbeginn zum 1. März 2018 garantiert, dass die Mittel schnell fließen können.“

In seiner Regierungserklärung hatte Ministerpräsident Dr. Markus Söder angekündigt, 50.000 digitale Klassenzimmer einzurichten. Im Rahmen des Masterplans BAYEN DIGITAL II gewährt der Freistaat nun ein Digitalbudget, mit dem die Träger, die für die Ausstattung der Schulen zuständig sind, digitale Klassenzimmer mit IT-Infrastruktur einrichten können.

Hinzu kommt ein Budget für die zeitgemäße Einrichtung integrierter Fachunterrichtsräume an berufsqualifizierenden

Schulen. Dabei können nicht nur Gemeinden und Landkreise als Sachaufwandsträger der öffentlichen Schulen eine Förderung bis zu 90 Prozent der Kosten erhalten, sondern auch die Träger staatlich genehmigter und staatlich anerkannter privater Schulen. Gleichzeitig startet der Freistaat eine umfassende Fortbildungsinitiative für alle Lehrkräfte in Bayern. Zudem wird Informatik als Leitfach gestärkt und die Medienarbeit fest im Unterricht und in der Lehrerfortbildung verankert. □

Glasfaserausbau im Landkreis Ebersberg:

Spatenstich in Egmating für vier Projekte

Am 30. Juli 2018 lud Deutsche Glasfaser die Politikprominenz und weitere Ehrengäste nach Egmating zum feierlichen Spatenstich für den Ausbaustart eines weiteren Gigabit-Projektes. Unter Beisein des Landrates Robert Niedergesäß und der beiden Landkreis-Landtagsabgeordneten Doris Rauscher (SPD) und Thomas Huber (CSU) gab es unter anderem eine kurze Ansprache von Dr. Hans Reichhart, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat. Er betonte: „Inzwischen wollen immer mehr Bürger beim Interesse an einem neuen Haus nicht nur wissen, wie hoch der Baupreis ist, sondern auch, ob es dort ein schnelles Internet gibt.“

Der Freistaat Bayern hat nach seinen Angaben inzwischen 808 Millionen Euro an Fördermitteln für den Breitbandausbau ausgeschüttet. Reichhart resümierte, dass im Rahmen dieses Programmes „bereits 700.000 Haushalte erschlossen wurden – 100.000 davon per Glasfaser.“ Zudem dankte er Deutsche Glasfaser für ihr zusätzliches Eigenausbau-Engagement und dem anwesenden 1. Bürgermeister von Egmating, Ernst Eberherr, für die Inangriffnahme dieses Projektes.

Eberherr freute sich sehr, dass es jetzt „mit Deutsche Glasfaser voran geht, weil sich viele meiner Bürger vom Breitbandausbau der Telekom verprellt füh-

len. Die Datenrate der realisierten Anschlüsse in Kupfertechnik ist oftmals deutlich geringer als versprochen.“

Mischung aus Förderprogramm und Eigenausbau

Die Gemeinde Egmating am südwestlichen Rand des Landkreises Ebersberg hat ca. 2.300 Einwohner und in ihren Kerngebieten gibt es bereits Breitbandanschlüsse in Kupfertechnik – ebenso wie in den Nachbarorten Bruck, Glonn und Moosach. Für die Außenbereiche dieser vier Ortschaften der Verwaltungsgemeinschaft Glonn findet der-

zeit ein Förderverfahren des Freistaates Bayern zum Breitbandausbau statt. Darüber hinaus hat sich Deutsche Glasfaser entschlossen, die Kerngebiete dieser vier Orte eigenwirtschaftlich auszubauen, wenn genügend Bürger entsprechendes Interesse bekunden.

Diese „Nachfragebündelung“ erfolgte im Herbst 2017. Bis zum Stichtag am 27. November haben sich in Egmating und in Glonn 42 Prozent der Haushalte für einen FTTH-Anschluss (Fiber to the Home) von Deutsche Glasfaser entschieden. Im benachbarten Moosach lag die Resonanz mit 46 Prozent noch höher und in Bruck entschieden sich sogar 54 Prozent für einen Glasfaseranschluss. Deshalb erfolgt jetzt für diese vier Gemeinden durch Deutsche Glasfaser ein flächendeckender Ausbau der Gigabit-Infrastruktur sowohl in den Außenbereichen als auch im jeweiligen Ortskern. Für den Ausbau im Außenbereich von Egmating zahlt der Freistaat einen Zuschuss von 403.362 Euro und die Gemeinde Egmating bezuschusst

das Projekt mit etwas mehr als 100.000 Euro. Der Staatssekretär Dr. Hans Reichhart ist über diese Situation sehr erfreut: „Ich danke Deutsche Glasfaser für den eigenwirtschaftlichen Ausbau im Innenbereich.“

Dr. Stephan Zimmermann, Mitglied der Geschäftsleitung Deutsche Glasfaser, war beim Spatenstich über die sehr positive Resonanz auf dieses Projekt mehr als zufrieden: „Ich finde es toll, dass sich trotz reichlich vorhandenen Breitbandanschlüssen in Kupfertechnik so viele Bürger in Egmating und auch in Bruck, Glonn und Moosach für einen kupferfreien Glasfaseranschluss entschieden haben. Wir werden hierzu in den nächsten 18 Monaten in den vier Gemeinden zwischen sechs und sieben Millionen Euro investieren. Alle Bürger, die es auch möchten, erhalten im Gegenzug kostenlos bis in ihre Wohnungen einen Anschluss mit bis zu 1000 MBit/s im Download und 500 MBit/s im Upload.“

Glasfaserausbau soll Ende 2019 abgeschlossen werden

Im ersten Ausbauschritt erfolgte die Aufstellung der PoP-Verteilerstationen (Point of Presence) in den vier Orten – am 26. April in Egmating, am 27. April in Moosach und am 29. Juni in Bruck sowie in Glonn. Mit dem Spatenstich in Egmating am 30. Juli beginnen nun die Tiefbauarbeiten zur Anbindung an das Glasfaser-Fernnetz (Backbone). Hierzu wird eine Tiefbau-Trasse zum PoP nach Oberpfaffenhof gegraben und zudem ein Tiefbau-Ringschluss mit Bruck, Glonn und Moosach realisiert. Im Spätherbst 2018 sollen dann erste Hausanschluss-Erdbauarbeiten erfolgen und mit der Aktiv-



Von links: Dr. Stephan Zimmermann (Geschäftsführer Deutsche Glasfaser), Staatssekretär Dr. Hans Reichhart, Thomas Huber (MdB, CSU), Doris Rauscher (MdB, SPD), Landrat Robert Niedergesäß, Bürgermeister Ernst Eberherr.

ring der ersten Teilnehmer rechnen Deutsche Glasfaser im Frühjahr 2019. Wenn alles reibungslos läuft, kommt das FTTH-Projekt in den vier Gemeinden Ende 2019 zum Abschluss.

Beim feierlichen Spatenstich war auch Josef Ledermann, der Breitband-Projektberater aller Gemeinden des Landkreises Ebersberg anwesend. Er freute sich ebenfalls, dass es zügig vorgehen soll: „Wenn man bedenkt, dass uns inzwischen leider bei so manchem unserer Förderprojekte nur noch Realisierungszeiträume von drei oder sogar vier Jahren angeboten werden, ist der vorgelegte Ausbau-Zeitplan für Egmating vollkommen in Ordnung.“ Sein Kommentar zu den kürzlich in der Presse schon mehrfach diskutierten Verzögerungen im elf Kilometer entfernten Zorneding: „Der dortige Zeitplan ist zwar tatsächlich ein gutes

Stück in Verzug, aber vor Problemen mit beauftragten Subunternehmern ist niemand, auch nicht der große Netzbetreiber Deutsche Telekom immun. Wenn Deutsche Glasfaser den Ausbau in Zorneding tatsächlich kurz nach der Winterpause im März oder April 2019 zum Abschluss bringen kann, liegt dies im Vergleich zu vielen anderen Bayerischen Gemeinden immer noch in einem sehr guten Rahmen, weil dann ab dem Baubeginn weniger als 2 Jahre vergangen sind.“

Deutsche Glasfaser weist in diesem Zusammenhang noch darauf hin, dass Bauarbeiter im Auftrag des Unternehmens generell Westen mit der Aufschrift „Deutscher Glasfaser“ tragen. Mitarbeiter mit leitenden Funktionen tragen sowohl bei Generalunternehmern als auch beim Nachunternehmern neon-grün farbige Westen.

Glasfaser für den ländlichen Raum

Finanzminister Füracker und schwäbischer Bauernpräsident Enderle informieren sich über Fortschritt des Breitbandausbaus auf dem Ferienhof der Familie Hitzelberger

Mit großen Schritten hält die Digitalisierung Einzug in unser Leben und Arbeiten. „Damit die Land- und Forstwirtschaft und der ländliche Raum bei dieser rasanten Entwicklung nicht abgehängt werden, ist eine schnelle, flächendeckende und zuverlässige Internet- und Mobilfunkversorgung notwendig“, sagte Alfred Enderle, Präsident des Bayerischen Bauernverbandes in Schwaben, bei einem gemeinsamen Termin zum Breitbandausbau mit dem bayerischen Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in der Gemeinde Hopferau (Landkreis Ostallgäu).

Dort ist der Breitbandausbau in den vergangenen Monaten deutlich vorangekommen. 93 Prozent der Haushalte in Hopferau sind bereits an das Hochgeschwindigkeitsnetz mit 50 Mbit/s angeschlossen. In Bayern sind es zurzeit über 80 Prozent. Nach Abschluss der geplanten und laufenden Baumaßnahmen werden in Bayern mehr als 98 Prozent mit schnellem Internet versorgt sein.

Entscheidender Standortfaktor

„Eine leistungsfähige Breitbandinfrastruktur ist ein entscheidender Standortfaktor und wichtig für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern. Hierfür stehen 1,5 Milliarden Euro bereit. Über 1.000 Projekte konnten bayernweit bereits umgesetzt werden.“, sagte Staatsminister Al-

bert Füracker. „Seit zwölf Monaten sorgt außerdem das ‚Höfebonus‘-Programm dafür, dass die Lücken beim Breitbandausbau konsequent geschlossen und auch Streusiedlungen, Weiler und einzelne Bauernhöfe ans Glasfasernetz angeschlossen werden können.“

Der Bayerische Bauernverband hatte sich für diese Förderung eingesetzt. „Denn die digitale Infrastruktur ist inzwischen für alle landwirtschaftlichen Betriebe enorm wichtig, Digitalisierung und Vernetzung bieten Landwirten enorme Möglichkeiten, um die Arbeit auf dem Feld und im Stall weiter zu verbessern“, sagte Enderle. „Auch für Betriebe mit Einkommenskombinationen oder Nebenerwerbsbetriebe ist schnelles Internet unverzichtbar.“

In Hopferau werden dank der bayerischen Breitbandförderung

zahlreiche Ortsteile, Weiler und Einzelgehöfte mit Glasfaser erschlossen. Einer davon ist der Ferienhof der Familie Hitzelberger. „Gerade für Betriebe, die ‚Urlaub auf dem Bauernhof‘ anbieten, ist ein leistungsfähiger Internetanschluss entscheidend, wenn es um einen gelungenen Internetauftritt oder das Verarbeiten von Buchungsanfragen geht“, machte Angelika Soyer, zweite Vorsitzende des Landesverbandes Bauernhof- und Landurlaub, deutlich. „Unsere Urlaubsgäste erwarten, dass es in ihrer Unterkunft eine gute Internetverbindung gibt“, sagten Karl und Heidi Hitzelberger, die ihren Gästen durch den neuen Glasfaseranschluss nun genau diesen Service bieten können.

Darüber hinaus konnte die Gemeinde Hopferau hat als eine der ersten Kommunen in Bayern vom Höfebonus profitieren. Bis heute haben 109 Kommunen Zuwendungsbescheide mit Höfebonus erhalten. Über 300 weitere Kommunen haben angekündigt, den Höfebonus in Anspruch nehmen zu wollen.

Gigabit-Geschwindigkeiten unerlässlich

Durch den Digitalisierungspakt für die Land- und Forstwirtschaft haben die Staatsregierung und der Bauernverband 2017 wichtige Weichenstellungen vorgenommen, um Zukunfts- und Bleibeperspektiven im ländlichen Raum zu gewährleisten. Unter anderem wurde vereinbart, dass bäuerliche Familienbetriebe über die Breitbandförderung durch den Bauernverband informiert werden, während die Kommunen bei der Nutzung des Förderprogramms durch Breitbandmanager und das bayerische Breitbandzentrum weiter tatkräftig unterstützt werden. „Doch die digitale Entwicklung geht rasant weiter, die Versorgung mit 50 Mbit/s kann nur ein erster Schritt sein. Was wir künftig flächendeckend brauchen, sind Gigabit-Geschwindigkeiten“, sagte Enderle. „Der Breitbandausbau mit Glasfaserleitungen und die Vergabe der 5G-Mobilfunkfrequenzen spielen eine entscheidende Rolle, damit Deutschland und Bayern nicht mehr nur im Mittelfeld spielen sondern wieder an die Weltspitze vorrücken.“

LWL-Symposium in Olching

Laser Components veranstaltet am 18.10.2018 das LWL-Symposium, eine Plattform für Fachleute, die sich jenseits des allgemeinen Medienrauschens tiefer mit dem Thema „Glasfaser“ befassen wollen. Bei der Premiere im Jahr 2017 standen verschiedenste Themen auf dem Programm: von den politischen Rahmenbedingungen über die FTTH-Strategie der Deutschen Telekom bis hin zu den neuesten Trends aus Übertragungs- und Steckertechnik.

Auch diesmal verspricht Gastgeber Dr. Andreas Hornsteiner eine abwechslungsreiche Mischung. Experten aus unterschiedlichen Bereichen der Glasfaserbranche werden in kurzen, informativen Vorträgen über die aktuellen Entwicklungen von Markt und Technologie berichten. Dazwischen ist immer Raum für angeregte Diskussionen – und natürlich auch für den persönlichen Austausch.

Um das richtige Umfeld für angeregten Meinungsaustausch zu schaffen, ist die Teilnehmerzahl begrenzt. Noch gibt es freie Plätze, die Anmeldung zum Symposium beinhaltet auch die Teilnahme am Vorabend-Event:

www.lc-campus.de/lwl. Unter dem angegebenen Link ist auch das vorläufige Programm zu finden.

Parallel zum LWL Symposium wird das Infomobil der Kampagne Breitband@Mittelstand bei Laser Components Station machen. Das Informationsmobil zeigt vor Ort anhand konkreter Anwendungsbeispiele auf, wie die digitale Transformation Kommunikation, Geschäftsmodelle und Produktionsprozesse künftig verändern wird. Experten des Breitbandbüros des Bundes (BBB) stellen im Rahmen dieser bundesweiten Roadshow Fördermöglichkeiten vor und beraten regionale Unternehmer. □

Alle reden. Über die Digitalisierung, über den deutschlandweiten Breitbandausbau, über smarte Cities, über den Anschluss des ländlichen Raums, über Optionen, über die Zukunft, über ...

Wir machen! Und kümmern uns um den Glasfaserausbau.

Jetzt informieren.
deutsche-glasfaser/kommunal



Mit Müllautos Funklöchern auf der Spur

Landkreis Lichtenfels startet deutschlandweit bisher einmaliges Pilotprojekt zur Auslotung von weißen Flecken im Mobilfunknetz

LICHTENFELS. Mit Müllauto und Rucksack den Funklöchern auf der Spur: Mit einem deutschlandweit einmaligen Pilotprojekt begibt sich der Landkreis Lichtenfels in Kooperation mit der schwedischen Firma IQMTEL auf die Suche nach den weißen Flecken im Mobilfunknetz. Der Startschuss fiel am 1. März 2018. „Es freut mich, dass wir die ersten deutschlandweit sind, die dieses Projekt starten“, betont der Lichtenfelser Landrat Christian Meißner. Inzwischen ist die Aktion auf bundesweites Medieninteresse gestoßen.

„Im digitalen Zeitalter ist es unabdingbar, die bestmögliche Mobilfunkabdeckung anzustreben. Nachdem diese gerade in ländlichen Gebieten immer noch nicht gegeben ist, setze ich mich mit aller Kraft für Verbesserungen ein“, sagt Meißner. Sobald konkrete Ergebnisse vorliegen, will der Lichtenfelser

Deutschland, Björn Meschenmoser, Vorhaben und System der Öffentlichkeit vor. Seitdem sind im Landkreis Lichtenfels Müllfahrzeuge mit entsprechender Ausrüstung unterwegs: Sie sind mit Messtaschen ausgestattet, in denen sich Handys befinden, die die Netzabdeckung und Empfangsqualität in

ist. So gelingt es, kostengünstig eine weitgehend flächenabdeckende Messung zu erreichen. Die Ergebnisse werden von den Mess-Handys in eine Cloud übermittelt und dann ausgewertet. Das Besondere an dieser Technik ist, so stellte Landrat Christian Meißner heraus, dass keine teuren Messfahrzeuge gemietet werden müssen.

Inzwischen sind alle Gebiete weitgehend vermessen und die Ergebnisse der Auswertungen liegen vor. Im nächsten Schritt wird mit den Bürgermeistern im Landkreis geklärt, ob und an welcher Stelle Verbesserungen vorgenommen werden sollen. „Die Kommunen sollen das Heft des Handelns in der Hand behalten, als Landkreis wollen wir mit den Messdaten nur unterstützend tätig werden“, so der Lichtenfelser Landrat. Nach dieser Abstimmungsrunde werden die Netzbetreiber über Messergebnisse und Ausbauwünsche der Kommunen informiert um die Versorgung zu verbessern.

Basis für Förderprogramme

Oft spielen die Mobilfunkanbieter die Problematik der Funklöcher herunter oder führen mit Verweis auf die dünne Besiedlung ländlicher Gebiete die wirtschaftliche Unrentabilität als Argument an. Durch das Projekt könne man in Zukunft genau aufzeigen, wie gut oder schlecht die Mobilfunkabdeckung in jedem einzelnen Ort des Landkreises ist. Das sei gleichzeitig die Basis, wenn es um Förderprogramme geht, die z.B. der Freistaat Bayern zur Verbesserung plant. Dazu Meißner: „Dann können wir die Verhandlungen endlich auf Augenhöhe führen.“ Zudem sollen die Ergebnisse öffentlich zugänglich sein. Auf dem Geoportal des Landratsamts Lichtenfels sollen sich dann die Bürgerinnen und Bürger über die genaue Mobilfunkabdeckung informieren können – auch ohne Mobilfunkloch-App. □



Damit auch auf Wanderwegen die Mobilfunkabdeckung gemessen werden kann, verfügt der Landkreis über einen Messrucksack. Auch er ist mit Handys ausgestattet, die die Daten aufzeichnen. Die Mess-Handys in den Taschen übermitteln die Ergebnisse in eine Cloud. Anhand der Daten gelingt eine flächendeckende Auswertung. Unser Bild zeigt (v.l.): Landrat Christian Meißner, Mats Nordström Geschäftsführer IQMTEL, Björn Meschenmoser, Leiter Geschäftsfeld Deutschland IQMTEL.

Bild: Landratsamt

Landrat auf Augenhöhe mit den Netzbetreibern verhandeln“, um Verbesserungen zu erreichen, und gleichzeitig Förderprogramme von staatlicher Seite anstoßen und nutzen.

Müllautos mit Zusatznutzen

Landrat Christian Meißner und der Wirtschaftsförderer des Landkreises Lichtenfels, Helmut Kurz, stellten im März gemeinsam mit dem Gründer der Firma IQMTEL, Mats Nordström, und dem Leiter des Geschäftsfelds

den Bandbereichen 2G, 3G und 4G bei den verschiedenen Netzbetreibern (O2-Telefonica, Telekom und Vodafone) messen.

Während mit den Müllautos die Messungen für die bebauten Gebiete des Landkreises vorgenommen werden, übernimmt der Kreisbauhof dies auf den Radwegen, für deren Instandhaltung er zuständig ist. Aber auch auf Wanderwegen wird gemessen: Dafür erhielt der Landkreis einen entsprechenden Rucksack, der ebenfalls mit Messhandys bestückt

Gemeinsam für eine bessere Mobilfunkversorgung

Von Valentina Daiber, Vorstand Recht und Corporate Affairs bei Telefonica Deutschland

Politik, Netzbetreiber und kommunale Verbände ziehen in Bayern nun an einem Strang: Wir Mobilfunknetzbetreiber haben am 14. September 2018 mit Bayerns Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer und dem Bayerischen Städte- und Gemeindetag einen Mobilfunkpakt für eine bessere Versorgung in Bayern vereinbart. Dafür will die Bayerische Staatsregierung ein Förderprogramm zur Verfügung stellen, mit dem die Kommunen passive Infrastruktur in den weißen Flecken errichten und an die Mobilfunknetzbetreiber vermieten können. Vor allem Gebiete, bei denen wir beim Ausbau wegen zu dünner Besiedlung oder geografischer Einschränkungen an wirtschaftliche Grenzen stoßen, sollen davon profitieren.

Dass uns der Schulterschluss zu dieser Absichtserklärung gelungen ist, freut mich sehr. Das kommunale Förderprogramm ist einmalig in Deutschland und zeigt, wie es gehen kann.

Blaupause für die Bundespolitik

Es sollte aus meiner Sicht als Blaupause für das ganze Land dienen. Grundsätzlich gilt für den Infrastrukturausbau: Hohe Investitionen bedürfen Planungssicherheit. Wir brauchen die richtigen Rahmenbedingungen, um die digitale Zukunft Deutschlands sichern zu können. Die Herausforderungen beim Netzausbau können nur durch ein vernünftiges Zusammenwirken von öffentlicher Hand und Netzbetreibern gelingen. Denn in den kommenden

Jahren müssen wir zwei große Aufgaben meistern. Einerseits geht es darum, die noch bestehenden weißen Flecken in den Mobilfunknetzen zu schließen. Andererseits startet der 5G Ausbau. Damit verbunden verfolgen wir das Ziel, einen ambitionierten und bedarfsorientierten Ausbau voranzutreiben. Überzogene Auflagen bei der Vergabe neuer Frequenzen konterkarieren dieses Ziel und helfen unserem Wirtschaftsstandort nicht weiter.

Standorte mit neuer Technik aufrüsten

Das Förderprogramm in Bayern muss noch von der EU-Kommission genehmigt werden und soll im Anschluss daran starten. Die Bayerische Staatsregierung will 80 Millionen Euro bereit-



Valentina Daiber. □

stellen, um den Gemeinden den Bau von Mobilfunkstandorten zu ermöglichen. Auch die staatlichen Masten des Digitalfunks BOS sind Teil des Programms.

Koordination im Regensburger Mobilfunkzentrum

Für die Koordination wurde das Mobilfunkzentrum der Regierung der Oberpfalz in Regensburg installiert. Wir Mobilfunkanbieter haben im Gegenzug zugesagt, dass wir die Mobilfunkdienste in Bayern durch

Verbraucherschutzminister Dr. Marcel Huber:

Bayern stärkt die digitale Selbstverteidigung

Privatsphäre im Netz sichern / Maßnahmen für Internet des Vertrauens

Die Digitalisierung hat längst den Alltag erobert: Online-Einkauf, Navigationsgeräte oder ein vernetztes Zuhause machen das Leben leichter. Doch jede Nutzung des Internets hinterlässt digitale Spuren, die verfolgt, gesammelt oder sogar missbraucht werden können.

Dazu betonte Bayerns Verbraucherschutzminister Dr. Marcel Huber: „Das Internet eröffnet uns viele Möglichkeiten. Aber wir müssen auch die Risiken in den Blick nehmen. Die Privatsphäre muss im Netz geschützt sein. Dazu brauchen wir ein Internet des Vertrauens und der Fairness. Bayern stärkt die digitale Selbstverteidigung und geht dafür neue Wege zum Schutz der Verbraucher. Dabei setzen wir auf die Kooperation von Wirtschaft, Forschung und Nutzern.“ Verbraucherbelange sollen bereits in der Forschung und die Entwicklung von internetfähigen Produkten einfließen. Der Verbraucher soll zum Mitgestalter der Digitalisierung werden. Dafür entsteht beim Zentrum Digitalisierung Bayern (ZD.B) eine hochspezialisierte Themenplattform für Verbraucherbelange.

Wissensdatenbank

Konkret wird das Verbraucherschutzministerium gemeinsam mit dem ZD.B den Unternehmen technische Möglichkeiten aufzeigen, wie sie auf unnötiges Sammeln von Daten verzichten können. Das ZD.B wird eine Wissensdatenbank mit praxistauglichen Beispielen aufbauen, die Datenschutz und Privatsphäre schon in der Entwicklung von neuen Diensten und Produkten berücksichtigt. Diese „Privacy by Design“-Lösungen können beispielsweise in Ge-

räten des Internet der Dinge oder in Sprachassistenten eingesetzt werden.

Neben technischen Lösungen setzt Bayern auch beim Management an. Huber: „Verantwortlicher Umgang mit Nutzerdaten ist auch im Interesse der Unternehmen: Wenn die Verbraucher darauf vertrauen können, dass ihre digitale Identität privat bleibt, werden sie die Produkte eher kaufen.“ Die Entwicklung eines verlässlichen Konzepts für „Corporate Digital Responsibility“ (CDR) wird deshalb der zweite Arbeitsschwerpunkt des Projekts für Verbraucherbelange. Vertreter aus der Forschung, der Wirtschaft und von Verbraucherverbänden sollen das Konzept gemeinsam erarbeiten und evaluieren. Ziel ist es, gute Lösungen für Verbraucher und Wirtschaft zu finden. Das Verbraucherschutzministerium investiert insgesamt rund eine halbe Million Euro in das Projekt für Verbraucherbelange in der digitalen Welt.

Bayern setzt zudem auf eine Stärkung der Verbraucherrechte, den Ausbau der Marktüberwachung im Internet und auf eine umfassende digitale Bildung – von der Schule bis ins Seniorenalter. Huber: „Im digitalen Leben müssen Verbraucher und Internetnutzer wissen, wie sie selbst ihre Daten schützen. Wir brauchen lebenslange digitale Bildung. Dafür müssen wir sensibilisieren.“ Bayerns Maßnahmen reichen vom digitalen Klassenzimmer und Informatik als Pflichtfach bis zum Programm „Silver Surfer“, das ältere Nutzer fit im Umgang mit dem Internet und den digitalen Medien macht. **Informationen im Internet** www.zentrum-digitalisierung.bayern/verbraucherbelange

Der Kabelschacht der Zukunft ist aus Kunststoff

Vorteile von Kunststoff vs. Beton in Zeiten erhöhten Breitbandbedarfs – www.langmatz.de

Die ersten Glasfaser-Ortsnetze wurden Anfang der 1990er Jahre unter der Bezeichnung OPAL von der Deutschen Telekom installiert. In diese Phase fällt auch die Entwicklung moderner Kabelschächte aus Kunststoff. Bis dahin hatte man Schächte ausschließlich aus Beton gefertigt. Kunststoffkabelschächte haben sich seither zum Standard entwickelt und werden heute weltweit eingesetzt.

Derzeit treiben große Förderprogramme den Netzausbau deutlich voran. Viele Tiefbauunternehmen sind bereits auf lange Sicht ausgebucht. Etliche Kommunen befinden sich in der Planung von Ausbauvorhaben und stehen vor der Wahl eines effizienten Schachtsystems: Althergebrachten Beton oder innovativen Kunststoff?

Innovativer Mittelständler aus der Alpenregion

Bei Kabelschächten aus Kunststoff, eingesetzt als Kabelzugschächte, Telekommunikationsverteiler und Unterflurverteiler, ist die in Garmisch-Partenkirchen ansässige Langmatz GmbH ein international gefragter Hersteller und hierzulande Marktführer. Schon zu Beginn der 90er Jahre begann das innovative Unternehmen mit der Entwicklung von Schachtsystemen aus Polycarbonat. Heute bietet Langmatz in diesem Segment eine umfangreiche Auswahl an verschiedenen Größen und Ausstattungsvarianten. „Unsere Kabelschächte aus Kunststoff sind sehr stark nachgefragt. Viele Kunden haben erkannt, dass sie eine robuste und flexible Alternative zu Kabelschächten aus schwerem Beton sind und aufgrund ihrer Frostbeständigkeit äußerst langlebig ihre Funktion erfüllen“, beschreibt Stephan Wulf, Vorsitzender der Geschäftsführung bei Langmatz, die Marktlage.

Wulf weiß, welche Anforderungen Kunden an einen zeitgemäßen Kabelschacht stellen: „Ein Schacht muss ein geringes Eigengewicht haben, flexibel an die Einbaubedingungen vor Ort anpassbar und kostengünstig sein, schnell gesetzt werden können und eine perfekte Statik besitzen. Und genau das bieten unsere Schachtsysteme.“ Für die

Herstellung seiner Schächte verwendet Langmatz ausschließlich hochwertige Kunststoffe. Die im eigenen Hause entwickelte 3D-ribFrame-Technologie sorgt für die Beständigkeit und Belastbarkeit der gesamten Konstruktion bis D 400. Modulare Grundbausätze ermöglichen zahlreiche Schachthöhen und Anschlussplatzierungen für Kabelanlagen. Sollbruchstellen in den Rahmenelementen sind schnell für eine einfache Herstellung flexibler Rohreinführungen zu öffnen.

Youtube: Die Geschichte von Toni Tiefenbauer

Um die Vorteile von Langmatz Schächten aus Kunststoff gegenüber Betonschächten einem breiten Publikum zugänglich zu machen, hat die Firma einen humorvollen Zeichentrick-Film zu diesem Thema auf ihrem youtube-Kanal veröffentlicht (Link: <https://bit.ly/2xd8Ml5>). Darin wird die Geschichte von „Toni Tiefenbauer“ geschildert, der den Auftrag von der Stadt erhält, einen Kabelschacht zu verlegen. Jetzt muss er viel organisieren: Genehmigungen für Straßensperrungen und Halteverbote, einen großen Bagger für das Heben des Betonschachts, einen entsprechenden LKW für den Transport und zusätzliches Personal. Beim Einbau passt der Betonschacht nicht, da unerwartet eine Erdleitung nicht in der angegebenen Tiefe verläuft, und er muss mit schwerem Gerät eine Anpassung in den Beton schneiden... Dann hat er einen Tagtraum: „Hätte er sich doch nur für einen leichten Kunststoffkabelschacht von Langmatz entschieden.“ In der Tat, die ganzen Mühen und zusätzlichen Kosten hätte sich Toni ersparen können, wie der Film in weiteren amüsanten Szenen zeigt. □

Zusätzliches Warninstrument für die Region 10

Warn-App NINA ab Oktober auch mit örtlichen Gefahrenmeldungen

Die Warnung der Bevölkerung bei Gefahrensituationen und Unglücksfällen erfolgt durch die zuständigen Katastrophenschutzbehörden. Im Bereich der Integrierten Leitstelle Ingolstadt Region 10 (kurz ILS) sind dies die Landratsämter Eichstätt, Neuburg/Schrobenhausen, Pfaffenhofen, sowie die kreisfreie Stadt Ingolstadt. Neben den bewährten Methoden der Warnung durch z.B. ortsfesten Sirenen, UKW-Radio und Lautsprecherfahrzeuge, sind zunehmend neue Ansätze gefragt. Dieser „Warnmix“ wird seit geraumer Zeit durch die sog. Sozialen Medien, wie z.B. Facebook, Twitter oder Instagram, und diverse Warn-Apps erweitert.

Nun kann auch die vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) entwickelte Warn-App NINA (Notfall-Informationen- und Nachrichten-App) mit lokalen Informationen befüllt werden. Standard-

mäßig bietet die App bereits die Warnmeldungen des Deutschen Wetterdienstes (DWD) und lokale Hochwasserinformationen, allgemeine Notfalltips und Verhaltenshinweise in Gefahrensituationen. Mit der Einbindung

lokaler Warnungen durch die ILS bzw. die Katastrophenschutzbehörden bietet NINA nun die Möglichkeit, alles in einer Anwendung zu empfangen.

Einheitliches System

„Ich begrüße es sehr, dass wir hier in der Region auf ein einheitliches System setzen. Mobile Endgeräte sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Mit der Warn-App NINA haben die Bürgerinnen und Bürger eine weitere Möglichkeit, mobil und aktuell Warnhinweise zu empfangen“, ermun-

tert der Zweckverbandsvorsitzende Landrat Martin Wolf die Bevölkerung, NINA zu installieren. „Die App ergänzt neben der klassischen Medieninformation und den bestehenden Warnsystemen die schon bestehenden Online-Informationsplattformen, allen voran Internetseiten, Facebook- und Twitterkanäle der Landkreise und der Stadt Ingolstadt. Mit diesen verschiedenen Möglichkeiten leisten wir einen wichtigen Beitrag, dass Warnmeldungen bei den Betroffenen auch ankommen“, so der Landrat weiter.

Plattform MoWAS

Mit der Einführung der landesweiten modularen Plattform MoWAS (modulares Warnsystem) ist es nun auch den Katastrophenschutzbehörden in Bayern möglich, kurzfristig verschiedene Apps und andere Medien über einen Weg zentral anzusteuern.

Nachdem alle technischen und organisatorischen Voraussetzungen in der Region 10 geschaffen wurden, steht den drei Landkreisen und der Stadt Ingolstadt ab 1. Oktober 2018 die Möglichkeit zur Verfügung, ohne Zeitverzug amtliche Gefahrenmitteilungen zur Warnung der Bevölkerung über alle angeschlossenen Medien auszusenden. Die NINA-App steht für die gängigen Smartphone- und Tablet-Betriebssysteme in den jeweiligen App-Stores kostenlos zum Download zur Verfügung.

Kostenfreie Nutzung

Die den Katastrophenschutzbehörden nun zur Verfügung stehende Online-Anwendung wird vom Freistaat Bayern im Rahmen eines Pilotprojekts kostenfrei zur Verfügung gestellt. Sie ergänzt die beiden eigenen, zusätzlich per Satellit angebotenen MoWAS-Hauptstationen des Freistaates Bayern in München und Regensburg. □



Den symbolischen Startschuss für örtliche Informationen in der Warn-App NINA gaben jetzt die Landräte der Region und Ingolstadts Oberbürgermeister. V.l. Anton Knapp (Eichstätt), Martin Wolf (Pfaffenhofen), Dr. Christian Lösel (Ingolstadt) und Roland Weigert (Neuburg-Schrobenhausen). Bild: Betz/Stadt Ingolstadt

Lokale Online-Plattformen:

Erwartungen der Teilnehmer werden überwiegend erfüllt

Welche Erfahrungen haben aktive Händler, Dienstleister und Vermarkter mit lokalen Online-Plattformen? Wie schätzen sie deren Effekte für ihr Unternehmen und ihren Standort ein? Für die Beantwortung dieser Fragen lässt die CIMA Beratung + Management GmbH nach den Systementwicklern und Projektmanagern jetzt die teilnehmenden Unternehmer zu Wort kommen.

Die Auswertung einer entsprechenden Befragung bei Unternehmern, die Erfahrungen mit einer Plattform haben, liegt nun im Rahmen des Forschungsprojektes „gemeinsam.online“ vor. Sie ist der dritte Teil des Forschungsauftrages der CIMA, welcher vom Bayerischen Wirtschaftsministerium und dem Handelsverband Bayern unterstützt wird. Bisherige aufschlussreiche Ergebnisse über lokale Online-Plattformen liefern der bundesweite Marktüberblick über gemeinsame Online-Plattformen, sowie Interviews und Erfahrungsberichte von Projektmanagern, die eine solche Plattform aufbauen und betreiben.

Online-Verkauf spielt Nebenrolle

Wer als Unternehmer eine lokale Online-Plattform nutzt, setzt die Hoffnungen in erster Linie auf die Chancen des neuen Werbemediums, auf Sichtbarkeit im Netz und steigenden Bekanntheitsgrad. Diese Erwartungen werden nach den Befragungsergebnissen überwiegend erfüllt. Der reine Online-Verkauf hat für die meisten Teilnehmer keine Priorität, daher spielen Shop-Funktionen der Plattform und Umsätze aus den Online-Plattformen bislang nur eine kleine Rolle. Positiv bewertet werden auch die angebotenen Unterstützungsleistungen des Plattformentwicklers oder der lokalen Gemeinschaft (z.B. über den Projektmanager vor Ort). Zudem steigt der Zusammenhalt vor Ort durch das gemeinsame Projekt spürbar.

Aufgrund der leichten und schnellen Bedienbarkeit der meis-

ten Systeme sprechen die Befragten von einem guten Zeit-Nutzen-Verhältnis beim Arbeiten mit der Plattform. Interessant ist vor diesem Hintergrund, dass die Inhalte dennoch zu selten aktualisiert werden. Zudem sind die Plattform-Funktionen oft nur wenig bekannt oder werden nur unzureichend genutzt. Hier hat insbesondere der Handel Nachholbedarf. Verglichen mit anderen Branchen wie z.B. dem Tourismus, der schon deutlich länger gemeinsame Online-Plattformen nutzt, tut sich der Handel als relativer Neuling auf diesem Gebiet oft schwerer.

Welche Unterstützungsbedarfe hier insbesondere bei den Händlern genau bestehen, soll nun durch eine großangelegte Befragung zu Qualifizierungsmaßnahmen im Herbst geklärt werden.

Die an der häufigsten genannten Herausforderung einer gemeinsamen Online-Plattform sind geringe Zugriffs- bzw. Klickzahlen. Als ausbaufähig bezeichnen die Befragten deshalb auch die Kundenansprache und die Akzeptanz. Aber nur gut geschulte Händler bewegen sich im digitalen Raum sicher und schnell und können Kundeninteresse über eine gemeinsame Plattform wecken. Wichtig ist deshalb jetzt, die Bedarfe der Händler in Sachen Weiterbildung genau zu eruieren. Damit geht der Forschungsauftrag der CIMA vorerst in die letzte Phase. Sie wird eine Händlerbefragung zu möglichen Qualifizierungsmaßnahmen starten. Diese soll klären, auf welchem Stand die Händler sind und welcher Coaching- und Schulungsbedarf besteht. □

Bayerns erste Mängelmelder-Kommune zieht Bilanz

Nur 11.500 Einwohner leben in Maxhütte-Haidhof in der mittleren Oberpfalz und doch ist die Kleinstadt ein Pionier: Das etwa 20 Kilometer nördlich von Regensburg gelegene Städtchen ist Bayerns erste Kommune mit einem individualisierten Mängelmelder.

Der Mängelmelder ist die bundesweite Plattform für Bürgeranliegen. Dort können Bürgerinnen und Bürger kurze Einträge mit Foto von Schäden im öffentlichen Raum machen: überfüllte Mülltonnen, defekte Straßenbeleuchtung, verdreckte Spielplätze sind nur einige Beispiele. Diese Einträge werden dann automatisch an die zuständigen Kommunen weitergeleitet und können behoben werden. Eine Verpflichtung besteht dazu nicht – jede Kommune entscheidet selbst, was mit diesen Hinweisen ihrer Bürgerschaft passiert.

Viel Arbeit? Eher eine Arbeitserleichterung und eine große Chance, so sieht es Christoph Stangl. Der Verwaltungsinformationssystemwirts in Maxhütte-Haidhof wurde 2014 auf einer Messe auf das Anliegenmanagement Mängelmelder aufmerksam und erkannte sofort das Potenzial des Portals. „Als Mitarbeiter in einer kleinen Kommune, wo jeder jeden kennt, ist es häufiger passiert, dass ich in der Freizeit auf der Straße persönlich wegen defekter Beleuchtung oder kaputter Gehwege angesprochen wurde. Gestört hat mich das nicht. Aber die Hinweise unterwegs zu behalten und dann alles im Amt in die Wege zu leiten, war nicht immer leicht – da konnte auch mal etwas in Vergessenheit geraten. Der Mängelmelder schien mir und meinen Kollegen daher ein geeignetes Mittel, um dafür zu sorgen, dass nichts untergeht und alle Anliegen unserer Bürgerschaft an die richtige Stelle gelangen.“

Möglich macht das die individu-

elle Einrichtung des Mängelmelders für Maxhütte-Haidhof. Im Gegensatz zum bundesweiten Mängelmelder gehen die Hinweise der Bürgerschaft nicht alle in einem allgemeinen E-Mail-Postfach der Stadt- oder Gemeindeverwaltung ein. Stattdessen legte die Kommune selbst nach Bedarf und personeller Aufstellung fest, in welchen Kategorien Meldungen dort abgegeben werden können. Zusätzlich wurden automatische E-Mail-Benachrichtigungen an die direkten Verantwortlichen jeder einzelnen Kategorie eingerichtet. Das sorgt für eine effektive Verarbeitung der Bürgeranliegen und für ein schnelles Beheben der Mängel und Defekte.

Seit drei Jahren bietet Maxhütte-Haidhof diesen Service inzwischen an und das Angebot wird rege genutzt. Etwa 30 Prozent der Meldungen gingen dabei allein in der Kategorie Beleuchtung ein. Straßenschäden stellen mit knapp 20 Prozent die zweithäufigste und allgemeine Verschmutzungen mit knapp 15 Prozent die dritthäufigste Kategorie. Insgesamt gingen in den drei Jahren Laufzeit mehr als 400 Meldungen bei der Kommune ein. „Für eine Kleinstadt dieser Größe ist das vergleichsweise viel“, urteilt Tobias Vaerst von der wer denkt was GmbH. Vaerst ist Projektleiter beim Darmstädter IT-Unternehmen, das den Mängelmelder vor acht Jahren entwickelte. Maxhütte-Haidhof ist eine von etwa 45 Kommunen mit eigenem Mängelmelder-System, die von der wer denkt was GmbH

betreut werden – darunter auch Großstädte wie Dortmund, Bremen oder Mannheim.

Christoph Stangl und seine Kollegen sind äußerst zufrieden mit dem eigenen Mängelmelder: „Wir bekommen regelmäßig gutes Feedback von unseren Bürgerinnen und Bürgern. Denn das Schöne ist, dass jeder über den Status seiner Meldung informiert wird. Ist etwas in Bearbeitung oder der Mangel bereits behoben? Ein Ampelsystem macht das deutlich und zeigt unserer Bürgerschaft, dass wir ihre Anliegen und Mitteilungen ernst nehmen und etwas tun.“ Auf der Straße auf Mängel hingewiesen wird er inzwischen nur noch selten – denn die Bürgerschaft weiß, dass mit dem Eintrag im Mängelmelder alles seinen Weg geht. □

Digitale Kartenfertigung über Nacht

Zur Ernennung von Kreuth als Bergsteigerdorf wurde die beliebte Kartenserie „Bayerische Alpen“ des Deutschen Alpenvereins (DAV) um das neue Kartenblatt „Kreuth“ erweitert.

„Für eine gelungene Bergwanderung ist eine gute Vorbereitung und aktuelles Kartenmaterial unerlässlich. Mit den präzisen und leicht lesbaren detaillierten Karten des Alpenvereins wird daneben auch der Naturschutz gestärkt. Sie ist die perfekte Wanderkarte für Berg- und Wandertouren rund um das neue Bergsteigerdorf. Ein unentbehrlicher Ratgeber für einen erfolgreichen Ausflug in die herrliche Welt der Berge unserer schönen Heimat“, freute sich Finanz- und Heimatminister Albert Fürecker. Mit dem

sehr detaillierten und genauen Kartenbild können sich Wanderer und Tourengänger optimal orientieren. Die zugrundeliegenden Geodaten stammen von der Bayerischen Vermessungsverwaltung und zeichnen sich durch hohe Aktualität und Vollständigkeit aus. Die Skirouten, Schneeschuh-routen sowie die Darstellungen zu den Wald-Wild-Schongebieten und den Schutzgebieten trägt der Alpenverein bei. Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit stehen bei der Auswahl der Touren- und Wegvorschläge im Fokus. □

unendlich schnelles Internet für Ihr Neubaugebiet.

Sie erreichen uns unter:
☎ 09923 8045-1750
✉ kommune@amplus.ag

Mit Glasfaser auf direktem Weg in die Gigabitgesellschaft.

www.amplus.ag

Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung:

Webbasierte Medien in der Stadtentwicklung

Wenn Bürgerinnen und Bürger bei städtischen Projekten mitdiskutieren oder eigene Initiativen starten, sich über Planungen informieren oder Beschwerde dagegen einlegen, dann geschieht dies heute immer häufiger auch online. Inzwischen ist das Internet in der Stadtentwicklung zu einem wichtigen Medium geworden, das neue Wege in der Kommunikation zwischen Bürgerschaft, Politik und Verwaltung eröffnet hat. Partizipation 2.0, Transparenz 2.0 oder Kollaboration 2.0 sind die Schlagworte in der aktuellen Diskussion.

Mit der Nutzung webbasierter Medien in der Stadtentwicklung und der Frage, welche Auswirkungen ihr Einsatz auf Planungsprozesse, Akteurskonstellationen und Teilhabemöglichkeiten hat, beschäftigt sich eine aktuelle Studie des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR). Sie zeigt Handlungsoptionen auf, wie eine partizipative Stadtentwicklung mittels webbasierter Medien weiter gefördert werden kann.

Empirische Basis dieser Studie waren 40 Referenzbeispiele aus deutschen Städten und Gemeinden sowie acht Fallstudien, in denen webbasierte Medien im Feld der Stadtentwicklung für Partizipation und Teilhabe eingesetzt wurden. Erstere zeigen im Ergebnis, dass webbasierte Medien in vielfältigen Bereichen der Stadtentwicklung eingesetzt werden, um eine Teilhabe an lokalen Gestaltungsprozessen zu ermöglichen. Die zahlreichen Verfahren unterscheiden sich hinsichtlich der beteiligten Akteure, der Ziele, der inhaltlichen Reichweite, des räumlichen Bezugs, der Dauerhaftigkeit, des Mitwirkungsgrades sowie der Originalität ihres Einsatzes.

Aus der Untersuchung lassen sich folgende wesentliche Erkenntnisse zum Umgang mit webbasierten Medien in der Stadtentwicklung

ableiten: Webbasierte Partizipationsprozesse in der Stadtentwicklung sind in der Regel crossmedial angelegt, unabhängig davon, ob sie von Seiten der öffentlichen Hand oder von Seiten der Zivilgesellschaft ausgehen. Sowohl Online-Elemente wie Teilhabemöglichkeiten im Internet als auch Offline-Formate wie klassische Bürgerversammlungen werden eingesetzt und miteinander verschrankt. Die Akteure gehen dabei vor allem deshalb crossmedial vor, weil sie sich hiervon eine größere Beteiligungswirkung versprechen und auch diejenigen erreichen möchten, denen die Nutzung digitaler Angebote schwerfällt.

Soziale Medien

Die Sozialen Medien spielen mittlerweile eine wesentliche Rolle in der Stadtentwicklung. So wird über städtische Themen und Projekte berichtet und diskutiert, auch wenn die Stadtverwaltung selbst nicht im Netz aktiv ist.

Stadtverwaltungen tun sich jedoch gegenüber zivilgesellschaftlichen Gruppen im Einsatz der Sozialen Medien wesentlich schwerer. Aufgrund ihrer Organisationsstruktur und der hierarchischen Arbeitsweisen können sie nicht immer in dem Maße im Netz präsent

sein wie es vielleicht hilfreich wäre.

Öffentliche Verwaltungen sind gegenüber zivilgesellschaftlichen Gruppen unterschiedlich von rechtlichen Vorschriften betroffen. Stärkere Regulierungen der öffentlichen Hand schränken ihre Möglichkeiten, webbasierte Medien einzusetzen, ein. Neben einem sensiblen Umgang mit Datenschutzaspekten sind zum Beispiel das Vergabe- und Arbeitsrecht zu nennen.

Mit dem Einsatz webbasierter Medien geht einher, dass neue intermediäre Akteure im Feld der Stadtentwicklung auftreten. Sie bringen das notwendige Know-how und die technischen Lösungen zur Organisation crossmedialer Beteiligung mit und werden zur Durchführung solcher Prozesse eingekauft. Diese neuen intermediäre nehmen durch die Art und Weise, wie sie Vor-Ort-Formate und elektronische Formate entwickeln und miteinander verknüpfen oder durch die Algorithmen, die sie mit ihren Plattformen in ein Verfahren einbringen, erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung partizipativer Prozesse und damit auch auf deren Ergebnisse.

Durch den Einsatz webbasierter Medien entstehen neue Möglichkeiten, Transparenz in Stadtentwicklungsprozessen zu schaffen. Dies kann zu einer besseren Nachvollziehbarkeit von Verfahren beitragen und so dem Bürger ermöglichen, mit Politik und Verwaltung leichter auf Augenhöhe zu agieren.

Die Nutzung webbasierter Medien in der Stadtentwicklung erfordert zusätzliche Ressourcen. Neben technischen Voraussetzungen und finanziellen Aufwendungen

bedarf es eines spezifischen Know-hows. Weder bei öffentlichen noch bei zivilgesellschaftlichen Akteuren ist dies jedoch selbstverständlich vorhanden. Technik und Wissen müssen unter Umständen extern eingekauft werden. Werden Aufträge an Dritte vergeben, sind es die neuen intermediären Akteure, die ihr Know-how zur Verfügung stellen.

Schließlich kann der Einsatz webbasierter Medien zugleich Effizienzgewinne mit sich bringen. So hätten etwa die untersuchten zivilgesellschaftlichen Initiativen ohne den Einsatz webbasierter Medien nicht so viele Menschen für ihr Anliegen erreichen können als mit diesem Einsatz bei vergleichbarem Aufwand. Bezogen auf Verfahren der öffentlichen Verwaltung könnten sich besonders bei standardisierten Verfahren Effizienzvorteile ergeben. Im Fall der Bauleitplanung zeigt sich etwa, dass das Verteilen von Informationen, das Einsammeln von Stellungnahmen und die Dokumentation des Prozesses effizienter umgesetzt werden können.

Fazit: Im Gegensatz zu klassischen Informationskanälen werden webbasierte Medien von vielen Nutzern als ein Instrument zum Dialog wahrgenommen. Beim Einsatz dieser Instrumente wirkt ihre netzwerkartige, hierarchiefreie Struktur auf die Organisation der kommunalen Verwaltung zurück. Die Verwaltungen sollten laut Studie diese Wirkungen einer anderen Kommunikationskultur aufnehmen und die eigene Organisation in Richtung Open Government weiterentwickeln.

Neben der Ausstattung mit finanziellen Mitteln können der Bund und die Länder die Kommunen durch die Entwicklung und den Betrieb übergreifender Plattformen unterstützen. Partizipationsplattformen, die bereits in der formalen wie informellen Bürgerbeteiligung eine Rolle spielen, sind hierfür Beispiele.

Durch eine Förderung des digitalen Ehrenamtes könnten Bund und Länder zivilgesellschaftliches Engagement in der Stadtentwicklung forcieren. Direkte Förderungen und steuerliche Erleichterungen, Best-Practice-Studien oder eine Ausweitung des freiwilligen sozialen Jahres digital könnten hier Impulse für eine Stadtentwicklung von unten geben.

Für einen qualifizierten Austausch zwischen den Kommunen, die webbasierte Medien strategisch im Rahmen der Stadtentwicklung einsetzen, wäre neben einer finanziellen Unterstützung von Austauschformaten eine Bestandsaufnahme zum Einsatz webbasierter Medien sowie ein laufendes Monitoring hilfreich. **DK**

beitgebern lassen ihre Mitarbeiter ganz oder teilweise von zu Hause arbeiten. „Dabei ist es notwendig, alle Sicherheitsbestimmungen wie Virenschutz, Firewall und Datensicherung im Homeoffice einzuhalten. Besonders wichtig: Eine Vereinbarung mit dem Mitarbeiter, dass die Familienmitglieder nicht auf die Daten zugreifen können“, betont Rautenberg. Das gilt nicht nur für das getippte Wort, sondern insbesondere für das Gesprochene. Zum Datenschutz gehört auch, dass unterwegs nicht am Telefon nicht für andere hörbar über Personendaten gesprochen wird – das gilt auf dem heimischen Balkon genauso wie im Zug oder im Flughafen. „Eine vollkommene Kontrolle des Mitarbeiters in seinen eigenen vier Wänden in Form von uneingeschränktem Zutrittsrecht durch das Unternehmen ist jedoch nicht umsetzbar“, erklärt der Datenschutzexperte. Unternehmen können sich zumindest durch klare Anweisungen und die Dokumentation derer schützen. Datenschutz-Management-Lösungen können helfen, die DSGVO individuell umzusetzen. **□**

Kommunale Selbstverwaltung heute:

Smart, digital, rechtssicher

Aktuelle Fragen zu Datensicherheit und Datenschutz, der Nutzen von Geodaten in der Siedlungs- und Raumplanung vor dem Hintergrund der Herausforderungen im Wohnungsbau und nicht zuletzt die Mobilität- und Verkehrsplanung in Städten und Gemeinden in Zeiten des Klimaschutzes: Diese Themen bestimmen das Programm des inzwischen sechsten Kommunalen GIS-Forum des Runden Tisches GIS e.V. am 20. November im Edwin-Scharff-Haus in Neu-Ulm.

Die ausgewählten Themen machen auch in diesem Jahr erneut deutlich: Allgemeine gesellschaftliche, technische und wirtschaftliche Entwicklungen zeigen sich in den Kommunen als konkrete Aufgaben. Herausforderungen wie Klimawandel, Zuwanderung und Globalisierung müssen vor Ort in den Städten und Gemeinden bewältigt werden. In den Rathäusern stehen Fragen von Fahrverboten, Verkehrssicherheit, Luftreinheit, Baulandausweisung und Nachverdichtung auf der Agenda. Dafür muss die kommunale Selbstverwaltung handlungsfähig bleiben.

Digitalisierung als wichtiges Werkzeug

Die Digitalisierung zahlreicher kommunaler Arbeitsfelder ist dafür ein wichtiges Werkzeug. Dem intelligenten Management kommunaler Geodaten kommt sogar häufig eine Schlüsselfunktion zu. Wie kann dieses Management heute aussehen? Welche Daten werden heute und in Zukunft benötigt? Welche Akteure in und außerhalb der Kommunen liefern Daten oder brauchen Zugang? Welche Rolle spielt der Datenschutz? Welche neuen, intelligenten Anwendungsszenarien für ohnehin vorhandene Daten gibt es?

Darüber diskutieren im Kommunalen GIS-Forum des Runden Tisches GIS e.V. GIS-Verantwortliche und Entscheidungsträger aus Gemeinden, Städten und Landkreisen, GIS-Anbieter und GIS-Dienstleister, Vertreter Staatlicher und Städtischer Vermessungsämter, Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure und Vermessungsbüros, Vertreter der Kommunalen Spitzenverbände, Vertreter der GDIs aus Bayern und Baden-Württemberg sowie Vertreter kommunaler Fachmedien und zahlreiche weitere Gäste.

Das Kommunale GIS-Forum ist damit seit einigen Jahren der Treffpunkt für die Verantwortlichen in Sachen GIS- und Geoinformationen aus Gemeinden und Landkreisen. Die praktische Umsetzung und Anwendung von Geodaten vor Ort in den (Technischen) Rathäusern steht hier im Mittelpunkt. Zugleich schafft das Forum die Gelegenheit zu vielen direkten und informellen Gesprächen zwischen den kommunalen Experten und den Verantwortlichen für das Thema Geoinformationen in Ministerien und Landesbehörden.

Programm und Anmeldung unter: <https://rundertischgis.de/veranstaltungen/kommunales-gis-forum/547-kommunales-gis-forum-2018-2.html>. **□**

Datenschutz to go:

Sicherheit wird bei Nutzung mobiler Endgeräte oft unterschätzt

Im ICE E-Mails beantworten, im Co-Working-Space eine Telefonkonferenz abhalten oder im Homeoffice arbeiten: Agiles und mobiles Arbeiten verlangt von Arbeitnehmern und Arbeitgebern besondere Sensibilität in Sachen Datenschutz. Darauf weist der Datenschutzexperte René Rautenberg von ER Secure hin.

„Längst sind es nicht nur Außendienstmitarbeiter, die außerhalb des Büros geschäftlich tätig sind. Laut einer aktuellen Studie arbeiten inzwischen 38 Prozent aller abhängig Beschäftigten in Deutschland regelmäßig oder zumindest in Ausnahmefällen von zu Hause – unter den jungen Arbeitnehmern ist der Anteil noch höher“, erklärt Rautenberg. „Mobil unterwegs zu sein, bringt viele Vorteile. Unternehmen und Mitarbeiter müssen jedoch einiges beachten.“ Artikel 32 der am 25. Mai in Kraft getretenen DSGVO regelt die Sicherheit der Datenverarbeitung und -verantwortung, was auch für Notebooks und andere mobile Endgeräte gilt.

Der beste Datenschutz nützt nichts, wenn Angestellte und Freiberufler einfachste Regeln nicht beachten. Das fängt laut ER Secure bei speziellen Sichtschutzfolien an und hört bei der Datenverschlüsselung auf. „Notebooks müssen mit Benutzernamen und Kennwort zu sperren sein, sonst kann nicht nur im Falle eines Diebstahls jeder die Unternehmensdaten einsehen“, erklärt Rautenberg. Er empfiehlt Vielreisenden Laptopsschlösser. Die lassen sich zwar aus der Plastikverkleidung reißen und können einen Diebstahl im Ernstfall nicht hundertprozentig ausschließen. „Ein Schloss dient aber der visuellen Abschreckung.“ Zudem rät er, den Laptop und das Smartphone an öffentlichen Orten nicht unbeaufsichtigt zu lassen – wie etwa

auf dem Tisch. Die Gefahr eines physischen Diebstahls ist nicht zu unterschätzen. So werden in Deutschland pro Tag allein rund 600 Smartphones gestohlen – im Jahr also mehr als 200.000 Geräte. An den acht größten Flughäfen Europas verschwinden wöchentlich rund 3.300 Laptops.

Vorsicht vor privaten Apps auf dem Diensthandy

78 Prozent der Deutschen nutzen Smartphones. Jeder fünfte Arbeitnehmer in Deutschland besitzt sogar ein Diensthandy. Problematisch wird es laut Rautenberg, wenn das Dienstgerät privat genutzt werden darf, weil sich die Kontrolle dann dem Unternehmen entzieht. „Welche Nutzung des Diensthandys erlaubt ist und welche nicht, sollten Unternehmen am besten schriftlich festhalten.“ Mitarbeiter bzw. Unternehmen müssen zudem darauf achten, dass keine unbefugten Apps die Kontaktdaten auslesen. Das beste Beispiel sind Messenger-Dienste wie WhatsApp. Wer WhatsApp auf seinem Diensthandy nutzt, leitet automatisch die Telefonnummer all seiner gespeicherten Kontakte weiter. Das ist nicht DSGVO-konform. Aber auch viele kostenlose Apps greifen Daten ab, die für die App-Funktion eigentlich gar nicht notwendig wären. Besonders wenn ein Diensthandy durch bestimmte Apps auch privat genutzt wird, ist dies kritisch. „Große Unternehmen unterbinden da-

her, dass Mitarbeiter eigenständig Apps aufs Handy laden. Kleine Unternehmen sollten Mitarbeiter darüber schriftlich aufklären, dass dies verboten ist“, sagt Rautenberg.

Virtueller Schutz ist Pflicht

Virenschutz, Verschlüsselungslösungen, Anti-Spyware und Firewall sind Pflicht. „Die DSGVO regelt, dass Unternehmen bestmögliche Vorkehrungen ergreifen, um Daten zu schützen“, erklärt Rautenberg. Mit Hilfe von Bestandsaufnahmen, Dokumentationen und Protokollen sollten Unternehmen nachweisen können, dass Mitarbeiter die Daten entsprechend geschützt haben. Zudem sollten Arbeitsnomaden öffentliche WLAN-Hotspots meiden, weil dort die Daten nicht selten unverschlüsselt übertragen werden. Jeder, der in Funkreichweite und in der Lage ist, kann den Datenverkehr sonst mitlesen. Fremde Netzwerke sind zudem schlechter geschützt als gewartete Unternehmensnetze, die bereits frühzeitig Datenattacken vereiteln. Sind Smartphones oder Notebooks hingegen vom Netzwerk getrennt und öffentlich unterwegs, sind sie besonders anfällig für Viren.

Ob virtueller oder physischer Datendiebstahl: Abhängig von den Daten, die auf dem Laptop oder dem Smartphone gespeichert sind, muss dies gemeldet werden. „Unternehmen müssen Mitarbeiter instruieren, gestohlene IT-Geräte unverzüglich zu melden. Je nach Relevanz kann eine Meldepflicht des Unternehmens gegenüber der zuständigen Behörde bestehen“, erklärt Rautenberg.

Vier von zehn deutschen Ar-

Pflicht ab 19. Oktober:

Elektronische Vergabe für europaweite Ausschreibungen

Das Landratsamt Donau-Ries erinnert an eine wichtige Neuerung für Öffentliche Auftraggeber sowie auch für die Handwerksbetriebe und Mittelständler: Europaweite Ausschreibungen öffentlicher Aufträge, wie zum Beispiel für Arbeiten an Schulbauten müssen spätestens ab dem 19. Oktober komplett elektronisch abgewickelt werden. Das bedeutet, alle Schritte des Vergabeverfahrens wie Bekanntmachung, Bereitstellung von Vergabeunterlagen, Kommunikation zwischen Auftraggeber und Bietern und auch die Angebotsabgabe müssen elektronisch erfolgen.

Der Landkreis Donau-Ries hat in den nächsten Jahren vor allem bei seinen Schulbauten, eine Vielzahl von europaweiten Ausschreibungen abzuwickeln. Hierunter fallen z.B. auch Aufträge für die Generalanierungen des Theodor-Heuss-Gymnasiums und der Anton-Jaumann-Realschule Wemding sowie der Neubau des Schulzentrums Rain.

Vorbereitende Maßnahmen

Die Vergabestelle des Landratsamtes hat sich in den letzten Monaten mit der Umsetzung der elektronischen Vergabe auseinandergesetzt und ist auf die Umstellung vorbereitet. Die Vergabeunterlagen werden bereits seit längerer Zeit schon elektronisch zur Verfügung gestellt. Damit auch die Einreichung elektronischer Angebote rechtskonform abgewickelt werden kann, wird der Landkreis künftig die europaweiten Vergabeverfahren für seine Bauvorhaben und sonstigen Aufträge für Lieferungen und Dienstleistungen über die Vergabepattform „Auftrag.Bayern/Deutsche eVergabe“ elektronisch durchführen.

Die Ausschreibungen des Landkreises können weiter, wie auch bisher schon, über dessen Homepage abgerufen werden. Daneben werden die Ausschreibungen und Vergabeunterlagen

auf der Vergabepattform der Deutschen eVergabe veröffentlicht. Die Bieter können sich hier unverbindlich die Vergabeunterlagen ansehen und herunterladen. Für die Abgabe eines elektronischen Angebotes ist eine kostenfreie Registrierung bei der Deutschen eVergabe erforderlich. Eine Anmeldung hat für die Firmen auch den Vorteil, dass diese über den aktuellen Stand des Vergabeverfahrens automatisch informiert werden. Darüber hinaus können registrierte Teilnehmer ein Suchprofil für ihre Firma anlegen und werden dann automatisch über passende Ausschreibungsverfahren informiert.

Der Landkreis wünscht sich auch weiterhin eine rege Beteiligung an seinen europaweiten Ausschreibungen und empfiehlt deshalb den Firmen, sich rechtzeitig auf der Homepage der Deutschen eVergabe im Bereich für Unternehmen zu informieren. Dort sind auch die Kontaktdaten für eine telefonische Beratung zu finden.

Nach und nach sollen auch die nationalen Vergabeverfahren über die Deutsche eVergabe abgewickelt werden. Hier ist jedoch sowohl im Hoch- und Tiefbau als auch bei Lieferungen und Dienstleistungen weiterhin die schriftliche Angebotsabgabe zugelassen. **□**



Würzburg, Hubland, Wohnen am Melchiorpark. Bild: KE

Strategien zur Bereitstellung von Wohnraum

Aktive Liegenschaftspolitik mit kurzen Genehmigungs- und Bauzeiten

Seit Sommer 2014 wurde vom Bundesbauministerium das Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen ins Leben gerufen mit dem Ziel, vor allem in den Verdichtungsgebieten mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Laut einer umfassenden Studie der Hans-Böckler-Stiftung vom April 2018 zufolge fehlen in deutschen Großstädten immer noch rund 1,9 Millionen bezahlbare Wohnungen. Davon 1,4 Millionen, die kleiner als 45 Quadratmeter sind.

Im Abschlussbericht des Bündnisses wurde an die Kommunen die Empfehlung ausgesprochen, eine aktive Liegenschaftspolitik zu betreiben. Wesentlicher Bestandteil für schnelle Bereitstellung von Bauland und die Schaffung von preiswertem Wohnraum sind alternative Bauformen mit kurzen Genehmigungs- und Bauzeiten.

Verschiedene Lösungsansätze

Die LBBW Immobilien Kommunalentwicklung GmbH, kurz KE genannt, als Kompetenzzentrum für Dienstleistungen im Bereich Stadtentwicklung, städtebauliche Erneuerung, Konversion, Bauland- und Grundstücksentwicklung bietet zur Baulandbereitstellung verschiedene Lösungsansätze.

Berechnung der Wirtschaftlichkeit

Der erste Schritt sollte immer eine Wirtschaftlichkeitsberechnung mit einem groben städtebaulichen Konzept beinhalten. Ist diese positiv, kann unmittelbar daran die Mitwirkungsbe-

reitschaft der Eigentümer geprüft werden. Das Ergebnis entscheidet darüber, welches Verfahren zur Anwendung kommt. Sind weitgehend alle Eigentü-



Anselm Hilsheimer.

Bild: KE

mer verkaufsbereit, kann die Kommune oder ein beauftragter privater Erschließungsträger die Grundstücke frei erwerben (Aufkaufmodell).

Sind die Eigentümer jedoch überwiegend nicht verkaufsbereit oder wollen im weiteren Verfahren beteiligt sein, kommt ein freiwillig vereinbartes oder

ein gesetzliches Verfahren in Betracht.

Entwicklungsmaßnahme nach § 165 ff BauGB

Sollte eine ausgeprägte fehlende Mitwirkungsbereitschaft der privaten Eigentümer bestehen, kann die Kommune für ihre zwingend erforderliche Weiterentwicklung eine Entwicklungsmaßnahme

nach § 165 ff BauGB prüfen.

Enteignung – ein Mittel in letzter Konsequenz

Die KE hat gute Erfahrungen damit gemacht, zunächst alle o.g. mildereren Mittel zu prüfen. Dies fordert auch das BauGB und das ist andererseits auch

der transparente und bürgernahe Weg, eine vorgesehene Baulandentwicklung anzugehen. Bei Durchführung einer Entwicklungsmaßnahme gelingt es der Kommune ins Eigentum aller Grundstücke zu kommen. Dabei kann, allerdings erst in letzter Konsequenz, auch enteignet werden.

Das Aufkaufmodell ist mit Abstand das am schnellsten umzusetzende Verfahren. Vor allem in Verbindung mit der Einschaltung eines privaten Erschließungsträgers wie der KE als Treuhänder oder im Grunderwerbsmodell wird die Kommune personell umfassend entlastet. Werden der KE auch der Grunderwerb und die Vermarktung der erschlossenen Grundstücke übertragen, führt dies zu einer vollständigen Abwicklung außerhalb des Haushalts mit deutlichen Kosten- und Zeiterparnissen für die Verwaltung.

Flexibilität für die Kommune

Vor dem Hintergrund einer durch die Kommune maßgeblich gesteuerten Vermarktung und vor allem einer kompletten Bebauung aller Grundstücke (Bauverpflichtung im Kaufvertrag) ist es für die Kommune die beste Lösung, möglichst vollständig im Eigentum der Grundstücke vor Beginn der eigentlichen Baulandentwicklungsmaßnahme zu sein. Eine jeweils passgenau auf die Kommune zugeschnittene Strategie zur Schaffung von Bauland, erhöht, wenn nicht kurz- so doch mittelfristig die Handlungsoptionen und damit die Flexibilität der Kommune. Die KE unterstützt hier mit verschiedenen planerischen und Realisierungsinstrumenten, die auch die finanziellen Spielräume

Ansprechpartner und Geschäftsbereichsleiter Bauland- und Projektentwicklung

Anselm Hilsheimer, anselm.hilsheimer@lbbw-im.de,
Tel. 0711 6454-2143
Ernst Kellermann, ernst.kellermann@lbbw-im.de,
Tel. 0711 6454-2177
www.kommunalentwicklung.de



Ernst Kellermann.

Bild: KE

im Kommunalhaushalt erhalten.

Hilfe durch private Unternehmen

Die Bereitstellung preiswerten Wohnraums ist eine Aufgabe, die viele Kommunen in der gewünschten und von der Politik geforderten Eile kaum leisten können. Hier können private Unternehmen, wie die KE dank ihrer langjährigen Grundstücks- und Bauexpertise den Kommunen umfassende Lösungen in Form eines Komplettpaketes anbieten.

Anforderungen an preiswertes Wohnen

Schnell zu errichten, architek-

tonisch ansprechend, flexibel in der Nutzung und nachhaltig; das sind die Anforderungen an preiswertes Wohnen.

Neben den originären Leistungen wie Standortfindung, Machbarkeitsstudien, Schaffung von Baurecht, Erschließung und den moderierten Verfahren zur Bürgerbeteiligung beinhaltet dieses Paket auch schlüsselfertige Hochbauleistungen, die in Kooperation mit ausgesuchten Bauunternehmen erbracht werden.

So kann entweder eine Holzmodul- oder eine Holzmassivbauweise zur Anwendung kommen. Ein großer Vorteil dabei ist eine sehr kurze Bauzeit und die Flexibilität bei einer Zweit- oder Drittnutzung. □



KE

Menschen
Ideen
Lösungen

LB BW Immobilien
Kommunalentwicklung GmbH
www.kommunalentwicklung.de

Bauland entwickeln



Bauland vermarkten

Die KE ist Ihr Partner bei der Entwicklung und Vermarktung von Bauland und seit 45 Jahren einer der führenden Sanierungs- und Erschließungsträger in Süddeutschland.

Besuchen Sie uns
am Messestand
B1.120



Technologietransferzentrum kommt nach Günzburg

Staatsministerin Prof. Dr. med. Marion Kiechle überbringt freudige Nachricht persönlich

In Günzburg wird das erste Technologietransferzentrum (TTZ) der Hochschule für angewandte Wissenschaften Neu-Ulm errichtet. Der Freistaat Bayern investiert 4,3 Millionen Euro. Ziel ist es, Wissen aus der Forschung in die Unternehmen zu bringen.

Die Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Prof. Dr. med. Marion Kiechle, sicherte ihre Unterstützung für das TTZ im Günzburger Rathaus

zu. „Seit 2009 sind die Technologietransferzentren ein Erfolgsmodell der bayerischen Hochschulpolitik. Technologietransferzentren sind in mei-

nen Augen eine hervorragende Möglichkeit, die klein- und mittelständischen Unternehmen in der Region gezielt zu unterstützen, wo sie zum Teil aufgrund ihrer geringeren Größe Unterstützung im Wettbewerb brauchen“, erklärte Staatsministerin Kiechle. „Ich werde mich dafür einsetzen, dass die notwendige Anschubfinanzierung in Höhe von 4,3 Millionen Euro für die ersten fünf Jahre in den Doppelhaushalt 2019/2020 eingestellt wird“, so die Ministerin weiter. Dem Antrag der Hochschule Neu-Ulm wird somit stattgegeben und im Haus der Bildung in Günzburg das insgesamt 18. TTZ des Freistaates Bayern eingerichtet.

Stärkung der Stadt

„Heute ist ein guter Tag für unsere Stadt, für unsere Wirtschaftsregion, für unsere Hochschulen. Die Zusammenarbeit von Hochschule und Unternehmen bei uns in Günzburg und der ganzen Region stärkt die Stadt

als Bildungs- und Wirtschaftsstandort“, freute sich Oberbürgermeister Gerhard Jauernig. Mit dem Zukunftsthema „Big Data basiertes Marketing“ kommt in enger Kooperation mit der Hochschule Neu-Ulm ein Schwerpunkt nach Günzburg, der Unternehmen hilft, die Herausforderung Digitalisierung erfolgreich zu meistern. Die Stadt Günzburg stellt die Fläche von 450 qm im zweiten Obergeschoss des Hauses der Bildung zur Verfügung.

Seit eineinhalb Jahren liefern zwischen Hochschule und Stadt intensive Gespräche, um das TTZ zu realisieren. Ein durchdachter Antrag der Hochschule Neu-Ulm, den die Stadt Günzburg unterstützte und die Infrastruktur für das Projekt stellt, überzeugte das Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst. Oberbürgermeister Gerhard Jauernig sieht die gemeinsamen Bestrebungen von Stadt- und Landespolitik bestätigt. „Das TTZ unterstreicht die Kompetenz der Hochschule Neu-Ulm im Bereich Digitalisierung und Big Data und ergänzt idealerweise vorhandene Studiengänge um den für Hochschulen so wichtigen Bereich des Technologietransfers aus der Wissenschaft in die Praxis“, äußert sich Prof. Dr. Olaf Jacob, der Vizepräsident für Forschung und Digitalisierung der Hochschule Neu-Ulm.

Digitales Marketing

Das TTZ ist als Plattform zur Beratung, zum Ideenaustausch und Wissenstransfer gedacht und führt in Kontakt mit Unternehmen Projekte zum Digitalen Marketing durch. Zielgruppe sind die in der Region ansässigen klein- und mittelständisch geprägten Wirtschaftsunternehmen, die noch nicht über eine entsprechende Expertise im Bereich des Digitalen Mar-



Austausch zwischen den Landkreisen

Ähnliche Größe, nahezu gleich viele Einwohner, eine fast identische Struktur: Schon auf den ersten Blick zeigen sich die Gemeinsamkeiten zwischen den Landkreisen Passau und Traunstein. Diese Vergleichbarkeit ist auch der Grund dafür, dass sich der Passauer Landrat Franz Meyer (links) und sein Traunsteiner Kollege Siegfried Walch immer wieder zu Arbeitsgesprächen treffen, zuletzt im Passauer Landratsamt. Verschiedene Themen standen dabei auf der Tagesordnung, unter anderem der kommunale Finanzausgleich. Auch die Herausforderungen der Integration von Flüchtlingen sind für die beiden Landräte von Grenz-Landkreisen zu Österreich ein wichtiges Thema. Der Austausch zwischen „Oberbayern und Niederbayern ist mir wichtig“, betonte Landrat Franz Meyer auch in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Bezirksverbandes Niederbayern im Landkreistag. □



Stadt, Landkreis, Bezirk und Landespolitik freuen sich über die Kooperation von Hochschule und Wirtschaft für die Zukunft des Freistaats.

Bild: Julia Ehrlich/Stadt Günzburg

U18-Wahlen am 5. Oktober 2018

Im Interesse einer nachhaltig starken Demokratie ist es nach Überzeugung von Landrat Leo Schrell von großer Bedeutung, bei jungen Menschen möglichst frühzeitig die politische Bildung zu fördern und sie dafür zu begeistern.

Deshalb begrüßt Schrell die Initiative des Bayerischen Jugendrings (BJR) zur Durchführung der U18-Wahlen im Zusammenhang mit der am Sonntag, 14. Oktober 2018, stattfindenden Landtags- und Bezirkstagswahl in Bayern. Gleichzeitig dankt er den Verantwortlichen des Kreisjugendrings, in Kooperation mit dem Arbeitskreis Jugendarbeit des Kreisjugendamtes im Landkreis Dillingen am Freitag, 5. Oktober 2018, unter 18-jährigen Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich an dem Projekt zu beteiligen.

Bei einem Pressegespräch stellte Leo Schrell gemeinsam mit dem Geschäftsführer des

Kreisjugendrings Dillingen, Boris Schenk, das Prozedere dazu vor. Im Prinzip funktioniert die U18-Wahl wie die reguläre Wahl in Wahllokalen mit Stimmzetteln, Wahlkabinen und Wahlurnen. Im Landkreis Dillingen haben die unter 18-Jährigen am 5. Oktober 2018 von 10:00 Uhr bis 18:00 Uhr in den Jugendcafés in Dillingen, Gundelfingen und Lauingen sowie im Jugendhaus Wertingen und bei der evangelischen Jugend in Dillingen die Möglichkeit zu wählen. Außerdem wird der Kreisjugendring ein mobiles Wahllokal einsetzen.

Der Bayerische Jugendring (BJR) führt schon seit Jahren

die U18-Wahl vor Bundestags-, Landtags- und Bezirkswahlen durch. Die Idee zu U18-Wahlen entstand 1996 in einem Jugendklub in Berlin und wächst seitdem stetig. Bei der ersten Durchführung 1996 gab es ein einziges Wahllokal. Bei der Bundestagswahl 2017 gingen knapp 220.000 Kinder und Jugendliche in über 1.660 Wahllokalen im ganzen Bundesgebiet wählen.

Notwendige politische Bildung

Rückenwind erfährt die Aktion auch durch den 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung. Darin werden die Akteurinnen und Akteure der Jugendarbeit dazu aufgefordert, das Politische ihrer Arbeit sowie die Notwendigkeit zu politischer Bildung neu zu erkennen

und wiederaufleben zu lassen. Zudem sollen entsprechende Ideen und Angebote der aktiven Beteiligung und des handelnden Engagements entwickelt werden.

Das Projekt der U18-Wahlen wird vom BJR koordiniert, der hierfür Materialien zur Verfügung stellt. Im Optimalfall ist die U18-Wahl mehr als der reine Wahlakt. So ist das Projekt in die Vor- und Nachbereitung von Maßnahmen der politischen Bildung eingebunden.

Insgesamt sind in Bayern be-

reits über 300 Wahllokale angemeldet. Dies stellt einen Teilnehmerrekord dar, nachdem es bei den Wahlen 2013 und 2017 jeweils nur knapp 190 Wahllokale waren.

Für interessierte Organisationen besteht noch die Möglichkeit sich an der Aktion zu beteiligen. Die Anmeldung erfolgt über die Webseite des Bayerischen Jugendrings unter www.bjr.de/wahlen. Dort werden am Wahlabend nach 18:00 Uhr auch die Ergebnisse veröffentlicht. **Hurler**

Pschierer startete Initiative „Digitale Hörnerdörfer“

Bayerns Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer startete in Balderschwang den Bürgerdialog für die Initiative „Digitale Hörnerdörfer Allgäu“. Darüberhinaus weihte er das neue Touristeninformationszentrum sowie die mit dem Dorfgarten neugestaltete Ortsmitte ein. Für beide Maßnahmen hat das Wirtschaftsministerium knapp eine Million Euro bewilligt.

Pschierer: „Für die Digitalen Hörnerdörfer werden wir fünf Millionen Euro bereitstellen: 3,5 Millionen kommen vom Wirtschaftsministerium und 1,5 Millionen Euro für den Breitbandausbau vom Finanzministerium. Mit wissenschaftlicher Unterstützung werden wir hier neue Konzepte testen. Wichtig ist dabei, dass davon Impulse ausgehen, von denen auch andere Kommunen in Bayern profitieren können.“

In den beiden zur Verwaltungsgemeinschaft Hörnergruppe gehörenden Gemeinden Balderschwang und Obermaiselstein werden Maßnahmen erprobt, die im Rahmen der Gesamtinitiative „Digitales Dorf“ andernorts bereits erfolgreich umgesetzt wurden - etwa im Tourismus. Weitere Maßnahmen bieten sich im Bereich der Telemedizin und beim On-

line-Learning an. Aktuell werden erste Ideen ausgewertet.

Der Dialog mit den Bürgern, für den Pschierer den Startschuss gab, soll sicherstellen, dass Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung aufgenommen und die Projekte am Bedarf ausgerichtet werden. Die Umsetzung ab Anfang 2019 wird von der Technischen Hochschule Deggendorf und der Fraunhofer Gesellschaft begleitet, die Hochschule Kempten wird eng eingebunden.

Pschierer erhofft sich durch neue digitale Techniken auch eine Entlastung der Ballungsräume: „Wenn wir die Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen, profitieren sowohl der ländliche Raum als auch die Ballungsräume. Sie ist deshalb auch ein Erfolg versprechendes Mittel, um gleichwertige Lebensbedingungen überall in Bayern zu realisieren.“ □



Neu-Ulm:

Digitalisierungsoffensive für die Landkreisschulen

Rund 3 Millionen Euro hat der Landkreis Neu-Ulm seit 2011 in die digitale Ausstattung seiner Schulen investiert. Daran anknüpfend sollen in den nächsten Jahren zusätzliche passgenaue Investitionen folgen. „Wir wollen unsere Schulen bestmöglich bei der Digitalisierung unterstützen und dabei unserem hohen Anspruch als erste Bildungsregion in Bayern weiter gerecht werden.“ Das versicherte Landrat Thorsten Freudenberger bei einem Meinungs- und Erfahrungsaustausch im Landratsamt mit den Schulleitern und IT-Systembetreuern aller Realschulen, Gymnasien, beruflichen Schulen und Förderschulen im Landkreis Neu-Ulm.

Unser Bild zeigt von links: Landrat Thorsten Freudenberger, Dr. Ansgar Batzner (Fachlicher Leiter des Staatlichen Schulamtes Neu-Ulm), Klaus Hlawatsch (Berufsschulen Neu-Ulm und Illertissen), Dr. Ralf Schabel (Illertal-Gymnasium Vöhringen), Dr. Maike Tholen (FOS/BOS Neu-Ulm), Klaus Schneikart und Gerald Lahmer (beide Nikolaus-Kopernikus-Gymnasium Weißenhorn), Mark Lörz (Bertha-von-Suttner-Gymnasium Neu-Ulm/Pfuhl), Oliver Eschenbach (Realschule Vöhringen), Johannes Wehr (Wilhelm-Busch-Schule Illertissen/Weißenhorn), Dieter Lücke (Christoph-Probst-Realschule Neu-Ulm), Angelika Kremer (Rupert-Egenberger-Schule Neu-Ulm/Pfuhl), Marcus Zimmermann-Meigel (Lesing-Gymnasium Neu-Ulm), Peter Hausladen (Christoph-Probst-Realschule Neu-Ulm), Stefan Vielweib (Inge-Aicher-Scholl-Realschule Pfuhl).

Bild: Jürgen Bigelmayr (Landratsamt Neu-Ulm)

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle

Redaktion:
Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Jakob Döring
Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:
Lutz Roßmann (Landtag)
Jörg Kunstmann (KPv)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebs:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 52 vom 01.01.2018
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.



Wichtige Herausforderungen im Pflegebereich diskutierte die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU im Nürnberger Land.

KPV-Pflegetour:

Der Mensch im Mittelpunkt

Zusammen mit Bezirkstagspräsident Richard Bartsch, Landtagsabgeordnetem Norbert Dünkel und Bezirksrat Dr. Bernd Eckstein hat die Kommunalpolitische Vereinigung der CSU im Nürnberger Land eine „Pflegetour“ unternommen und unterschiedliche Einrichtungen im Nürnberger Land besucht. Dabei wurde schnell deutlich, dass die Themen Fachkräftemangel, Wertschätzung und Digitalisierung wichtige Herausforderungen im Pflegebereich sind.

Den Auftakt der „Pflegetour“ machte ein Besuch bei der Caritas Tagespflege in Schnaittach, bei dem neben der Einrichtungsleiterin Britta Poschner auch Caritas-Vorsitzender Wolfgang Würker, Geschäftsführender Vorstand Michael Groß, die Caritas-Ehrenvorsitzende Angela Henke und Aufsichtsratsmitglied Tanja Riedel anwesend waren. Seit 21 Jahren besteht die Einrichtung, die im Raum Schnaittach gut angenommen wird und auch flexibel auf den Bedarf der betreuenden Angehörigen reagieren kann. Durch diese Flexibilität ist jedoch in der Tagespflege die Refinanzierung immer in der Diskussion, da die Einrichtungen

keine konstanten Betreuungszahlen aufweisen können.

Fachkräftemangel

Darüber hinaus wurde das Thema Fachkräftemangel diskutiert. In Schnaittach schätzt man sich jedoch glücklich, genügend Personal vorhalten zu können. Der demographische Wandel zeige jedoch, dass in Zukunft ein großer Bedarf in diesem Bereich bestehen wird. Landtagsabgeordneter Norbert Dünkel erläuterte hier seinen Vorstoß, die starre Fachkraftquote im Pflegebereich zu überdenken. „Gerade Wiedereinsteiger, für die eine Ausbildung

in Teilzeit machbar ist, könnten hier Chancen nutzen“, so Dünkel. Zu diesem Thema stehen jedoch noch Diskussionen mit den Verbänden aus.

Die zweite Station bildete das neue Karl-Heller-Stift in Röthenbach, das als neues Angebot eine „Pflege-Oase“ für schwer demente Bewohner anbietet. Stolz stellte Ursula Esslinger, die Heimleitung, das Konzept vor. Hier können bis zu acht schwer pflegebedürftige Menschen untergebracht werden. „Die Stadtmission hat sich besonderes Fachwissen im Bereich Demenz angeeignet und genießt hier einen guten Ruf“, so KPV-Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl.

Mit Herz und Verstand

Wie in den ersten beiden Einrichtungen wurde auch in der dritten Station, dem neuen Seniorenzentrum Altdorf „Haus am Pfaffental“ über die Wertschätzung der Arbeit von Pflegekräften diskutiert. Heimleitung Christa Wild, die mit weiteren Kollegen des Trägers der Diakonie Neuenhütten anwesend war, erläuterte die Anforderungen an eine Pflegekraft, die neben Fachwissen auch „Herz und Verstand“ mitbringen müsse. Ein wichtiger Punkt sei hier neben der tariflichen Bezahlung auch eine Wertschätzung durch die Gesellschaft. Im neuen Haus am Pfaffental, das Ende September offiziell eröffnet wird, sind derzeit zwei von drei Stockwerken belegt. „Hätte ich mehr Personal, könnten wir den dritten Stock sofort belegen“, so Wild.

Bezirkstagspräsident Richard Bartsch machte deutlich, dass in der CSU sowohl auf kommunaler Ebene als auch in Land und Bund viele Initiativen eingebracht wurden wie z. B. das bayerische Landespflegegeld von 1.000 Euro pro Jahr. Wichtig seien für ihn auch eine bessere Wertschätzung von Pflegekräften und eine einheitliche Tarifbindung. MdL Norbert Dünkel ergänzte, dass auch pflegende Angehörige stärker entlastet werden müssen, z. B. durch eine Aufstockung von Kurzzeitpflegeplätzen.

Digitalisierung hält Einzug

Die Digitalisierung hält auch in der Pflege Einzug. Auf Nachfrage von KPV-Kreisvorsitzender Cornelia Trinkl wurde deutlich, dass hier in den verschiedenen Einrichtungen derzeit viel im Umbruch sei. Neue technische und digitale Lösungen sollten die Menschen im Alltag entlasten, z. B. bei der Dokumentation, und bei der Pflege unterstützen. „Bei unserer Pflegetour wurde in allen Einrichtungen deutlich: im Mittelpunkt muss immer der Pflegebedürftige stehen, nicht die Bürokratie“, so Trinkl abschließend.

GZ

GESTERN
hat mein Chef gesagt ...

„Die Frage von bezahlbarem Wohnraum wird tatsächlich immer stärker zu so etwas wie einer neuen sozialen Frage. Auch bei uns explodieren Mieten und Grundstückspreise.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hatte zum Runden Tisch Wohnen ins Rathaus geladen und sah sich in seinen Befürchtungen bestätigt.

Wir sind irgendwie die Opfer des eigenen Erfolgs. Jahrelanges Wirtschaftswachstum, ein guter Branchenmix, attraktive Bildungsangebote, ein hoher Freizeitwert und nicht zuletzt ein Arbeitsmarkt, der so aufnahmefähig für Arbeitskräfte ist wie ein trockener Schwamm für Wasser haben ganz Bayern zu einem Hotspot für Zuwanderung werden lassen. Jetzt nicht so sehr für Flüchtlinge, die

war da das Vertrauen in den Markt, der es schon richten würde. Was wir nicht bedacht hatten: In den letzten Jahren wurde alles getan, um den Bau oder den Ausbau von Wohnraum so unattraktiv wie möglich zu machen. Ich meine damit gar nicht die Mietpreislösung. Die ist nur eine Neidstrafe für die privaten Vermieter, die nicht jede legale Möglichkeit der Mieterhöhung im laufenden Vertrag kalt

und systematisch nutzen. Nein, es sind die Bauauflagen und Standards, die den Mietwohnungsbau unattraktiv und den Eigentumserwerb unerschwinglich machen. Energieeffizienz, Brandschutz und Umweltauflagen heißen die apokalyptischen Reiter, die das Bauen verteuern, bis es unattraktiv wird. Dazu kommen systematische Einschränkungen in der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Investitionen und Einschränkungen in der Möglichkeit, Modernisierungskosten auf die Miete umzulegen.

Wenn man das alles zusammennimmt und noch die alte Weisheit der Privatvermieter beherzigt, dass eine Axt nicht mitten in der Nacht anruft und von einem Defekt der Heizung berichtet, dann weiß man, wo es am Wohnungsmarkt hakt. Dennoch wird das Heil in immer mehr Regulierung gesucht, statt in weniger. Stichwort Veränderungssperre. Klar mag es auf den ersten Blick preisdämpfend wirken, wenn in bestimmten Gegenden dem Vermieter verboten wird, das alte Klo mit Druckspülung und ohne Heizung zu erneuern und die ökologisch fragwürdige Badewanne durch eine barrierefrei zugängliche Dusche zu ersetzen. Aber was passiert, wenn der aktuelle Mieter auszieht? Die Bruchbude wird zum Ladenaufbewahrungsort.

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ratlos. Soll er verdichten? Soll die Stadt in die Höhe wachsen? Sollen wir neue Baugebiete erschließen? Immer wird es Protest, Einsprüche, endlose Planungsverfahren, Bürgerbegehren geben. Und dann komme auch noch ich mit einem Satz Friedensreich Hundertwassers: „Bei der Stapelung der Wohnungen nach oben geht zuerst der Mensch zugrunde und dann die Natur. Bei der Stapelung in die Breite läuft es umgekehrt.“

Vernachlässigte Wohnungspolitik

schön langsam zum Sündenbock für alles erhalten müssen. Es geht um die Binnenwanderung aus Deutschland und der EU, die uns gut ausgebildete Neubürger mit tollen Jobs beschert. Freilich stellen diese auch entsprechende Ansprüche an Wohnen.

Beim Thema Wohnraum waren wir in der Stadt, Hand aufs Herz, nicht so agil und vorn dran wie bei der Wirtschaftsförderung und der Ausweisung von Gewerbeflächen. Irgendwie lag der Gedanke zwar nicht fern, dass bei expandierender Wirtschaft auch mehr Arbeitnehmer gebraucht würden und ein Zuzug von qualifizierten und damit gut bezahlten Arbeitnehmern auch steigende Ansprüche an das Wohnungsangebot nach sich ziehen würden. Andere Faktoren hätten wir ebenso sehen können: Die Familien werden wieder größer. Wenn sich Menschen entscheiden, ihr Singledasein aufzugeben und eine Familie zu gründen, geht der Trend eindeutig wieder zu zwei oder mehr Kindern. Die Folge: Größere Wohneinheiten werden gebraucht. Andererseits bleiben immer mehr ältere Leute immer länger in ihren vier Wänden. Dank besserer medizinischer Versorgung und mehr ambulanter Unterstützungs- und Pflegeangebote. Plump ausgedrückt sitzt dann die betagte Witwe in der Fünfstückerwohnung, die die fünfköpfige Familie verzweifelt sucht.

Was ist schiefgegangen, dass wir die Entwicklung so gar nicht sahen? Zunächst mal

the
Sabrina

Konstituierung der Regiopolregion Mainfranken:

Für einen vitalen Wirtschaftsraum

Der Rat der Region Mainfranken fand sich jüngst in der Residenz Würzburg zur Konstituierung der Regiopolregion Mainfranken ein. Ausgangspunkt der Initiative war die Einstufung Würzburgs als Regionalzentrum im Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) und der dort verankerten Möglichkeit zur Bildung eines Kooperationsraums.

Wie Schweinfurts Oberbürgermeister Sebastian Remelé, Vorsitzender der Gesellschafterversammlung, der neben den beiden kreisfreien Städten Würzburg und Schweinfurt die Landkreise Bad Kissingen, Haßberge, Kitzingen, Main Spessart, Rhön-Grabfeld, Schweinfurt und Würzburg sowie die IHK-Würzburg-Schweinfurt und die Handwerkskammer für Unterfranken angehören, hervorhob, sei damit die Tür in eine neue Dimension regionaler Zusammenarbeit geöffnet worden. Durch diese Tür gelte es gemeinsam zu gehen, indem die Regionalentwicklung, das Standortmarketing sowie die regionalpolitische Willensbildung weiter ausgebaut werden.

Gewachsenes Standortsystem

Für Würzburgs Rathauschef Christian Schuchardt ist die landesplanerische Aufwertung seiner Stadt vom Oberzentrum zum Regionalzentrum gleichzusetzen mit einer Aufwertung der gesamten Region als gewachsenes Standortsystem mit vielfältigen Interaktionsbeziehungen

und spezifischen Kompetenzen in Stadt und Land. Schuchardt betonte, dass es sich dabei keineswegs um einen „Titel ohne Mittel“ handle.

Vorteile im Wettbewerb

„Als Regiopolregion haben wir Wettbewerbsvorteile gegenüber vergleichbaren Wirtschaftsstandorten, etwa bei zentralörtlichen Funktionszuweisungen oder Infrastrukturentscheidungen. Außerdem können wir unseren Bekanntheitsgrad durch eine einheitliche Dachmarkenkommunikation bundesweit und international erhöhen.“

Bündelung der Interessen

Landtagspräsidentin Barbara Stamm zufolge ist die Einführung von Regionalzentren als neue zentralörtliche Stufe im LEP und eng damit verbunden die Schaffung von Regiopolregionen maßgeblich auf das Engagement des Rats der Region zurückzuführen. Dieser Erfolg sei nur möglich gewesen, weil Interessen gebündelt wurden. Den Weg unter

dem Dach der Region Mainfranken GmbH zu gehen, sei eine Entscheidung zum Wohle der Menschen in Mainfranken.

Justizminister Prof. Dr. Winfried Bausback gratulierte als Repräsentant der Bayerischen Staatsregierung der Region zur Entwicklungspartnerschaft auf Augenhöhe und ermutigte dazu, die damit verbundenen Chancen offensiv zu nutzen und das Prädikat Regiopolregion mit Leben zu füllen.

Ziele gemeinsam formulieren

Landrat Thomas Habermann (Rhön-Grabfeld) verwies schließlich auf den Ausbau der eigen-dynamischen Entwicklung des Technologiestandorts Mainfranken und die Bewältigung des Fachkräftemangels als die zentralen Zukunftsaufgaben der Region Mainfranken GmbH. Vor diesem Hintergrund ist es aus seiner Sicht wichtig, zu einer Stadt-Land-Partnerschaft zusammenzufinden zu haben, in der aus Verständnis Selbstverständnis wurde. „Wenn wir uns alle weiterhin als Mainfranken begreifen, gemeinschaftliche Ziele formulieren und alle an einem Strang in die gleiche Richtung ziehen, dann wird Mainfranken ein vitaler Wirtschaftsraum bleiben“, zeigte sich Habermann überzeugt. **DK**



Von links: Landrat Stefan Rößle, Regionalmanager Klemens Heininger, Konversionsmanagerin Barbara Wunder und Staatssekretär Dr. Hans Reichhart.

Bild: Stefanie Fieger (LRA)

Regionalentwicklung im Donau-Ries:

600.000 Euro vom Freistaat

Finanz- und Heimatstaatssekretär Dr. Hans Reichhart übergibt Landrat Stefan Rößle Förderbescheide in Höhe von 600.000 Euro. Mit den Mitteln für das Regional- und Konversionsmanagement sollen weiterhin Zukunftsprojekte im Landkreis umgesetzt werden.

Zukunftsthemen wie der demographische Wandel, Siedlungsentwicklung, Fachkräftesicherung und Digitalisierung beeinflussen den Landkreis Donau-Ries. Zweck und Aufgabe des Regional- und Konversionsmanagements im Landkreis Donau-Ries ist es daher, diese Themen zu begleiten und bei Problemen aktiv zu werden. Die zwei Initiativen werden nun weiterhin vom Freistaat unterstützt.

„Mit einer finanziellen Förderung helfen wir der Region dabei, ihre Stärken auszubauen und vorhandene Potentiale noch gezielter zu nutzen“, erklärt Finanz- und Heimatstaatssekretär Dr. Hans Reichhart bei der Übergabe von zwei Förderbescheiden in Höhe von insgesamt 600.000 Euro in Donauwörth. Er unterstrich die Vorbildfunktion des Landkreises im Bereich des Regional- und Kon-

versionsmanagements, die zur weiteren Stärkung der Region bereits nachhaltig beigetragen habe. Dieser Weg werde nun konsequent fortgeführt.

Landrat Stefan Rößle betont die Wichtigkeit der Förderung vor der Herausforderung des demographischen Wandels. „Mit der Förderung unserer Regionalentwicklung können wir Projekte in wichtigen Bereichen realisieren und den Landkreis fit für die Zukunft machen“, so Rößle. So wird Regionalmanager Klemens Heininger Zukunftsprojekte im Bereich Bildung und Identität, Konversionsmanagerin Barbara Wunder im Bereich Flächenmanagement und Regionalität umsetzen. Für die Förderungen wurden Projektkonzepte eingereicht, die mit Unterstützung der Regierung von Schwaben erarbeitet wurden.

Schwabentag 2018 in Nördlingen:

Fest der Regionen

Mit einer Besonderheit wartete die Stadt Nördlingen als Veranstalterin des 11. Schwabentags auf. Sie bettete das große Bezirksfest der Schwaben ein in ihr bewährtes CittàSlow-Festival. Der aus Italien kommende und mittlerweile europaweit verbreitete Festivalgedanke steht als Marke für Gemeinden, Städte und Regionen, die sich um eine bestmögliche Lebensqualität für ihre Bürgerinnen und Bürger bemühen. Das kulturelle und kulinarische Festival läuft unter dem Motto Nachhaltigkeit und Gastfreundschaft.

Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert lobte bei der feierlichen Eröffnung am Marktplatz die „bestechende Idee“, diesen Tag in Nördlingen zu feiern. Ge-

Dillingen und Neu-Ulm. Auch Rain am Lech und Kempten waren mit Infoständen vertreten.

Übereinstimmend betonten sowohl Reichert als auch Nördlingens Oberbürgermeister Hermann Faul, dass Kultur die Menschen zusammenbringt, Überliefertes mit Neuem verbindet und den Kitt der Gesellschaft bildet. CittàSlow bietet den geradezu idealen Rahmen für den Schwabentag, der bereits in elf Städten und auch in kleineren Gemeinden stattgefunden hat.

Nach der Eröffnung begeisterte das „Bezirks Oldie Orchester“, ehe von allen fünf Stadttoren elf Musikkapellen des Allgäu-Schwäbischen Musikbundes zum Marktplatz marschierten. Abschluss und Höhepunkt war ein Gemeinschaftskonzert von über 500 Musikanten unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden des Musikbundes, Theo Keller. Unter weißblauem Himmel feierten die Bürger den Schwabentag und informierten sich bis in den frühen Abend über die Schönheiten ihrer Heimat. **DK**



Schwabens Bezirkstagspräsident Jürgen Reichert.

rade die Ziele der CittàSlow-Vereinigung seien auch der Grundgedanke des Schwabentages. Die Vielfalt des Regierungsbezirks präsentierten Informationsstände der Landkreise Donau-Ries, Aichach-Friedberg, Günzburg,



Schnell und unkompliziert ist die richtige Stimmung für die winterliche Jahreszeit geschaffen. **DK**

AWAG Fahnen und Fahnenmasten:

Weihnachtsbeleuchtung einmal anders

In wenigen Monaten ist Advent, und wie alle Jahre stehen Städte und Gemeinden vor der Aufgabe, einen Weihnachtsbaum auf dem Stadtplatz oder vor dem Rathaus zu platzieren. Schließlich soll es zur Weihnachtszeit funkeln und leuchten - aber Lichtdesign ist zeitaufwendend und teuer.

Die Lösung bieten AWAG Fahnen und Fahnenmasten in Winter: Mit einer Lichterkette für Fahnenmasten wird ein Fahnenmast schnell und unkompliziert in einen leuchtenden Weihnachtsbaum verwandelt.

Fahnenmasten stehen meistens ohnehin bereits an exponierter Stelle, wo sie von Bürgern und Gästen besonders beachtet werden. Mit wenigen Handgriffen wird die LED-Lichterkette aufgebaut und am Mast hochgezogen. Somit ist die richtige Stimmung für die winterliche Jahreszeit geschaffen.

Falls kein Fahnenmast zur Verfügung steht, kann die Weihnachtsbeleuchtung auch komplett mit passendem Fahnenmast geliefert werden. Nach Weihnachten können dann wieder die Stadtfahnen oder Wer-

befahren aufgehängt werden.

Die LEDs weisen eine interessante Anordnung auf: Die Fahnenmast-Beleuchtung besteht aus starken, frostbeständigen, flexiblen Gummikabeln, die an Ringen befestigt werden und so die Weihnachtsbaum-Form ergeben. Je nach Höhe des Fahnenmasts sorgen 640 bis 4.000 warm-weiße LED-Lampen für eine stimmungsvolle Beleuchtung bei geringem Stromverbrauch. Zusätzliche Sturmleinen, Sicherungsseil und Spannagel verhindern ein Drehen um den Mast. Das System ist kompatibel mit Masthöhen von 4,2 bis 10 Metern.

Ein Klassiker neu aufgelegt: Weihnachtsbeleuchtung einmal anders.

Weitere Informationen unter www.awag.de **DK**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen Beilagen des Verbands der Bayerischen Entsorgungsunternehmen (VBS), der Landesgewerbeanstalt Bayern (LGA) sowie unsere Einladung zum 6. Bayerischen BreitbandForum bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. **DK**

1200 Jahre Kirchberg und Finning

Die Gemeinde Kirchberg im Landkreis Erding und Finning am Ammersee haben jeweils im Rahmen von Festwochenenden ihr 1200-jähriges Bestehen gefeiert.

Die erste urkundliche Erwähnung Kirchbergs datiert vom 29. Januar 818 aus Anlass eines Pontifikalamtes des Freisinger Bischofs Hatto in der Kirche von „Cozoltosdorf“, ein Name, der sich erst gegen Ende des Mittelalters in „Kirchberg“ änderte. Kirchberg gehörte zum Rentamt Straubing und zum Landgericht Regen des Kurfürstentums Bayern. Die heutige Gemeinde entstand erst im Jahre 1818. Der landschaftsprägende Kirchenbau stammt aus dem Jahr 1729.

Patroziniumsfest

Mit eingebettet in das Festwochenende wurde das traditionelle Patroziniumsfest der Kirchenpatrone Petrus und Paulus. Denn die Gemeinde hat nicht nur von der Ortschaft Kirchberg ihren Namen, sondern trägt nach Angaben von Bürgermeister Johann Grandinger auch die Attribute der beiden Patrone, nämlich Schlüssel und Schwert, in ihrem Gemeindegewand.

Den Auftakt des Festwochenendes in Finning bestritt Martina Schwarzmann, gefolgt von einem bayerischen Abend, an dem diverse Teams ihr Können im Mehrkampf zeigten und

Blaskapellen mit einem Sternmarsch das Zelt füllten.

Spaß für die ganze Familie brachten verschiedene sportliche Wettbewerbe, für Unterhaltung sorgten Karussell und Trampolin. Höhepunkt des Wochenendes war der Festsonntag. Mit Gottesdienst und großem Festumzug (über 70 Vereine) war Finning in Feierstimmung. Zudem waren tagsüber zahlreiche Ballonfahrer im Einsatz.

Charmantes Dorf

Wie 1. Bürgermeister Siegfried Weißenbach hervorhob, „hat sich unser Dorf über die Jahrhunderte sehr verändert“. Aus drei Ansiedlungen – Oberfinning, Unterfinning und Entraching – sei im 20. Jahrhundert die Gemeinde Finning entstanden.

„Unser charmantes Dorf ist immer noch landwirtschaftlich geprägt, obwohl sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten in unserem Gewerbegebiet viele erfolgreiche Unternehmen angesiedelt haben. Sie und viele kleine und mittelständische Betriebe sorgen mit ihren Gewerbesteuern dafür, dass es unserer Gemeinde gut geht“, konstatierte Weißenbach. **DK**

LIEFERANTEN



NACHWEIS

Absperrpfosten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 643

Hugo Knödler GmbH
www.absperrpfosten.com

Abzeichen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23

AVA-Software



Energiedienstleistung



Fahnenmaste + Fahnen



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstraße 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-5527-23



Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Fahnenmasten



Heinkelstraße 44,
71384 Weinstadt
Tel.: 07151/99 51 641

Hugo Knödler GmbH
www.fahnenmast.com

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Masing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

CONSTANZE VON HASSEL
Telefon 08171.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Hydraulik Anbaukomponenten



Hydraulische Generatoren, Hochdruckwasserpumpen, Kompressoren, Schweißgeräte, Magnetanlagen, Straßen- und Rohrreinigungsanlagen, Vibrationspumpen, Staubbindungssysteme, Tauchpumpen, Bohrflüssigkeitspumpen

PT-Hydraulik Vertrieb OHG
Untereggr. 15 · 86971 Peiting · Tel. +49 88 61/24 69-100
info@pt-dynaset.de · www.pt-dynaset.de

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de



Sie finden uns auf Twitter und Facebook:

www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Nutzfahrzeuge



www.volkswagen-nutzfahrzeuge.de/kommunen-und-behoerden

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk GmbH & Co. KG · Daimlerstr. 2 · 35702 Haiger
Telefon: 02773 821256 · Fax: 02773 8212-18
professional@hailo.de · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER

Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Straßenbeleuchtung



LEDiKit® Streetlight

Digital LED-Upgrade
bestehender Straßenleuchten
mit Verstand und Verantwortung.



Weitere Informationen:
T 0861 90992040 www.laternix.de

Weihnachtsbeleuchtung



weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshändler für **Globe Star**
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!

Veranstaltungsort

Forum am Hofgarten
Jahnstraße 2, 89312 Günzburg

Termin

Donnerstag, 08. November 2018, 10:00 - 17:00 Uhr
Einlass ab 9:00 Uhr

Aktueller Stand über Vorträge und Aussteller

www.bayerisches-breitbandforum.de

Veranstalter

Bayerische GemeindeZeitung
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH, Geretsried

So erreichen Sie das Forum am Hofgarten

Unter www.bayerisches-breitbandforum.de → Anfahrt können Sie direkt Ihre Route planen.

- ÖPNV: Der Bahnhof Günzburg ist 800 m entfernt. Von dort erreichen Sie z.B. den Hauptbahnhof München in 59 Minuten.
- PKW: Autobahn A8 Ausfahrt 67 Günzburg. Folgen Sie der B16 in Richtung Günzburg/Krumbach/Ichenhausen/Kötz. Das Forum am Hofgarten ist ausgeschildert. Vor Ort befindet sich eine Tiefgarage. Bilden Sie nach Möglichkeit Fahrgemeinschaften.

Tagungsbeitrag

- Für Teilnehmer aus den bayerischen Kommunen und Behörden ist nach vorheriger Registrierung die Teilnahme am 6. Bayerischen BreitbandForum kostenfrei.
- Für Wirtschaftsvertreter beträgt der Tagungsbeitrag 95,- €.
- Abonnenten der Bayerischen GemeindeZeitung berechnen wir einen reduzierten Tagungsbeitrag von 55,- € pro Person.

Verköstigung

Für einen Imbiss und Getränke ist gesorgt.

Anmeldung

Bayerische GemeindeZeitung
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon: 08171/9307-11
Telefax: 08171/9307-22
eMail: veranstaltungen@gemeindezeitung.de
Internet: www.bayerisches-breitbandforum.de

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,
für Landesentwicklung und Heimat



6. BAYERISCHES BREITBAND FORUM

Donnerstag, 08. November 2018
Einlass 9:00 Uhr
Forum am Hofgarten
Jahnstraße 2, 89312 Günzburg
www.bayerisches-breitbandforum.de

Vortragsprogramm

Da die Vortragszeiten noch nicht endgültig bestätigt sind, erhalten Sie hier die erste Themenübersicht.

Den aktuellen Zeitplan finden Sie sobald wie möglich auf unserer Veranstaltungshomepage www.bayerisches-breitbandforum.de

ab 09:00 Eintreffen / Anmeldung der Gäste

10:00 Begrüßung

Theresa von Hassel | Bayerische Gemeindezeitung

Grußworte | Videobotschaft

Staatsministerin Dorothee Bär, MdB

Bbeauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung |

Stellvertretende Parteivorsitzende der CSU |

Vorsitzende des CSU-Netzrates und des CSU-net

Breitbandförderung in Bayern, Stand und Ausblick

Regierungsdirektor Bernd Geisler

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen,

für Landesentwicklung und Heimat

Smart Country | Perspektiven der digitalen Entwicklung im

ländlichen Raum und konkrete Handlungstipps für Kommunen

Gerald Swarat | Key Note präsentiert von LEW TelNet

Glasfaserausbau in der Region

Johannes Stepperger | LEW TelNet

Umsetzung des Materialkonzeptes gem. DigiNetz G

und Bundesförderung in der Praxis

Andreas Weber & Stefanie Wagner | REHAU AG + Co.

Eigenwirtschaftlicher Glasfaserausbau FTTH –

ein Geschäftsmodell, das Gemeindekassen nicht belastet

Peter Reisinger | Deutsche Glasfaser

Glasfaserausbau und 5G – so geht es weiter

Udo Harbers | Deutsche Telekom AG

KRITIS Komplettpaket: Glasfaser-Infrastrukturüberwachung

Dr. Andreas Hornsteiner | Laser Components GmbH

Der Weg zum FttH-Netz

Dr. Henrik Bremer

WIRTSCHAFTSRAT RECHT Bremer Weitag Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

Geoinformationen sind überall – Smarte digitale Prozesse für die Telekommunikation

Daniel Öfele | Esri Deutschland GmbH

Breitband-Offensive

Rolf-Peter Scharfe | Vodafone GmbH

DSGVO, Netzsperrungen und Jugendschutz – Anforderungen an ein öffentliches WLAN von heute

Karsten Micke | hotspots GmbH

Neuerungen in der Förderszene aus Sicht der Praktiker

Andreas Lange, Roland Werb & Michael Rübiger

Rödl & Partner GbR zusammen mit Corwese GmbH

Weitere Vorträge gibt es von:

Direktor Stefan Graf | Bayerischer Gemeindetag

gabo Systemtechnik GmbH

MRK Media AG

ca. 17:00 Ende der Veranstaltung

Unsere Partner

Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
Landesamt für Digitalisierung, Breitband und Vermessung • Bayerischer Gemeindetag

amplus AG • AND Solution GmbH • Anedis GmbH • aumass GmbH & Co. KG • Bayerisches Breitbandzentrum • Camozzi Automation GmbH • CobiNet Fernmelde- und Datennetzkomponenten GmbH • Connect Com GmbH • Corning Optical Communications GmbH & Co. KG • Corwese GmbH • Deutsche Glasfaser • Deutsche Telekom AG • eku Kabel & Systeme GmbH & Co. KG • Emtelle GmbH • Esri Deutschland GmbH • G.A. Kettner GmbH • gabo Systemtechnik GmbH • Genexis GmbH • GT Elektrotechnische Produkte GmbH • Hotspots GmbH • Lancier Cable GmbH • Langmatz GmbH • Laser Components GmbH • LEW Telnet GmbH • LfA Förderbank Bayern • M-net Telekommunikations GmbH • Magellan - geoinform AG • miecom-Netzservice GmbH • Mönninghoff GmbH & Co. KG • MRK Media AG • Muth Kommunikationstechnik GmbH • Netcom-Tec GmbH • Opternus GmbH • REHAU AG + Co. • Rödl & Partner GbR • ROMOLD GmbH • Vodafone GmbH • WIRTSCHAFTSRAT RECHT Bremer Weitag Rechtsanwaltsgesellschaft mbH • ZweiCom-Hauff GmbH

Anmeldung

Bitte melden Sie sich möglichst bis zum 1. November 2018 an. Danke.

Fax 08171 / 93 07-22

eMail veranstaltungen@gemeindezeitung.de

Ja, ich nehme am 8.11.2018 am 6. Bayerischen BreitbandForum teil.

Name

Behörde | Abteilung | Firma | Funktion |

Dienstanschrift

Tel.

eMail



Tagungsbeitrag

Ihre Anmeldung als:

Kommunal-/ Behördenvertreter
kostenfrei

GZ-Abonnent
55,-€
Kd.Nr.: _____

Wirtschaftsvertreter
95,-€



Orientierungshilfen für öffentliche Ausschreibungen in der Entsorgungsbranche

Anfang 2009 veröffentlichten der Bayerische Städtetag, der Bayerische Landkreistag und der VBS erstmals die „Orientierungshilfen für öffentliche Ausschreibungen in der Entsorgungsbranche“. Ausgangspunkt hierfür war die gemeinsame Einschätzung, dass der Wettbewerb in der Entsorgungsbranche vermehrt über die Senkung von Sozial- und Ökostandards betrieben wird. Diese Praxis geht einerseits zu Lasten derjenigen privaten Entsorgungsunternehmen, die ihre gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen, d.h. qualitativ hochwertige Leistungen anbieten und ihre Beschäftigten angemessen bezahlen. Andererseits ist die Auftrags-

vergabe an Billigstanbieter häufig verbunden mit Klagen der Bürger über mangelhafte Leistungserbringung und führt somit auch zu Problemen auf Seiten der Kommunen.

In der Tradition eines konstruktiven Zusammenwirkens zwischen öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträgern und der mittelständisch geprägten privaten Entsorgungswirtschaft stimmen die Unterzeichner darin überein, dass öffentliche Ausschreibungen nicht zu einem ruinösen Unterbietungswettbewerb auf niedrigem Qualitätsniveau mit negativen sozialen und ökologischen Auswirkungen führen sollten. Die Anwendung

dieser Orientierungshilfen bei öffentlichen Ausschreibungen ist auch praktizierter Umwelt- und Klimaschutz. Denn z. B. der Einsatz veralteter Fahrzeugtechnik und/oder lange Anfahrtswege zum Ort der Leistungserbringung konterkarieren beispielsweise die ehrgeizigen Klimaschutzziele, die sich die EU, die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung gesetzt haben.

Die Beteiligten haben vor dem Hintergrund des seit April 2016 geltenden neuen Vergaberechts für EU-weite Vergabeverfahren die zuletzt 2012 überarbeiteten Orientierungshilfen erneut aktualisiert.

Das Auftragsberatungszentrum Bayern und der Bayerische Kommunale Prüfungsverband haben die Erarbeitung unter vergaberechtlichen Aspekten fachlich begleitet.

Die folgenden Empfehlungen sollen eine Hilfestellung für die kommunalen Auftraggeber sein, die eine preiswerte, aber hochwertige Entsorgung sicherstellen wollen. Sie stellen lediglich eine Orientierungshilfe dar, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Ob überhaupt, und falls ja, in welchem Umfang sie bei einer anstehenden Ausschreibung zur Anwendung kommen, entscheidet selbstverständlich jeder öffentlichrechtliche Entsorgungsträger in eigener Verantwortung.

1. Vergaberechtliche Rahmenbedingungen

Das Vergaberecht wurde 2016 in Umsetzung von EU-Richtlinien grundsätzlich umgestaltet. Die VOL/A (Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen) und die VOF (Vergabeordnung für freiberufliche Leistungen) wurden im Wesentlichen durch die Abschnitte 2 und 6 der VgV (Vergabeverordnung) ersetzt, zentrale Regelungen vorangestellt und die Grundsätze des Vergabeverfahrens ins GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) aufgenommen. Zugleich wurden Klarstellungen vorgenommen, z. B. hinsichtlich der (auch bisher grundsätzlich schon möglichen) Berücksichtigung von sozialen und Umweltaspekten.

Der Hauptzweck jeder Auftragsvergabe ist die Beschaffung von Leistungen, um einen vorhandenen Bedarf zu decken. Dabei spielt die Qualität der benötigten Leistung eine erhebliche Rolle. § 97 Abs. 3 GWB legt ausdrücklich fest, dass bei der Vergabe *Aspekte der Qualität und der Innovation sowie soziale und umweltbezogene Aspekte* berücksichtigt werden.

Geregelt werden die Leistungen und ihre Qualitätsanforderungen in der Leistungsbeschreibung; in der Bekannt-

machung und den Teilnahmebedingungen wird angegeben, welche Angaben und Nachweise die Bieter hierzu vorzulegen haben und nach welchen Kriterien der Auftraggeber die Angebote bewertet. Daneben werden Anforderungen an die Eignung der Bieter und deren Nachweis gestellt.

Nach der Angebotseröffnung hat der öffentliche Auftraggeber beim offenen Verfahren (bzw. bei öffentlicher Ausschreibung) zu prüfen, ob und inwieweit die unternehmensbezogenen Anforderungen – **Eignungskriterien** – und die auftragsbezogenen Anforderungen – **Zuschlagskriterien** – erfüllt sind. Diese Kriterien und Prüfungsschritte dürfen nicht vermengt werden. Während



die Zuschlagskriterien Gegenstand der Wertung sind – d.h. nach Prüfung der Mindestanforderungen wird im Vergleich ermittelt, welches der vorliegenden Angebote (relativ) das Beste ist –, sind die Eignungskriterien nur Gegenstand der Prüfung – d.h. unter den (absolut) geeigneten Bietern wird ein „Mehr an Eignung“ nicht mehr berücksichtigt.

Nach § 58 Abs. 2 Satz 2 Nr. 2 VgV gehören aber die Organisation, Qualifikation und Erfahrung des für die Ausführung des konkreten Auftrags eingesetzten Personals zu den möglichen Zuschlagskriterien, wenn die Qualität dieses Personals erheblichen Einfluss auf das Niveau der Aufgabenerfüllung haben kann. Der Unterschied liegt darin, dass die Eignungskriterien die Qualifikation des Bieters, d.h. der Firma betreffen, wogegen die Qualitäten des im Einzelfall eingesetzten Personals zum

Leistungsversprechen des konkreten Angebots gehören.

Die Reihenfolge der Prüfungsschritte beim offenen Verfahren ist (entgegen zwischenzeitlicher Rechtsprechung) mit § 42 Abs. 3 VgV gelockert, d.h. man darf auch zuerst prüfen, welche Angebote in der engeren Wahl sind, um dann die Eignung der Bieter vertieft zu prüfen und von den Bietern der engeren Wahl noch nötige Nachweise zu fordern.

Der Öffentliche Auftraggeber berücksichtigt bei der Vergabe öffentlicher Aufträge **mittelständische Interessen** (§ 97 Abs. 4 GWB) durch eine Aufteilung in Lose nach der Menge (Teillöse) und nach der Art der Fachgebiete (Fachlose). Mehrere Teil- oder Fachlose dürfen nur dann zusammen vergeben werden, wenn wirtschaftliche oder technische Gründe dies erfordern (§ 97 Abs. 4 Satz 3 GWB). Bei der Entscheidung hat der Auftraggeber einen Beurteilungsspielraum, aber er muss die Entscheidung für den konkreten Einzelfall treffen und in der Vergabedokumentation festhalten. Die allgemeinen, systembedingten Vorteile einer gebündelten Vergabe – z. B. geringerer Koordinationsaufwand beim Auftraggeber – reichen zur Begründung nicht aus.

Andererseits darf der Auftraggeber die Höchstzahl der Lose, die er einem Bieter übertragen wird, begrenzen (§ 30 Abs. 1 Satz 2 VgV) – er muss dann aber festlegen, nach welchen Kriterien er entscheidet, wer welche Lose bekommt. Er darf dabei die Leistung mit der Loseilung auch nicht unwirtschaftlich zersplittern.

So unstrittig die Qualität der Dienstleistung im Vergabeverfahren zu berücksichtigen ist, so schwierig ist es in der Praxis für den Öffentlichen Auftraggeber, die Qualität einer zum Zeitpunkt der Wertung erst versprochenen Dienstleistung vorab zu beurteilen. Das hat zwei Konsequenzen:

- Erstens muss man für die Bewertung der Leistungsqualität im Rahmen einer Wertungsmatrix objektive Leistungsmerkmale finden, die sich nachvollziehbar bewerten lassen (wie z. B.

für Fahrzeuge mit höherer Euro-Norm). Die unterschiedliche Qualität der künftigen Leistungserfüllung – z. B. Sorgfalt, Pünktlichkeit, Sauberkeit – lässt sich nicht vorab beurteilen, aber man kann zumindest aus der Qualität der Angebotsbearbeitung schließen, ob die Voraussetzungen für eine ordnungsgemäße Leistung vorliegen.

- Zweitens muss man die Leistungsmerkmale so konkret festlegen bzw. abfragen, dass sie im Vertragsvollzug auch überprüft und durchgesetzt werden können (z. B. als Bearbeitungs- oder Reaktionsfristen).

Auch für die Bieter ist es schwierig, die Qualität ihrer Leistung nachvollziehbar darzustellen. Ein mögliches Mittel dazu ist die Abfrage von Betriebsabläufen (z. B. beim Beschwerdemanagement). Dadurch schafft man auch einen Anreiz zu sorgfältiger Kalkulation, um unüberlegte Billigangebote zu vermeiden. Den Bieter muss man aber auch die nötige Zeit zur sorgfältigen Angebotsbearbeitung zugestehen. In jedem Falle empfiehlt es sich, als ausschreibende Stelle ausreichend Zeit für die Ausschreibung einzuplanen und rechtzeitig vor Vertragsbeginn auszuschreiben, um eine bedarfsgerechte Leistung angeboten zu

bekommen. Bei EU-weiten Ausschreibungen sind abhängig von der jeweiligen Verfahrensart zwingend einzuhaltende Mindestfristen (z. B. Bewerbungs-, Angebotsfrist) zu beachten. Im Übrigen sind angemessene Fristen vorzusehen (§ 20 Abs. 1 VgV). Für laufende Verträge empfiehlt es sich, im Rahmen des Vertragsmanagements die Laufzeit der jeweiligen Verträge im Auge zu behalten und rechtzeitig vor dem Auslaufen der Verträge die neue Ausschreibung zu planen und einzuleiten.

2. Anforderungen an die Bieter und Eignungsprüfung

Öffentliche Aufträge werden nach § 122 Abs. 1 GWB an *fachkundige und leistungsfähige* (geeignete) Unternehmen vergeben, die nicht nach den §§ 123 und 124 GWB ausgeschlossen sind.

Die erwähnten Ausschlussgründe sind 2016 an die Stelle der Kriterien „Zuverlässigkeit“ (in etwa: Vertragstreue) und „Gesetzestreue“ getreten. Während der Bieter seine Fachkunde und Leistungsfähigkeit nachzuweisen hat, war es immer schon Sache des Auftraggebers, ggf. die Unzuverlässigkeit eines

mutmaßlich auszuschließenden Bieters zu beweisen. Dies wurde mit der Neuregelung bestimmter Tatbestände als „Ausschlussgründe“ konkretisiert, wobei, vereinfacht gesagt, Gesetzesverstöße als *zwingende Ausschlussgründe* (§ 123 GWB), Unzuverlässigkeitstatbestände als *fakultative Ausschlussgründe* (§ 124 GWB) zusammengefasst wurden (der Auftraggeber darf selbst entscheiden, in wieweit er sich einen unzuverlässigen Bieter zumutet). Gleichzeitig wurde konkretisiert, wie ein Bieter durch den Nachweis der „Selbstreinigung“ einen Ausschluss wegen früheren Fehlverhaltens vermeiden kann.

Bei den Anforderungen an Bieter ist zu unterscheiden zwischen den **Kriterien**, anhand derer die Eignung beurteilt wird und für die bestimmte Mindestanforderungen gestellt werden können, und den **Nachweisen**, die dazu gefordert werden dürfen.

Geprüft werden drei Kategorien:

- Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung (§ 44 VgV),
- wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit (§ 45 VgV),
- technische und berufliche Leistungsfähigkeit (§ 46 VgV).



Im ersten Schritt sind zum Nachweis der Eignung grundsätzlich Eigenerklärungen zu verlangen (§ 48 Abs. 2 VgV). Die Nachweise, d.h. Bescheinigungen der zuständigen Stellen, sind nur von den Bietern der engeren Wahl zu fordern (nach § 50 Abs. 2 VgV jedenfalls von dem zum Auftrag vorgesehenen Bieter). Sowohl die Forderung von Nachweisen als auch der Verzicht auf ihre Anforderung im Einzelfall (z. B. weil Nachweise schon vorliegen oder berechtigterweise durch andere ersetzt werden) sind in der Vergabeakte zu begründen.

Als Nachweis der **finanziellen und wirtschaftlichen** Leistungsfähigkeit können von den Bewerbern oder Bietern im Wesentlichen verlangt werden (im Einzelnen siehe § 45 Abs. 1 und 4 VgV):

- Bankerklärungen,
- Nachweis einer Berufs- oder Betriebshaftpflichtversicherung (Anmerkung: Da herkömmliche Bankauskünfte evtl. wenig Aussagekraft haben und besondere Anforderungen i.d.R. nicht gestellt werden dürfen, sollte jedenfalls der Nachweis der Haftpflichtversicherung zum Zeitpunkt des Zuschlags gefordert werden),
- Vorlage von Bilanzen des Unternehmers,
- Jahresabschlüsse oder Auszüge von Jahresabschlüssen, soweit deren Veröffentlichung gesetzlich vorge-

schrieben ist (Anmerkung: Diese können bei inländischen Firmen im elektronischen Bundesanzeiger eingesehen werden),

- Erklärung über den Umsatz des Unternehmens in den letzten drei Jahren, sowohl insgesamt wie für den betreffenden Tätigkeitbereich des Auftrags (Ein Mindest-Jahresumsatz von mehr als dem Doppelten der Auftragssumme darf nur bei entsprechenden Risiken mit Begründung verlangt werden).

Zur **technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit** dürfen als Nachweise im Wesentlichen gefordert werden (Im Einzelnen siehe § 46 Abs. 3 VgV):

- Referenzliste der in den letzten höchstens drei Jahren erbrachten wesentlichen Leistungen mit Angabe von Zeit, Wert und Auftraggeber,
- Angaben über Anzahl der Beschäftigten in den letzten maximal drei Jahren sowie die verfügbaren Fachkräfte für die Ausführung und Qualitätskontrolle,
- Angaben über die technische Ausrüstung und die Qualitätssicherungsmaßnahmen sowie das Umweltmanagement während der Ausführung,
- Nachweise zur Berufsqualifikation der verantwortlichen Personen.

Beabsichtigt der Bieter den Einsatz von **Unterauftragnehmern**, kann und sollte man von ihm verlangen, schon bei

Angebotsabgabe zu erklären, welche Leistungen er selbst erbringt und welche von den Unterauftragnehmern ausgeführt werden sollen. Von den Bietern der engeren Wahl können und sollten vor der Auftragserteilung die Benennung des Unterauftragnehmers und die Nachweise ihrer Eignung für die auf sie entfallenden Leistungsanteile gefordert werden sowie die Erklärung, dass sie für die betreffenden Leistungen zur Verfügung stehen (§ 36 Abs. 1 VgV). Hierfür können den Bietern kurze Fristen gesetzt werden. Für **Bietergemeinschaften** ist Entsprechendes vorzusehen.

Benötigt der Bieter ein anderes Unternehmen, weil er bestimmte Eignungsanforderungen selbst nicht erfüllen kann, spricht man von **Eignungsleihe** (§ 47 Abs. 1 VgV). Hierbei geht es in der Praxis meist darum, dass eine kleine Firma selbst nicht über die wirtschaftlichen und technischen Reserven für einen größeren Auftrag verfügt, aber auf die Kapazitäten einer größeren Firma zurückgreifen kann, wobei es auf die Art der Rechtsbeziehung nicht ankommt. Der Grund für diese Regelung ist, dass man nach EU-Rechtsprechung (Freizügigkeit des Kapitals) vom Auftragnehmer nicht verlangen darf, dass er die Leistung im Wesentlichen selbst ausführt. In diesem Fall muss der Bieter vor Auftragserteilung nicht nur die Eignung des anderen Unternehmens nachweisen, sondern auch, dass er über die



entsprechenden Ressourcen tatsächlich verfügen kann, z. B. mittels einer entsprechenden Verpflichtungserklärung. Benötigt der Bieter die andere Firma aber, weil ihm selbst eine fachliche Kompetenz fehlt, ist darauf zu achten, dass die Firma, welche diese Kompetenz mit Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen nachweisen kann, die entsprechenden Leistungen auch erledigt.

Fachliche Zuverlässigkeit wird auch in § 16 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) gefordert. **Entsorgungsfachbetriebe** nach § 56 KrWG erfüllen diese Anforderungen. Die Zertifizierung als Entsorgungsfachbetrieb sollte daher gefordert werden. Alternative gleichwertige Nachweise sind bei Ausschreibungen zuzulassen.

Das Vorliegen von **Ausschlussgründen** (§§ 123, 124 GWB) ist, wie erwähnt, grundsätzlich vom Auftraggeber zu beweisen. Ein Nachweis für das Nichtvorliegen dieser Gründe ist schon systematisch nicht wirklich möglich, aber vom Gesetzgeber wenigstens für Teilaspekte, z. B. Verurteilungen wegen einschlägiger Delikte, vorgesehen. Zu fordern ist zunächst die Eigenerklärung, dass die Ausschlussgründe nicht vorliegen. Als Nachweise für ihr Nichtvorliegen können vor Auftragserteilung gefordert werden (§ 48 VgV):

- Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamts (zu § 123 Abs. 4 GWB),
- Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Krankenkassen (wie vor),
- Auszug (Führungszeugnis) aus dem Bundeszentralregister (zu § 123 Abs. 1 bis 3 GWB). Dieser kann nur bei gegebenem Anlass gefordert werden, d.h. wenn der Auftraggeber Kenntnis davon erhalten hat, dass eine verantwortliche Person einschlägig vorbestraft ist.

Einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister nach § 150a Abs. 1 Gewerbeordnung fordert der Auftraggeber bei Aufträgen über 30.000 € selbst beim Bundesamt für Justiz an. Dieser enthält nur die Verurteilungen wegen Schwarzarbeit bzw. wegen Verstößen gegen Mindestlohn- und Arbeitnehmer-

Entsendegesetz (vgl. § 124 Abs. 2 GWB).

Ebenso kann der Auftraggeber bei inländischen Bietern selbst in den amtlichen Insolvenzbekanntmachungen im Internet recherchieren, ob ein Insolvenzverfahren eröffnet oder mangels Masse abgewiesen wurde.

Welche Nachweise der Auftraggeber verlangen wird, muss er schon in der Bekanntmachung angeben (§ 48 Abs. 1 VgV). Zahlreiche der oben aufgeführten Nachweise werden bereits mit der **Präqualifizierung** erbracht. Nachweise, die mittels eines Präqualifizierungsverfahrens, z. B. eines Eintrags im amtlichen Verzeichnis der IHK, erworben wurden, müssen vom Auftraggeber akzeptiert werden (§ 48 Abs. 8 VgV).

3. Anforderungen an die Leistung und Angebotswertung

Angebote, die die Mindestanforderungen erfüllen, werden anhand vorher festgelegter Zuschlagskriterien und deren Gewichtung in eine Rangfolge gebracht. Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt (§ 127 Abs. 1 GWB). Das wirtschaftlichste Angebot bestimmt sich nach dem besten Preis-Leistungsverhältnis (§ 127 Abs. 1 Satz 3 GWB). Dabei können bei der Bewertung der Leistung ausdrücklich auch qualitative, umweltbezogene oder soziale Aspekte berücksichtigt werden, wenn sie mit dem Auftragsgegenstand in Verbindung stehen (§ 127 Abs. 1 Satz 4 i.V.m. Abs. 3 Satz 1 GWB), und zwar nicht nur für das Endprodukt, sondern schon für dessen Herstellung. Entsprechend wurden die möglichen Zuschlagskriterien in der nicht abschließenden Aufzählung in § 58 Abs. 2 Satz 2 VgV gegenüber § 16 Abs. 8 VOL/A erweitert; sie umfassen neben dem Preis (bzw. den Kosten)

- „1. die Qualität, einschließlich des technischen Werts, Ästhetik, Zweckmäßigkeit, Zugänglichkeit der Leistung insbesondere für Menschen mit Behinderungen, ihrer Überein-

stimmung mit Anforderungen des „Designs für Alle“, soziale, umweltbezogene und innovative Eigenschaften sowie Vertriebs- und Handelsbedingungen,

- 2. die Organisation, Qualifikation und Erfahrung des mit der Ausführung des Auftrags betrauten Personals, wenn die Qualität des eingesetzten Personals erheblichen Einfluss auf das Niveau der Auftragsausführung haben kann, oder
- 3. die Verfügbarkeit von Kundendienst und technischer Hilfe sowie Lieferbedingungen wie Liefertermin, Lieferverfahren sowie Liefer- oder Ausführungsfristen.“

a) Festlegungen in der Leistungsbeschreibung

Das Ziel der Ausschreibung ist der Abschluss eines schuldrechtlichen Vertrags: Der Auftraggeber will die versprochene Leistung, der Auftragnehmer die Vergütung. Die Leistungsbeschreibung ist das Kernstück des späteren Vertrags. Entsprechend sorgfältig muss sie erarbeitet werden. Schon damit die Angebote inhaltlich vergleichbar sind, muss die erwartete Leistung so eindeutig und erschöpfend beschrieben werden, dass die Beschreibung für alle Unternehmen im gleichen Sinne verständlich ist (§ 121 Abs. 1 Satz 1 GWB). Grundsätzlich kann man entweder die Aufgabe beschreiben oder die Lösung, d.h. die einzelnen Arbeitsschritte, mit denen die Aufgabe erfüllt wird. Die VgV (§ 31) überlässt es dem Auftraggeber, wie weit er bei der Beschreibung geht: Er kann detaillierte Anforderungen an die Leistung stellen (*Leistungsanforderungen*), er kann die Ziele und Randbedingungen festlegen (*Funktionsanforderungen*) oder er kann auch nur die *zu lösende Aufgabe* beschreiben und es dem Bieter überlassen, die Lösung der Aufgabe zu entwickeln – dann muss er aber vom Bieter eine Beschreibung seiner Lösung verlangen, damit er diese bewerten kann. Dieses Verfahren ist fehleranfällig. Letztlich besteht die Kunst darin, die Leistung genau genug zu beschreiben, ohne die unternehmerische Kreativität der Bieter in der Erledigung unnötig einzuschränken.

In der Abfallwirtschaft sollte die Leistungsbeschreibung regelmäßig folgende Merkmale bestimmen, um vergleichbare Angebote zu bekommen:

- die gewünschte Sammeltechnik, z. B. Heck- oder Seitenlader,
- das gewünschte Verwertungsverfahren, z. B. Vergärung oder Kompostierung, stoffliche oder energetische Verwertung,
- der Bereitstellungsort der Behälter, z. B. Straßenrand, Grundstücksgrenze,
- die Einhaltung der Regeln des Straßenverkehrs sowie der Branchenregel Abfallwirtschaft der gesetzlichen Unfallversicherung,
- die Angabe von Zufahrtsbeschränkungen (z. B. Einbahnstraßen), da der größere Aufwand hierfür einkalkuliert werden muss.

(1) Personaleinsatz

In der Entsorgungsbranche spielen die Personalkosten eine ganz entscheidende Rolle bei der Kalkulation. Es wird daher empfohlen, bei Ausschreibungen folgende Mindestanforderungen mit aufzunehmen:

- Der Auftragnehmer muss sein Personal – Fahrer, Lader – bei Auftragsbeginn ortskundig machen (man kann aber nicht verlangen, dass er schon ortskundiges Personal vorhält),
- deutschsprachiges Personal,
- kontinuierliche Beschäftigung: Der Auftragnehmer (bzw. sein Subunternehmer) muss für die Dauer des Auftrags fest angestellte Mitarbeiter einsetzen und dies in geeigneter Weise nachweisen. Es empfiehlt sich, vom Auftragnehmer ein Konzept zur Mitarbeiterschulung zu verlangen.

(2) Betriebsorganisation

Für die Qualität der Leistung sind eine effiziente, klare Betriebsorganisation und kompetentes Personal notwendig. Die interne Betriebsorganisation ist Sache des Auftragnehmers. Aber die Gestaltung der Zusammenarbeit ist vertraglich zu regeln, insbesondere beim Beschwerdemanagement.

Da nicht alle Beschwerden berechtigt sind und ein Streiten im Nachhinein sinnlos ist, kommt es darauf an, Reklamationen unverzüglich aufzuklären. Dabei müssen Auftraggeber und Auftragnehmer zusammenarbeiten. Die Beschwerden sollte der Auftraggeber entgegennehmen, damit sich Streitigkeiten nicht ohne sein Wissen aufschaukeln können (auch wer Leistungen delegiert, muss sich um sie kümmern und dafür Arbeitskraft und -zeit vorhalten).



Es wird empfohlen, zur Betriebsorganisation folgende Punkte in die Ausschreibung aufzunehmen:

- Der Ansprechpartner beim Auftragnehmer muss bei der Einsatzleitung angesiedelt sein, d.h. er muss für die Überwachung der Leistung qualifiziert und zu Anweisungen an das Einsatzpersonal bevollmächtigt sein, um so Mängel sofort abstellen zu können,
- der Auftraggeber muss vorgeben, in welchen Zeiträumen der Ansprechpartner telefonisch erreichbar sein muss,
- der Bieter muss eine detaillierte Beschreibung des Beschwerdemanagements vorlegen (die Anforderungen hierfür muss der Auftraggeber angeben),
- die von der Kommune bzw. im Auftrag der Kommune betriebenen Umschlagstellen müssen möglichst ortsnahe bereitgestellt werden.

(3) Technik

Veraltete Fahrzeuge, die möglicherweise schon voll abgeschrieben sind, können zwar zu einem billigeren Preis der Entsorgungsdienstleistung führen. Sie haben aber durch erhöhte Schadstoffemissionen negative ökologische Folgen. Daher sollte die Ausstattung der eingesetzten Fahrzeuge auf dem aktuellen Stand der Technik sein. Folgende Anforderungen kommen beispielhaft in Betracht:

- Der Auftragnehmer muss Fahrzeuge mit dem aktuellen Stand der Technik einsetzen (mindestens Euro 5 Norm),
- jedes Fahrzeug muss über Mobiltelefon erreichbar sein, damit Reklamationen unverzüglich bereinigt werden können,
- es ist möglich, dem Auftragnehmer das Stellen und Einsatzbereithalten der Behälter zu übertragen, z. B. in Form einer Miete. Dazu benötigt er ein Auslieferungslager und Personalkapazität, die er mit seinem Angebot darstellen soll,
- die Abfallbehälter müssen neu bzw. neuwertig sein und der aktuellen EU-Norm entsprechen,
- das technische Konzept für die Abwicklung der Leistung muss beschrieben werden. Es wird Vertragsbestandteil.

b) Geeignete Vertragsbedingungen

Einen von den Vertragsparteien unterschriebenen Vertrag benötigt man nicht. Er dient – abgesehen von Fällen, in denen er vorgeschrieben ist – regelmäßig dazu, einen ausgehandelten übereinstimmenden Vertragswillen zu dokumentieren. Die Ausschreibungen der öffentlichen Hand – offenes und nichtoffenes Verfahren nach VgV – sind förmliche Verfahren, d.h. der Auftraggeber muss die Unterlagen vorgeben, die Bieter dürfen sie nur ausfüllen, aber nicht verändern. Verhandlungen sind verboten (§ 15 Abs. 5, § 16 Abs. 9 VgV). Das Angebot auf der Grundlage der Vergabeunterlagen des Auftraggebers wird mit dem Zuschlagsschreiben angenommen.

Zu den Hauptbestandteilen des Vertrags, nämlich Preis und Leistung, kommen noch die Vertragsbedingungen, mit denen die Nebenbestimmungen über Fristen, Risiken, Verantwortlichkeiten, Leistungs- und Preisänderungen usw. vereinbart werden.

Die VgV (§ 29 Abs. 2) sieht vor, dass regelmäßig die VOL/B vereinbart wird. In dieser sind die Vertragsbedingungen systematisch geordnet nach

- Allgemeinen Vertragsbedingungen (= VOL/B),
- Besonderen Vertragsbedingungen (= Regelungen für den einzelnen Vertrag) und
- ggf. ergänzenden und zusätzlichen Vertragsbedingungen (= „Kleingedrucktes“ je nach Auftraggeber und Leistungsbereich).

Es wird empfohlen, folgende Regeln in den Besonderen Vertragsbedingungen zu berücksichtigen:

- Die Vertragslaufzeiten sind einerseits kurz genug festzulegen, dass die Leistung nicht zu lange dem Wettbewerb entzogen wird und absehbar ist, dass während der Laufzeit keine wesentlichen Leistungsänderungen eintreten werden, andererseits lang genug, um den Aufwand für Einarbeitung und Beschaffungen und den damit verbundenen Leistungs- und Finanzierungsaufwand des Auftragnehmers zu rechtfertigen. Die Überlegungen zu den Vertragslaufzeiten sind zu dokumentieren und in der Entscheidung zu begründen. Als Orientierungshilfe für eine vergaberechtskonforme Vertragslaufzeit können die Vorgaben zur Schätzung des Auftragswertes nach der VgV herangezogen werden. Danach ist eine Vertragslaufzeit von vier Jahren ohne weiteres vergaberechtskonform. Auch längere Vertragslaufzeiten können zulässig sein. Liegen besondere, durch den Beschaffungsgegenstand gerechtfertigte Umstände vor, z. B. wenn der Auftragnehmer Fahrzeuge, Behälter oder technische Anlagen anschaffen muss, können auch Vertragslaufzeiten von sieben bis zehn Jahren angemessen

sein. Längere Vertragslaufzeiten können zu mehr Wettbewerb führen, da eine solche Ausschreibung attraktiver für die potentiellen Dienstleister ist (v.a. wegen längerer Abschreibungsdauer).

- Längere Vertragslaufzeiten erfordern Preisanpassungsklauseln (Personal, Treibstoff, Beschaffung/Investitionen), damit die Bieter bei der Kalkulation nicht über die Kostenentwicklung spekulieren müssen. Währungsrechtlich zulässig sind Kostenelementeklauseln, welche die Entwicklung der Löhne (L, Fahrer), Treibstoffe (D, Diesel) und Ersatzteile etc. (M, Maschinenbau) bezogen auf die ursprünglichen Kosten (O) wiedergeben.

Die grundsätzliche Formel lautet

$$P = PO \times (a \times D/DO + b \times L/LO + c \times M/MO)$$

Der prozentuale Anteil der einzelnen Kostenelemente am Gesamtpreis (a, b, c, z. B. 0,3 für 30 %) hängt von der konkreten Leistung ab und kann entweder von den Bietern im Angebot abgefragt werden – und muss dann mit einer Prognose gewertet werden. Oder man gibt marktgerechte Werte verbindlich vor, nachdem man sie bei mehreren Marktteilnehmern abgefragt hat. Dazu sollte eine Bagatellgrenze (Selbstbeteiligung) festgelegt werden.

- Vertragsstrafen sind innerhalb der engen Grenzen von § 11 VOL/B und dem AGB-Recht möglich. Sie dürfen nach herrschender Rechtsprechung nicht mehr als 5 % des Auftragswertes insgesamt und 0,3 % je Werktag betragen und nicht verschuldensunabhängig sein (BGH zu VOB/B: Urt. v. 23.01.2003 – VII ZR 210/01, Urt. v. 06.12.2007 – VII ZR 28/07).
- Einsatz eines Unterauftragnehmers oder Wechsel des eingesetzten Unterauftragnehmers ist, soweit nicht bereits Gegenstand des Angebots, nur mit Zustimmung des Auftraggebers möglich. Der neue Unterauftragnehmer muss die in der Ausschrei-

bung geforderten Anforderungen nachweisen.

- Der Auftragnehmer hat ein Betriebs-tagebuch zu führen und dem Auftraggeber bei besonderen Vorkommnissen Einsicht zu geben bzw. Auszüge zu übergeben.

4. Anforderungen an die Angebote

Zusätzlich zum Angebot können Angaben zur Leistungserbringung von den Bietern gefordert werden, die eine Abschätzung erlauben, welche Qualität von der versprochenen Leistung voraussichtlich zu erwarten ist. Dabei muss man überlegen, welche Angaben man schon mit dem Angebot fordert und welche von den Bietern der engeren Wahl vor Auftragserteilung. Folgende Abfragen können zweckmäßig sein:

- Beschreibung der Betriebsorganisation, d.h. der Zuständigkeiten, Abläufe und Ansprechpartner, deren Qualifikation und deren Erreichbarkeit insbesondere bei Beschwerdefällen.
- Routenplanung: Der Bieter kann nicht sorgfältig kalkulieren, ohne geplant zu haben, welche Strecken mit welchem Personal in welcher Zeit bewältigt werden. Die Abfuhrplanung sollte mit dem Angebot verlangt werden, einschließlich Angaben über die Betriebsstelle, von der aus die Leistung erbracht wird und über die Umschlagstellen.
- Angabe der eingesetzten Fahrzeuge mit Schüttung.
- Vorbereitungskonzept: Der Auftragnehmer muss sich überlegen, welche Maßnahmen in welchen Zeiträumen bis zur Aufnahme der Leistungen erforderlich sind: Bis wann steht das Personal zur Verfügung? Bis wann ist es eingewiesen? Bis wann stehen die Fahrzeuge bereit? Soll der Auftragnehmer die Abfallbehälter stellen, muss er sich überlegen, wie der Austausch vonstattengehen soll. Das wäre mit dem Angebot abzufragen und vor Auftragserteilung nachzuweisen.

- Angaben zur Kalkulation (ggf. inkl. kalkulierte Leerungszahlen), zusätzlich Hinterlegung der Grob- und Feinkalkulation in verschlossenem Umschlag (Öffnung nur mit Zustimmung des Auftragnehmers zur Prüfung, falls die Vermutung eines Unterangebots vorliegt).
- Der Auftragnehmer muss Lärmschutzvorschriften einhalten. Er kann dazu aufgefordert werden, vor Auftragsvergabe zu erläutern, welche Maßnahmen er dazu unternimmt, ebenso zur Einhaltung anerkannter Standards zur Gütesicherung, z. B. § 12 KrWG.
- Die von der Kommune erwarteten ortsnahen Umschlagstellen, um unnötiges Herumfahren der Abfälle zu vermeiden, muss entweder der Auftraggeber bereitstellen oder er muss den Auftragnehmern genügend Zeitvorauslauf ermöglichen, um eigene ortsnahe Stellen einzurichten; andernfalls könnte die Forderung diskriminierend sein.

5. Berücksichtigung von Qualitätskriterien bei der Angebotswertung

Bei der Ermittlung des Preis-Leistungs-Verhältnisses gibt es zwei grundsätzlich verschiedene Herangehensweisen: Entweder man legt die Qualität in der gewünschten Höhe als Mindeststandards in der Leistungsbeschreibung fest und erteilt den Zuschlag dem Bieter mit dem niedrigsten Preis, oder man stellt Preis und Leistung in einer Wertungsmatrix gegenüber. Im Prinzip darf dann die Leistung in dem Maß teurer sein, in dem sie die Mindestanforderungen überschreitet, wobei die Verhältnismäßigkeit und Wirtschaftlichkeit gewahrt werden müssen. Dies sollte der Auftraggeber vor der Ausschreibung praktisch durch Beispielsrechnungen für verschiedene Fälle überprüfen, auch wenn er die nicht ganz anspruchsvolle Entwicklung der Wertungsmatrix einem externen Experten übertragen hat. Die Kriterien und ihre Gewichtung sind

– bei europaweiten Vergabeverfahren zwingend – schon in den Ausschreibungsunterlagen anzugeben.

Wir empfehlen die Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots mittels Wertungsmatrix. Dabei können auf der Seite der Leistung qualitative, umweltbezogene oder soziale Zuschlagskriterien berücksichtigt werden. Beispiele:

- Abfuhr: Qualität des Konzepts des Bieters, um im Auftragsfall die Ortskunde der Mitarbeiter zeitnah zu gewährleisten.
- Wertstoffhof: Berufserfahrung des Leiters (zur Vermeidung von störungsbedingten Kosten für die Kommune).
- Verwertung von Abfällen: CO₂-Ausstoß für den Transport zur Abladestelle (z. B. Bewertung von Entfernungskm und Fahrzeugkennwerten).
- Sonderpunkte für das Überbieten der Mindestanforderungen hinsichtlich Schadstoff- und Lärmreduzierung der Fahrzeuge.
- Bonuspunkte bei Bezahlung der Arbeitnehmer nach Tariflohn.

München, im Juni 2018



Dr. Johann Keller
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
Bayerischer Landkreistag

Bernd Buckenhofer
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
Bayerischer Städtetag

Otto Heinz
Präsident
Verband der Bayerischen
Entsorgungsunternehmen e. V.

Joachim Burk
Geschäftsführer
Auftragsberatungszentrum Bayern e. V.

Sonderdruck der
Bayerischen Gemeindezeitung Nr. 18/2018

Redaktion: Anne-Marie von Hassel
Gestaltung: Britta Eriskat
Bildrechte: VBS e.V., Mercedes-Benz Vertrieb
Deutschland
Verantwortlich: Rüdiger Weiß, VBS e.V.

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postfach 825, 82533 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
www.gemeindezeitung.de
info@gemeindezeitung.de

Druck: creo Druck und
Medienservice GmbH
Gutenbergstr. 1
96050 Bamberg

2019



150 JAHRE
1869 – 2019

Dezember	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar
1 Sa	1 Di Neujahr	1 Fr	1 Fr	1 Mo KW 14	1 Mi Maifeiertag	1 Sa	1 Mo KW 27	1 Do	1 So	1 Di	1 Fr Allerheiligen	1 So	1 Mi Neujahr
2 So	2 Mi KW 1	2 Sa	2 Sa	2 Di	2 Do	2 So	2 Di	2 Fr	2 Mo KW 36	2 Mi	2 Sa	2 Mo KW 49	2 Do
3 Mo KW 49	3 Do	3 So	3 So	3 Mi	3 Fr	3 Mo KW 23	3 Mi	3 Sa	3 Di	3 Do Tag d. Dt. Einheit	3 So	3 Di	3 Fr
4 Di	4 Fr	4 Mo KW 6	4 Mo KW 10	4 Do	4 Sa	4 Di	4 Do	4 So	4 Mi	4 Fr	4 Mo KW 45	4 Mi	4 Sa
5 Mi	5 Sa	5 Di	5 Di Fastnacht	5 Fr	5 So	5 Mi	5 Fr	5 Mo KW 32	5 Do	5 Sa	5 Di	5 Do	5 So
6 Do	6 So Hl. Drei Könige	6 Mi	6 Mi	6 Sa	6 Mo KW 19	6 Do	6 Sa	6 Di	6 Fr	6 So	6 Mi	6 Fr	6 Mo Hl. Drei Könige
7 Fr	7 Mo KW 2	7 Do	7 Do	7 So	7 Di	7 Fr	7 So	7 Mi	7 Sa	7 Mo KW 41	7 Do	7 Sa	7 Di KW 2
8 Sa	8 Di	8 Fr	8 Fr	8 Mo KW 15	8 Mi	8 Sa	8 Mo KW 28	8 Do	8 So	8 Di	8 Fr	8 So	8 Mi
9 So	9 Mi	9 Sa	9 Sa	9 Di	9 Do	9 Pfingstsonntag	9 Di	9 Fr	9 Mo KW 37	9 Mi	9 Sa	9 Mo KW 50	9 Do
10 Mo KW 50	10 Do	10 So	10 So	10 Mi	10 Fr	10 Pfingstmontag	10 Mi	10 Sa	10 Di	10 Do	10 So	10 Di	10 Fr
11 Di	11 Fr	11 Mo KW 7	11 Mo KW 11	11 Do	11 Sa	11 Di KW 24	11 Do	11 So	11 Mi	11 Fr	11 Mo KW 46	11 Mi	11 Sa
12 Mi	12 Sa	12 Di	12 Di	12 Fr	12 So	12 Mi	12 Fr	12 Mo KW 33	12 Do	12 Sa	12 Di	12 Do	12 So
13 Do	13 So	13 Mi	13 Mi	13 Sa	13 Mo KW 20	13 Do	13 Sa	13 Di	13 Fr	13 So	13 Mi	13 Fr	13 Mo KW 3
14 Fr	14 Mo KW 3	14 Do	14 Do	14 So	14 Di	14 Fr	14 So	14 Mi	14 Sa	14 Mo KW 42	14 Do	14 Sa	14 Di
15 Sa	15 Di	15 Fr	15 Fr	15 Mo KW 16	15 Mi	15 Sa	15 Mo KW 29	15 Do	15 So	15 Di	15 Fr	15 So	15 Mi
16 So	16 Mi	16 Sa	16 Sa	16 Di	16 Do	16 So	16 Di	16 Fr	16 Mo KW 38	16 Mi	16 Sa	16 Mo KW 51	16 Do
17 Mo KW 51	17 Do	17 So	17 So	17 Mi	17 Fr	17 Mo KW 25	17 Mi	17 Sa	17 Di	17 Do	17 So	17 Di	17 Fr
18 Di	18 Fr	18 Mo KW 8	18 Mo KW 12	18 Do	18 Sa	18 Di	18 Do	18 So	18 Mi	18 Fr	18 Mo KW 47	18 Mi	18 Sa
19 Mi	19 Sa	19 Di	19 Di	19 Fr Karfreitag	19 So	19 Mi	19 Fr	19 Mo KW 34	19 Do	19 Sa	19 Di	19 Do	19 So
20 Do	20 So	20 Mi	20 Mi	20 Sa	20 Mo KW 21	20 Do Fronleichnam	20 Sa	20 Di	20 Fr	20 So	20 Mi	20 Fr	20 Mo KW 4
21 Fr	21 Mo KW 4	21 Do	21 Do	21 Ostersonntag	21 Di	21 Fr	21 So	21 Mi	21 Sa	21 Mo KW 43	21 Do	21 Sa	21 Di
22 Sa	22 Di	22 Fr	22 Fr	22 Ostermontag	22 Mi	22 Sa	22 Mo KW 30	22 Do	22 So	22 Di	22 Fr	22 So	22 Mi
23 So	23 Mi	23 Sa	23 Sa	23 Di KW 17	23 Do	23 So	23 Di	23 Fr	23 Mo KW 39	23 Mi	23 Sa	23 Mo KW 52	23 Do
24 Mo Heiligabend	24 Do	24 So	24 So	24 Mi	24 Fr	24 Mo KW 26	24 Mi	24 Sa	24 Di	24 Do	24 So	24 Di Heiligabend	24 Fr
25 Di Weihnachten	25 Fr	25 Mo KW 9	25 Mo KW 13	25 Do	25 Sa	25 Di	25 Do	25 So	25 Mi	25 Fr	25 Mo KW 48	25 Mi Weihnachten	25 Sa
26 Mi Weihnachten	26 Sa	26 Di	26 Di	26 Fr	26 So	26 Mi	26 Fr	26 Mo KW 35	26 Do	26 Sa	26 Di	26 Do Weihnachten	26 So
27 Do KW 52	27 So	27 Mi	27 Mi	27 Sa	27 Mo KW 22	27 Do	27 Sa	27 Di	27 Fr	27 So	27 Mi	27 Fr	27 Mo KW 5
28 Fr	28 Mo KW 5	28 Do	28 Do	28 So 150 Jahre LGA	28 Di	28 Fr	28 So	28 Mi	28 Sa	28 Mo KW 44	28 Do	28 Sa	28 Di
29 Sa	29 Di		29 Fr	29 Mo KW 18	29 Mi	29 Sa	29 Mo KW 31	29 Do	29 So	29 Di	29 Fr	29 So	29 Mi
30 So	30 Mi		30 Sa	30 Di	30 Do Himmelfahrt	30 So	30 Di	30 Fr	30 Mo KW 40	30 Mi	30 Sa	30 Mo KW 1	30 Do
31 Mo Silvester	31 Do		31 So		31 Fr		31 Mi	31 Sa		31 Do		31 Di Silvester	31 Fr

NEUE TECHNOLOGIEN IM BAUWESEN
UNSER KNOW-HOW – IHR GEWINN

BAUWERKSMONITORING
SICHERHEIT IST MESSBAR –
HANDELN ZAHLT SICH AUS

MATERIALPRÜFUNGSAMT 4.0
IHR BEGLEITER BEI DER ZULASSUNG
VON BAUPRODUKTEN

LÖSUNGEN FÜR KOMPLEXE PROBLEME
MASSGESCHNEIDERTE KONZEPTE
VON HOCHSPEZIALISIERTEN TEAMS

DIGITALISIEREN & VERNETZEN
ZUKUNFT DIGITAL
UND SMART GESTALTEN

ENERGIEWENDE & ENERGIEEFFIZIENZ
POTENTIALE ERKENNEN –
HANDLUNGSSPIELRÄUME NUTZEN

PRÜF- STATIK

150 hoch qualifizierte Ingenieure sind heute in der Prüfstatik tätig.

Zu ihren Aufgaben gehören die Prüfung von Standsicherheitsnachweisen und Konstruktionsplänen, die stichprobenartige Überwachung der Bauausführung und die Erstellung von Gutachten.

Die Fachrichtungen

- Metallbau
- Holzbau
- Massivbau

Typenprüfungen

- Gültig in allen Bundesländern

Spezialgebiete

- Brückenbau
- Glaskonstruktionen
- Kunststoffkonstruktionen
- Historische Bauten
- Fliegende Bauten
- Windenergieanlagen

BAU- CONSULT

Unsere Sachverständigen sind spezialisiert auf die Überwachung und Bewertung des Zustandes von Strukturen und Bauwerken.

Bauwerksmonitoring

- Maßgeschneiderte Monitoring-Konzepte
- Installation, Betrieb, Wartung und Bewertung
- Ermittlung von Beanspruchungen eines Bauwerkes
- Realtime-Überwachung von Schwerlastüberfahrten
- Erstellung von Gutachten auf Grundlage objektiver Daten
- Handlungsempfehlungen

Bauwerksprüfungen

- Bauwerksprüfung DIN 1076
- Sonderprüfungen aus besonderem Anlass
- Zerstörungsfreie Prüfungen
- Erschütterungsüberwachung DIN 4150
- Bautechnische Beweissicherungen

BRAND- SCHUTZ

Brandschutz schützt Leben. Wir unterstützen Sie dabei.

Feuerwiderstand von Bauarten und Bauprodukten

- Feuerwiderstand aktueller und historischer Bauarten wie z.B. hochfeste Stützen, Rippendecken
- Feuerwiderstand ungeregelter Bauprodukte, z.B. für Zulassungen

Brandschutznachweise

- Integrale Brandschutznachweise für Bestand und Neubau
- Wirksame und angemessene Lösungen für Kompensationen
- Moderne Verfahren wie z.B. Naturbrandsimulation

Forschung und Normung

- Normungsarbeit im DIN
- Anwendungsforschung, z.B. Tabellen zur Stützenbemessung

ENERGIE

Aktives Energiemanagement in der Kommune mit dem LGA Cockpit.

Cockpit Check

- Übersicht der Energieverbräuche und -kosten
- Anwendung von Energieinformationen in der Praxis
- Empfehlungen zur Gestaltung des lokalen Energiemarkts
- Handlungsempfehlungen zum strategischen Energiemanagement

Cockpit Portal

- Effektives Energiecontrolling über Online-Portal
- Aussagekräftige Auswertungen, Berichte und Maßnahmenempfehlungen
- Integriertes Vertrags-, Anlagen- und Gebäudemanagement
- Fachliche Unterstützung bei allen energierelevanten Fragen

MATERIAL- PRÜFUNG

Gutachten, auch versuchsgestützt, werden von unserem Materialprüfungsamt erstellt. Dazu gehört auch eine vom DIBt anerkannte **Glasprüfstelle**.

Materialprüfung

- Aufspannfeld für Zug- und Druckprüfung bis 1MN
- Unterstützung zur Erlangung von bauaufsichtlichen Zulassungen
- EBA-Sachverständigenanerkennung im Grundbau
- Grund- und Spezialtiefbau

Bautechnische Prüfungen und Beratungen u.a.

- Gebäude
- Windkraftanlagen
- Ingenieurbauwerke, Brücken und Tunnel
- Dämme und Stützmauern
- Historische Bauwerke
- Türme und Masten